Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 83 • Januar 2020 • 2,50 €

Gründung SED & Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK -

ANSPRUCH & WIRKLICHKEIT

ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCH? SOZIALISTISCH?

Solidarität
Aufruhr im Iran

NSU-Komplex auflösen!
Tribunal Chemnitz

COP25 – EU Green Deal – Klimapaket
Umweltkiller!

Aktuell
Rojava

Inhalt

Schwerpunkt
Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
DDR – Anspruch und Wirklichkeit 3
Teil 3

International
Iranischer Aktivist Österreich
Solidarität mit dem Kampf der iranischen Volksmassen! 25

Krieg im Allgemeinen Kriege in Westasien – Beispiel Iran 27

Repression
Aufruf
Freiheit für Müslüm Elma 30

Klima & Umwelt
GroKo Klima-Paket + EU Green Deal + COP 25 Madrid = Show + Betrug 31

Aktion
Linke Literaturmesse Nürnberg
Radikale kollektive Wissensbörse 39

International
Besatzerkrieg des türkischen, faschistischen Staates
Solidarität mit Rojava 43

Kritik & Diskussion
Leserbrief
Kritische Anmerkungen zur Serie „DDR Anspruch und Wirklichkeit“ 48

NSU-Komplex auflösen
Tribunal in Chemnitz – Zwickau „Wir klagen an – Solidarität verteidigen“ 53

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
http://trotzalledem.bplaced.net
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15,– Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen, GenossInnen und MitkämpferInnen!

Aktuell verschärft sich die politische Situation im Mittleren Osten dramatisch. Der US-Imperialismus bombardiert im Irak iranische Milizeinheiten und erklärt der Islamischen Republik Iran faktisch den Krieg. Sein Ziel ist endlich einen Regimewechsel in dem Land herbeizuführen. Im Iran selbst gärt es. Die internationalen Sanktionen, die massive Verelendung verursachen und der faschistische Terror des Regimes führen immer wieder zu massiven Ausbrüchen von Protesten der Völker Irans. Hier wittern die US-Großmacht und andere imperialistische Großmächte ihre Chancen. In dieser Ausgabe findet ihr die aktuelle Analyse eines iranischen Genossen über die Strategie der imperialistischen Großmächte, das iranische Regime, die anwachsende Kriegsgefahr und die Klassenkämpfe.

Zum Jahreswechsel wollen wir an die militanten Aufstände und Massenaktionen der Werktätigen im letzten Jahr weltweit erinnern: Chile, Kolumbien, Ecuador, Algerien, Libanon, Irak und Iran usw. Auch in Europa regt sich Widerstand.

Über den ganzen Globus weht ein Wind der Frauen- und der Umweltbewegung, die die Verhältnisse in Frage stellen und verändern wollen. Auch wenn die Herrschenden oftmals so mächtig und unbesiegbar erscheinen, die Zukunft wird unsere sein!

Die verrottende imperialistische Welt setzt die Revolution auf die Tagesordnung!

In diesem Sinne ein kämpferisches Neues Jahr!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der ‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 3

Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Noch ist das keine abgeschlossene Analyse.
Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen.

In unserem vorhergehenden Artikel in der *Trotz alledem!* Nr. 82 haben wir den Weg zur Vereinigung von KPD und SPD bis zum Gründungsparteitag zur SED April 1946 skizziert.
In diesem Teil 3 unserer Serie liegt unser Schwerpunkt zunächst auf der Einschätzung des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei SED. Im Mittelpunkt stehen ihre Gründungsdokumente ***„Grundsätze und Ziele der SED“***, *„Parteistatut der SED“* und *„Manifest an das Deutsche Volk!“*, die auf dem Vereinigungsparteitag beschlossen wurden.
Bevor wir uns damit befassen, wollen wir zwei Fragen hervorheben, die in der Diskussion über die Vereinigung der KPD mit der SPD wichtig sind.
Die erste ist, was war die vorrangige Aufgabe der KPD als Partei nach dem Kriegsende?
Die zweite Frage lautet, unter welchen Bedingungen wäre eine Vereinigung von KPD und SPD möglich und richtig gewesen?

Vor welchen Aufgaben stand die KPD nach dem Ende des zweiten Weltkrieges?

Die Situation des Klassenkampfes 1945/46 war äußerst schwierig. Die KPD war kräftemäßig durch den faschistischen Terror sehr geschwächt. Ihre organisatorischen Strukturen wurden durch den Nazifaschismus fast vollständig zerschlagen. Die KPD musste ihre politische Linie sowohl in der Weimarer Republik als auch gegen den deutschen Faschismus kritisch überprüfen. Ihre Strategie und Taktik musste prinzipienfest und gleichzeitig schöpferisch für die neue außergewöhnliche historische Situation 1945 entwickelt werden.
Unabhängig von Gegenwartsaufgaben, taktischen oder strategischen Zielen der KPD, stand für die KPD als erste Aufgabe an, sich als **Partei zu reorganisieren**. Hauptaufgabe der KommunistInnen war, auf der Grundlage einer richtigen politischen Linie die Kommunistische Partei wieder aufzubauen, die ArbeiterInnen und Werktätigen für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen und zu organisieren.
In dieser Situation, in der der deutsche Staatsapparat, vor allem seine Hauptstütze die bewaffnete Macht, Armee, SS, SA und Polizei weitgehend zerschlagen war, lag sozusagen die politische Macht auf der Straße. Die Imperialisten in den Westzonen und die sozialistische Sowjetunion in der SBZ hielten diese in den Händen.
Aber für eine geschwächte KPD, die sich nicht auf eine starke ArbeiterInnenbewegung stützen konnte, stand daher nicht als unmittelbare Aufgabe der Kampf für den Aufbau des Sozialismus und für die Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung. Denn die Mehrheit der werktätigen Massen, auch der ArbeiterInnen, war verseucht von der rassistischen, faschistischen, antikommunistischen Herrenmenschen-Ideologie des Nazi-Systems. Sie haben bis fünf nach zwölf hinter diesem System aktiv oder passiv gestanden.
Diese Bedingungen erforderten die **taktische Ausrichtung** auf eine **antifaschistisch-demokratische Einheitsfront** mit der Zielsetzung des Aufbaus einer Macht der Volksdemokratie. Gleichzeitig musste das **strategische Ziel** der **Kampf für den Sozialismus**, die **Diktatur des Proletariats** weiterhin programmatisch, propagandistisch in der ArbeiterInnenklasse verankert und verteidigt werden.
Unter den besonderen Voraussetzungen in dem besiegten, imperialistischen Deutschland waren die KommunistInnen gefordert geschickt und weitsichtig

diese Aufgaben anzupacken. Insofern war die **Stärkung** und der **Wiederaufbau der KPD** ihre **zentrale Aufgabe**.

Die **KPD** zog aus der gesamten politischen Situation **eine andere Konsequenz**. Sie sah das entscheidende Werkzeug, um eine antifaschistisch-demokratische Einheitsfront zu schaffen, in der **Vereinigung von KPD und SPD** in **einer Arbeiterpartei**.

Viele KommunistInnen, SozialdemokratInnen, AntifaschistInnen, die in Knästen und KZs, in der Illegalität unbeugsam gegen den Nazi-Faschismus kämpften, forderten nach Ende des Krieges diesen Schritt. Auf dem 15. Parteitag 19./20. April 1946 beschloss die Mehrheit der Parteimitglieder die **Auflösung** der KPD und den Zusammenschluss mit der SPD. Am 21./22. April wurde dieser auf dem **Gründungsparteitag der SED** vollzogen.

Bedingt durch die Spaltungspolitik Deutschlands der imperialistischen Westmächte erfolgte die Vereinigung von KPD und SED faktisch nur in der SBZ. In den drei Westzonen hatten einerseits die imperialistischen Besatzungsmächte mit Verboten mögliche lokale Vereinigungen von KPD- und SPD-Gruppen verhindert, andererseits führte die West-SPD unter Kurt Schumacher eine erbitterte Schlacht gegen eine Vereinigung mit der KPD. Daher kam diese in den Westzonen nicht zustande. Die KPD existierte als eigenständige Partei dort weiter.

Unter welchen Voraussetzungen wäre die Vereinigung richtig?

Der Kampf um die Einheit der ArbeiterInnenklasse ist für jede kommunistische Partei eine der wichtigsten Aufgaben. Entscheidend ist, auf welcher Grundlage und wofür sie geschaffen werden muss. Der Marxismus-Leninismus beantwortet diese Frage eindeutig. Nur auf dem Programm des **antikapitalistischen Klassenkampfes für den Sozialismus** und die Diktatur des Proletariats sowie für die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.

Der politische Wille, die **Einheit der ArbeiterInnenklasse** durch die Vereinigung von KPD und SPD, beides Parteien verankert in der Arbeiterklasse, zu verwirklichen, hatte seinen Ursprung im antifaschistischen Kampf gegen den Nazifaschismus.

Im **Ersten Weltkrieg** erfolgte die Spaltung der internationalen ArbeiterInnenbewegung durch den Verrat der Sozialdemokratie und der II. Internationale, die vollständig auf die Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisien überwechselten. Innerhalb der ArbeiterInnenklasse standen sich diese zwei politischen Lager gegenüber, die Sozialdemokratie und die KommunistInnen. Durch das internationale Erstarken des Faschismus und die **Errichtung faschistischer Diktaturen** zum Beispiel in Spanien, Deutschland, Italien und Japan wurden alle demokratischen, revolutionären Strömungen der ArbeiterInnenbewegung mit blutigem Terror unterdrückt.

Im täglichen Überlebenskampf entwickelten sich lokale und überregionale Bündnisse, sowie Aktionen von KommunistInnen, SozialdemokratInnen und AntifaschistInnen. Daraus entsprang ein **starkes Bestreben** von Mitgliedern und AnhängerInnen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Parteien, sowie Initiativen der Kommunistischen Parteien in den verschiedensten Ländern Ende der 1920er Jahre **gemeinsame ArbeiterInnenparteien** zu schaffen und die politische Spaltung der ArbeiterInnenbewegung zu beenden.

Diese Entwicklung wurde auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale, 1935 diskutiert und die Taktik der KI beschlossen. In der entscheidenden Resolution heißt es im Abschnitt *„VI. Die Festigung der kommunistischen Parteien und der Kampf für die politische Einheit der Arbeiterklasse“*:

„In der Ueberzeugung, daß die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats und der Erfolg der proletari-

Bisherige Themen aus der Artikelserie
„Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit – Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?“

Trotz alledem! Nr. 81, Mai 2019 – Teil 1
DDR aktuell 30 Jahre Mauerfall, 30 Jahre Einverleibung
Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie
Fragestellung und unser Ausgangspunkt
Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Ende des Zweiten Weltkriegs und Entstehung der Volksdemokratien
Dimitroff und die Volksdemokratie
Charakter der Volksdemokratie

Trotz alledem! Nr. 82, September 2019 – Teil 2
Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung
Die allgemeine Lage in Deutschland nach der Kapitulation...
Bildung der SMAD und Aufruf der KPD
Potsdamer Konferenz – Beschlüsse über Deutschland
Selbstverwaltungsorgane in der SBZ
Bodenreform
Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD

schen Revolution gebieterisch erfordern, daß in jedem Lande eine einheitliche politische Massenpartei der Arbeiterklasse bestehe, stellt der Kongreß den kommunistischen Parteien die Aufgabe, gestützt auf den wachsenden Drang der Arbeiter zur Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien oder einzelner Organisationen mit den kommunistischen Parteien, die Initiative in der Frage dieser Vereinigung in ihre Hand zu nehmen.
Dabei muß man aber den Arbeitern unbedingt klarmachen, daß eine solche Vereinigung nur bei einer Reihe von Bedingungen möglich ist:
***unter der Bedingung der völligen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und der völligen Zerreißung des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, unter der Bedingung der vorhergehenden Verwirklichung der Aktionseinheit, unter der Bedingung der Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets, unter der Bedingung der Ablehnung der Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg, unter der Bedingung des Aufbaus der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, der die Einheit des Wollens und Handelns gewährleistet und der durch die Erfahrung der russischen Bolschewiki erprobt worden ist."*[1]

Diese Bedingungen für die Bildung einer einheitlichen politischen Massenpartei bedeuteten praktisch, dass eine Vereinigung zu einer Massenpartei des Proletariats auf der Grundlage einer kommunistischen Linie als möglich und notwendig angesehen wurde. Das war praktisch ein Aufruf an die linken SozialdemokratInnen, sich von der SPD los zu lösen und eine gemeinsame Partei mit den Kommunistischen Parteien zu schaffen!

Die KPD hat in ihrer Resolution der **Brüsseler Konferenz Oktober 1935** unter Berufung auf *„die vom VII. Weltkongreß der KI beschlossene neue taktische Orientierung"* diese Voraussetzungen für einen Zusammenschluss von KommunistInnen und SozialdemokratInnen übernommen.[2]

Vier Jahre später veränderte die KPD auf der Berner Konferenz, unserer Meinung nach, entscheidend ihre Position und damit auch die der KI.

In der Resolution der Konferenz wird folgende neue Taktik zur Diskussion gestellt und gleichzeitig auch festgelegt: *„'Wir Kommunisten sind überzeugt, daß im Prozess des Kampfes gegen das Hitlerregime auch die einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse geschaffen wird.'*
Die Berner Konferenz der KPD ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktionsplattform zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen, demokratischen Republik die Grundlage dieser Vereinigung sein kann. Das ZK der KPD stellt die Frage der ***Schaffung der Einheitspartei*** *zur Diskussion vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse und fordert insbesondere die* ***Kommunisten und Sozialdemokraten*** *auf, sich dazu zu äußern, sich zu verständigen und, wo die Verständigung zwischen einer sozialdemokratischen Organisation und einer kommunistischen Organisation (Betrieb, Ort usw.) zur einheitlichen Auffassung erfolgt ist, auch* ***einheitliche Organisationen*** *der zukünftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen."* (Hervorh. TA)[3]

Demnach sind die Voraussetzungen für die Vereinigung in einer gemeinsamen „revolutionären" (nicht sozialistischen und schon gar nicht kommunisti-

1 „Resolution zum Referat des Genossen Dimitrow, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", 20.08.1935, Protokoll des VII. Weltkongresses der KI, Bd. II, S. 996, reprint, Karl Liebknecht Verlag, Erlangen, 1974

2 *„Aber eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Kriege ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist."* Hrsg. Klaus Mammach, „Die Brüsseler Konferenz der KPD 3.-15. Oktober 1935", S. 593, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main, 1975

3 Hrsg. Klaus Mammach, „Die Berner Konferenz der KPD, (30. Januar – 1. Februar 1939)", S. 142, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main, 1974

schen!) ArbeiterInnenmassenpartei nicht mehr die programmatischen Ziele der sozialistischen Revolution wie auch des **Kampfes um die Diktatur des Proletariats** sondern *„eine **gemeinsame Aktionsplattform** zum Sturz Hitlers und der Aufbau **einer demokratischen Republik**“*.

Die Aufstellung einer Aktionsplattform, auch nur mit beschränkten demokratischen Zielen wie Aufbau einer demokratischen Republik, war unter den Bedingungen des deutschen Faschismus 1939 als eine taktische Festlegung für den aktuellen Klassenkampf nicht grundsätzlich falsch. Aber diese Forderungen zu den politischen Grundlagen einer gemeinsamen Arbeiterpartei zu machen, öffnete einem **falschen, opportunistischen Weg** Tür und Tor.

Auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges wird diese Position weiter vertreten. Auf dem 15. Parteitag der KPD 1946 stellte sich Wilhelm Pieck (Vorsitzender der KPD) ausdrücklich in die Kontinuität dieser politischen Linie: *„Als das Zentralkomitee der KPD am 11. Juni 1945 sich mit seinem Aufruf an das deutsche Volk wandte, setzte es in diesem Aufruf konsequent die Linie fort, die in den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz festgelegt war.“* [4]

Der Hitler-Faschismus war gestürzt und von der Linie der Berner Konferenz über die Grundlage der Vereinigung blieb der Kampf um die ***„Schaffung einer neuen demokratischen Republik“*** übrig.

Auf der „Zweiten gemeinsamen Konferenz der Parteileitungen der SPD und der KPD mit Vertretern der Bezirke am 26. Februar 1946 in Berlin“ und ebenso auf dem 15. Parteitag der KPD wurde eindeutig festgestellt: *„Die SED wird weder die alte Kommunistische Partei noch die alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus der Zeit vor 1933 sein.“* Daher haben beide Parteien, KPD und SPD, beschlossen sich an die Programme der Sozialdemokratie aus dem 19. Jahrhundert anzulehnen: Das Manifest der Kommunistischen Partei 1948, das Eisenacher 1869, das Gothaer 1875 und das Erfurter Programm 1891. Sie haben sich also bewusst und ausdrücklich **nicht** auf das kommunistische Programm der **KPD von 1919** berufen und gestützt. [5]

Welche politischen Fundamente für die neue Partei gelegt wurden, werden wir anhand der Erklärung „Grundsätze und Ziele der SED“ analysieren. Einleitend wird in diesem Dokument die aktuelle Situation eingeschätzt und in drei Kapiteln, auf die wir im Einzelnen eingehen werden, die Eckpunkte der Politik der SED festgelegt.

Grundsätze und Ziele der SED

In der Einleitung wird die Lage in Deutschland, die Barbarei des Hitlerfaschismus und die Verwüstungen durch seinen Weltkrieg, vor allem auf Deutschland und das deutsche Volk bezogen, bewertet: *„Das deutsche Volk wurde in die furchtbarste, wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte“* geschleudert. *„Deutschland wurde in einen Trümmerhaufen verwandelt“.* Deutschland wurde *„in das größte nationale Unglück gestürzt!“* [6]

Die weltumspannende Dimension der Verbrechen des Nazifaschismus und des deutschen Imperialismus wird hier einfach weggelassen.

Die Nazi-Herrschaft hat die Welt in die Barbarei gestürzt und nicht vor allem das deutsche Volk. Im Mittelpunkt dieser Einschätzung hätte angeklagt werden müssen: Der **Genozid**, der industrielle Völkermord an den europäischen JüdInnen und Sinti/Roma. Der 2. Weltkrieg, der **Ausrottungsfeldzug** der deutschen Armee gegen die sowjetischen und osteuropä-

4 W. Pieck, „Bericht vom 15. Parteitag der KPD“, S. 198, Verlag Neuer Weg GmbH Berlin,1946

5 „Zweite gemeinsamen Konferenz der Parteileitungen der SPD und der KPD mit Vertretern der Bezirke am 26.02.1946 in Berlin“, Der Weg zur Einheit, S. 87, Dokumente und Berichte aus den Jahren 1945/46 aus dem Bezirk Frankfurt (Oder), Herausgegeben von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Frankfurt (Oder)

6 „Grundsätze und Ziele der SED“, Dokumente der SED, Bd. I, S. 5, Dietz Verlag Berlin, 1952 – „Grundsätze“

ischen Völker, die Vernichtungsstrategien gegen die antifaschistischen, kommunistischen Partisanenbewegungen in vielen Ländern, der Terror gegen die Zivilbevölkerungen. Millionen von Kriegstoten. Besetzung und Zerstörung vieler Länder Europas. Der Krieg gegen die unterdrückten Völker im Mittleren Osten, in Afrika und Asien um die Eroberung von Kolonien.
Das war das *„größte Unglück",* in das die Tyrannei des Nazi-Faschismus die Menschheit gestürzt hat. Demgegenüber werden in „Grundsätze und Ziele" das deutsche Volk und die deutsche Nation als **das Opfer** des deutschen Militarismus, der imperialistischen Gewalt- und Kriegspolitik dargestellt.
Weiter wird in der Einleitung der *„Hitlerfaschismus"* lediglich als *„Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes"* eingeschätzt. Die faschistische Macht wird damit nicht als **VertreterIn der gesamten deutschen imperialistischen Bourgeoisie** angeprangert und dementsprechend auch nicht zur Zielscheibe des Klassenkampfes erklärt. [7]
Ohne wirkliche Analyse über die Machtergreifung des Faschismus wird festgestellt *„Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht."* (ebenda) Kein Wort wird darüber verloren, wie diese Spaltung zustande gekommen ist und wer dafür die Verantwortung trug. **Fakt ist:** Die rechten sozialchauvinistischen FührerInnen der deutschen Sozialdemokratie haben im Ersten Weltkrieg sich an die „eigene", deutsche Bourgeoisie angehängt. Die Spaltung der KommunistInnen von der Sozialdemokratischen Partei nach 1914 war positiv und kam leider viel zu spät. Auch im Kampf gegen den Faschismus haben die **rechten sozialdemokratischen Führer** eine **zutiefst negative, verhängnisvolle Rolle** gespielt.
Sie haben die Aktionseinheit der sozialdemokratischen ArbeiterInnen mit den KommunistInnen torpediert, wo sie nur konnten. Im Namen der Einheit der ArbeiterInnenklasse kehrt die SED diese Fakten unter den Teppich. Anstatt im offenen ideologisch-politischen Kampf eine gemeinsame Position von den beiden sich zusammenschließenden Parteien KPD und SPD in der Beurteilung der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung zu erarbeiten.
Diese einleitende Einschätzung ist letztendlich die Grundlage für die ganz falsche Linie der SED, die deutsche Nation aus der Katastrophe, in die sie *„durch Hitler gestürzt"* wurde, retten zu wollen. Die Aufgabe der *„Rettung der Nation"* machte die Vereinigung zwischen KPD und SPD *„zum unaufschiebbaren Gebot der Stunde"*…
Die ArbeiterInnenklasse wird als die demokratischste Kraft ausgemacht, die unser deutsches *„nationales Unglück überwinden"* könne. Zwar wird angeführt *„Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus"* aber das bleibt in diesem Zusammenhang lediglich ein Lippenbekenntnis.
Die Einleitung schließt mit der Feststellung: *„Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet."* [8]

I. Gegenwartsforderungen

Vierzehn Gegenwartsforderungen werden programmatisch beschlossen:
1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, Entnazifizierung; **2.** Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten, Enteignung; **3.** Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer, Bodenreform; **4.** Ausbau der Selbstverwaltung durch demokratisch durchgeführte Wahlen; **5.** Überführung aller öffentlichen Betriebe, Bodenschätze, Bergwerke, der Banken, etc. Versicherungsunternehmungen an die regionalen Regierungen oder die gesamtdeutschen Regierung; **6.** Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen; **7.** Demokratische Steuerreform; **8.** Sicherung der demokratischen Volksrechte,

7 „Grundsätze", S. 5

8 „Grundsätze", S. 6

Gleichberechtigung der Frau; **9.** Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes; **10.** Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag; **11.** Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens; **12.** Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik; **13.** Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung; **14.** Schärfster Kampf gegen Rassenhetze.
Gebündelt ist die **strategische Grundforderung** für die damalige aktuelle Klassenkampfetappe, in der alle Gegenwartsforderungen verwirklicht werden sollen, im Punkt 12:
„Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien." [9]

Zusammenfassend lässt sich sagen, die SED stellt bei ihrer Gründung als aktuelle, „gegenwärtige" Forderung den Aufbau einer **bürgerlich-demokratischen, antifaschistischen Gesellschaftsordnung** in Form einer Republik auf die Tagesordnung.
Sie stellt sich die Aufgabe, die demokratische Revolution, die ihrer Meinung nach, weder durch die 1848er Revolution noch die Weimarer Republik verwirklicht wurde, zu Ende zu führen und zu vervollkommnen. [10]

II. Der Kampf um den Sozialismus

Hier stellt die SED eingangs klar fest, mit den o.g. Gegenwartsforderungen lässt sich das kapitalistische System nicht abschaffen:
„Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert. ***Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden."*** [11]
Das Ziel der SED ist allerdings ein Sozialismus à la Sozialdemokratie. Ausgangspunkt sind nicht die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Weltbewegung, die marxistisch-leninistische Theorie über den Sozialismus. Der Kommunismus wird nicht als Endziel deklariert. Das ist auch verständlich, weil die Sozialdemokratie ein Programm mit dem Endziel Kommunismus schon lange ad acta gelegt hatte und die KPD hier offensichtlich weitestgehende Zugeständnisse gemacht hat.
Der Sozialismus wird als Ziel genannt, aber wie folgt definiert: *„Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die* ***Eroberung der politischen Macht*** *durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschland kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik."* [12] (Hervorh. TA)
In diesem programmatischen Gründungsdokument der SED wird auf den Begriff „Diktatur des Proletariats" als die politische Voraussetzung für den Sozialismus bewusst verzichtet. Dafür wird die schwammige Formulierung *„die politische Macht der Arbeiterklasse"* verwendet, die die Sozialdemokratie akzeptieren kann. Gleichzeitig wird ein friedliches Hinübergleiten zum Sozialismus auf dem Boden der demokratischen Republik festgeschrieben. Daraus wird eine ganze Theorie entwickelt, die allerdings die besondere historische Situation in Deutschland völlig falsch einschätzt:

9 „Grundsätze", S. 8

10 „Aufruf der KPD", 11. 06.1945, Deutsche Volkszeitung, Nr. 1, „Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung", S. 18, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag Berlin 1959
11 „Grundsätze", S. 8
12 „Grundsätze", S. 9

*„Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die **Möglichkeit** ein, die reaktionären Kräfte daran **zu hindern**, mit den **Mitteln der Gewalt** und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten.*
*Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den **demokratischen Weg** zum Sozialismus; sie wird aber zu **revolutionären Mitteln** greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."* (Hervorh. TA) [13]

Der „reaktionäre staatliche Gewaltapparat" war nur in der SBZ zerbrochen und nicht in ganz Deutschland. In den drei Westzonen waren die Besatzer imperialistische Mächte. Hier ist auch ersichtlich, wie sich eine **politische Blindheit** gegenüber diesen Besatzungsmächten breit gemacht hatte. Weil sie das Potsdamer Abkommen unterzeichnet hatten, wird davon ausgegangen, dass die Westmächte dieses auch einhalten, dass sie Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung etc. fördern würden. Auch wenn die faschistische Diktatur geschlagen wurde, waren die „reaktionären Kräfte" immer noch aktiv. Sie besetzten nach wie vor ihre Posten unter dem Deckmantel „entnazifizierte Demokraten" zu sein.
Ein demokratischer Staat auf neuer wirtschaftlicher Grundlage existierte im Westen nicht, im Gegensatz zum Osten. Die SED formulierte ihre Grundsätze auf einer falschen Darstellung der Lage, nämlich der *„besonderen Lage"*, die sie sich herbeiwünschte. Die „besondere Lage" wird benutzt, um den ***„demokratischen Weg zum Sozialismus"*** zu rechtfertigen. Laut SED werden ***„revolutionäre Mittel"*, also Gewalt**, nur dann zur Anwendung kommen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der bürgerlichen Demokratie verlassen wird.
Das Verlassen des Bodens der Demokratie heißt für die SED hier, dass die kapitalistische Klasse wieder auf eine Kriegspolitik setzt und den faschistischen Weg einschlägt! Diese reformistische Vorstellung, verankert in den „Gegenwartsforderungen", ist eine vollkommen falsche Haltung gegenüber der bürgerlichen Demokratie.
Solange die kapitalistische Klasse sich innerhalb der Demokratie bewegt, wird sie nicht angetastet! Das bedeutet auch, dass die **Enteignung der gesamten kapitalistischen Klasse** nicht vorgesehen ist. Das ist ein Ergebnis davon, dass der Kampf nur gegen Monopolkapitalisten, Junker und Großgrundbesitzer geführt wird, nicht gegen die Klasse, den Gesamtkapitalismus, bzw. gegen den Kapitalismus überhaupt.
In anderen Dokumenten der SED oder in Reden ihrer Mitglieder zu dieser Zeit ist teils vom „konsequenten Marxismus" die Rede. In den „Grundsätzen", dem programmatischen Dokument der Vereinigung zur SED wird der **Marxismus** als Lehre der internationalen ArbeiterInnenklasse nicht zum Ausgangspunkt genommen.
Lediglich im „Manifest" des Parteitages an das deutsche Volk, wird er erwähnt: *„Nur der **Sozialismus,** dessen **Lehre von Marx und Engels** begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die Grundprobleme unserer Zeit drängen zur Lösung durch den Sozialismus."* [14]
Der **Marxismus-Leninismus** als Weiterentwicklung dieser Theorie in der „Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" wird mit keinem Wort erwähnt.

III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

In ihrer Selbstdarstellung ersetzt die SED das leninistische Konzept der Kommunistischen Partei mit der These der „Partei des schaffenden Volkes".
„Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes [15] *bewußt und einheitlich zu*

13 „Grundsätze", S. 9

14 „Manifest an das deutsche Volk", Dokumente der SED, Bd. I, S. 29, Dietz Verlag Berlin, 1952 – „Manifest"
15 Den Begriff „schaffendes Volk" lehnen wir noch aus einem anderen Grund prinzipiell ab. In der Nazi-Propagandasprache

gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen ***zur Partei des schaffenden Volkes wird.“*** [16]

Die SED erweitert und verändert ganz falsch die **marxistisch-leninistischen Wesensmerkmale** der Kommunistischen Partei.

Für die Kommunistische Weltbewegung, für Lenin und Stalin, wie auch die Kommunistische Internationale ist die Kommunistische Partei klassenmäßig die Partei der ArbeiterInnenklasse. Ihr Ziel ist die Führung des Proletariats und aller Werktätigen zur sozialistischen Revolution. Unzulässig fordert die SED, dass sie sich *„**zur Partei des schaffenden Volkes**“* entwickeln müsse.

Unter dem Begriff *„schaffendes Volk“* werden auch **bürgerliche Schichten** wie KleinunternehmerInnen und Schichten der nicht monopolistischen Bourgeoisie gefasst. Das ist völlig reformistisch. Nur einen kleinen Schritt weiter landet man dann bei der Theorie der Partei des ganzen Volkes, die Chruschtschow auf dem 20. Parteitag verkündete.

Hier wird noch nicht so klar gesagt, dass die SED die „Partei des Volkes“ ist. Aber sie propagiert, dass sie ihren Kampf nur erfolgreich führen kann, wenn sie eine **Volkspartei** wird. Statt der Partei der **ArbeiterInnenklasse** wird die **Volkspartei** propagiert.

Von Anton Ackermann, einem führenden Theoretiker, wird diese Position offensiv vertreten und auf dem 15. Parteitag unterstützt:

„Es war unvermeidlich, daß in dieser Anfangsperiode der marxistischen Bewegung das Besondere, das Trennende allen anderen Kräften gegenüber in den Vordergrund gestellt werden mußte.

Heute haben wir eine ganz andere Lage. Heute besteht die Aufgabe nicht mehr darin, die Arbeiterschaft von den anderen Schichten des Volkes loszulösen und zu trennen. Diese Aufgabe war vor hundert Jahren zu lösen und sie ist längst gelöst. Heute stehen andere und höhere Aufgaben vor uns:

Der Kampf um die Führung des ganzen Volkes, der Kampf darum, die Geschicke der gesamten Nation in die Hand zu nehmen. In dieser Lage wäre es ein verhängnisvoller Fehler, das Trennende zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen Schichten des schaffenden Volkes zu betonen. ***Die marxistische Partei ist die Partei aller Schichten des schaffenden Volkes****. Wir verstehen darunter sowohl die Arbeiter wie die Angestellten, vor allem auch die Bauern, die Handwerker und die kleinen Kaufleute und besonders die Intelligenz in allen ihren Teilen: die Wissenschaftler, Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Agronomen, und nicht zuletzt die Künstler.*

Die marxistische Partei ist die Partei aller Schichten; denn sie vertritt die Interessen aller Schaffenden gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Parasiten.“ [17]

Die kommunistische Partei als *„Partei* ***aller Schichten*** *des schaffenden Volkes“* zu definieren bedeutet auch die marxistisch-leninistische Theorie über die **Rolle des Proletariats als Totengräber des Kapitalismus** zu revidieren. Das bedeutet, die kleine und mittlere Bourgeoisie wird zur antikapitalistischen Schicht oder Klasse erklärt.

Die SED stellt sich damit die Aufgabe, die **Interessen der kleinen und mittleren Bourgeoisie** gegen die „kapitalistischen Ausbeuter und Parasiten“ zu verteidigen.

Damit ist die Grundlage für die Theorie gelegt, der Aufbau des Sozialismus sei mit einem Teil der Bour-

Die revisionistische Theorie der Volkspartei wird nicht nur in „Grundsätze und Ziele der SED“ vertreten. Nach der Vereinigung wird sie weiter ausgebaut.

Als Schulungsunterlagen für politische Bildungsabende wurden die „Sozialistische Bildungshefte“ herausgegeben. In der ersten Ausgabe wird das Wesen der SED ausgehend von „Grundsätze und Ziele“ erklärt.

Letztendlich führt die SED den Klassenkampf mit Bauern und Bäuerinnen gegen den „Großgrundbesitz“, mit Handwerkern und Gewerbetreibenden gegen Monopol und Großkapital.

Aber nicht, das ist das Entscheidende, gegen das gesamte Kapital und gegen das kapitalistische System.

Die SED wird nicht nur als „Partei des schaffenden Volkes“ charakterisiert sondern als die entscheidende nationale Kraft für Deutschland: *„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes.*

Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.“ [1] Das ist ein Abgleiten in den Nationalismus.

1 „Grundsätze“, S. 10

wurde die antisemitische Begrifflichkeit des „schaffenden, deutschen Volkes“ im Gegensatz zum „raffenden, jüdischen Kapital“ massiv eingesetzt. Daher war es falsch nach der Naziherrschaft diesen Begriff weiter zu verwendet.

16 „Grundsätze“, S. 9-10

17 A. Ackermann, „Bericht vom 15. Parteitag der KPD“, S. 116-117, Verlag Neuer Weg GmbH Berlin,1946

geoisie möglich, der **an der Macht** beteiligt ist.
Mit dem Begriff „Partei aller Schichten des schaffenden Volkes" zu sein, wird eine weitere grundlegende Einschätzung des „Manifests der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels revidiert.
„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen." [18]
Auch im „Manifest an das deutsche Volk" das vom Vereinigungsparteitag verabschiedet wurde, wird die SED als Volkspartei angepriesen. [19]
Ohne Differenzierung wird an alle Bauern und Bäuerinnen appelliert, dass die SED auch ihre Partei sei. Dass die SED sich nicht als Feindin des gesamten Kapitals versteht, wird beim „Appell" an die „Handwerker und Gewerbetreibende!" deutlich: *„**Handwerker und Gewerbetreibende!** Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der prinzipiellen Feindschaft zum Monopol- und Großkapital, als die Partei der Entwicklung des Gewerbes, der Pflege des friedlichen Handels und Wandels ebenso auch **Eure Partei!**"* [20]
Im **Statut** der SED, das auf dem Vereinigungsparteitag angenommen wurde, wird der demokratische Zentralismus nicht als das **Organisationsprinzip der Kommunistischen Partei** anerkannt bzw. festgelegt. Die Sozialdemokratie setzt sich auch beim Organisationsprinzip der Partei durch. Die Anforderungen des Marxismus-Leninismus für die kommunistische Parteistruktur werden nicht zu Grunde gelegt.
Abschließend zitieren wir aus dem 15. Parteitag der KPD, der am 20. April 1946 einen Tag vor dem Vereinigungsparteitag der SED abgehalten wurde.

Einer der Kader der KPD, Fred Oelssner, stellt pathetisch am Ende der Diskussion fest: *„Diese Grundlage aber, Genossen ist der dialektische Materialismus. Darum wollen wir auch heute auf **unserem letzten kommunistischen Parteitag** das Gelöbnis ablegen: Jawohl, wir stehen auf dem Boden des dialektischen Materialismus, wir stehen auf dem Boden des **Marxismus-Leninismus.** Das war **unser Leitstern in den 30 Jahren unserer geschichtlichen Arbeit**, und **der Marxismus-Leninismus** wird auch unser Leitstern der einheitlichen Arbeiterbewegung Deutschlands sein, der ihr den Weg zum Siege weist."* Dieses „Gelöbnis" erwies sich als leerer Schall und Rauch! [21]

Fazit:

In unserer Artikelserie, Teil 1 haben wir die marxistisch-leninistischen Kriterien für eine kommunistische Organisation bzw. Partei dargelegt. Die drei wichtigsten Kriterien sind:
*„Anerkennung **1.** des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der Partei. **2.** der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und Ablehnung eines ‚friedlichen Übergangs' vom Kapitalismus zum Sozialismus. **3.** der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Rätemacht."* [22]
Außer diesen Kriterien kann in bestimmten historischen Momenten die eine oder andere politische Frage zu einem bestimmenden Kriterium werden, z.B. die Haltung gegenüber dem imperialistischen Krieg.
Diese Anforderungen wurden auch von der Kommunistischen Internationale auf dem VII. Weltkongresses der KI als Voraussetzung für eine Vereinigung von kommunistischen mit sozialdemokratischen Parteien aufgestellt.

18 Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", S. 472, MEW Bd. 4, Dietz Verlag Berlin, 1953;
in der SED-Werbung für die Wahlen wird auf Bannern mit dem Slogan geworben *„Wählt die Kandidaten Liste2 SED des schaffenden Berlins!"*
19 „SED Dokumente", Bd. I, S. 24-30
20 „Manifest", S. 29,

21 „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 181, Verlag neuer Weg GmbH, 1946
22 *Trotz alledem!* Nr. 81, S. 20

Ausgehend von diesen Kriterien schätzen wir die SED wie folgt ein: Bei allen grundlegenden Themen hat sich die sozialdemokratische Theorie und Politik durchgesetzt.

Der Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED ist **nicht** die Gründung einer vereinigten Kommunistischen Partei sondern die **Vereinheitlichung der KommunistInnen und linken SozialdemokratInnen** in einer **links-sozialdemokratischen Partei**. Auf der Grundlage der Auflösung der KPD und der SPD als Parteien in der SBZ.

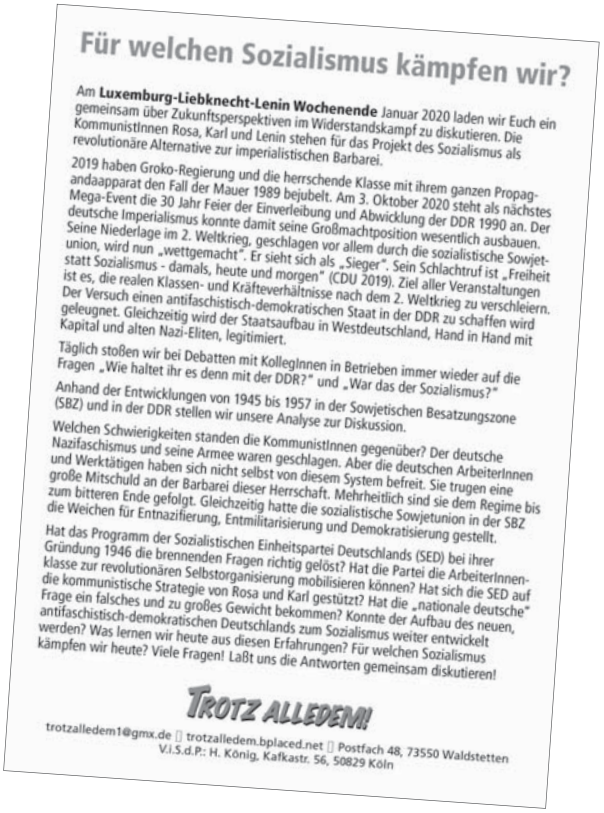
Die SED ist keine Partei der ArbeiterInnenklasse sondern eine **nationale Volkspartei**, die „Partei aller Schichten des schaffenden Volkes" und *„die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes"*.

Die Vereinigung wäre nur dann richtig gewesen, wenn sich die Sozialdemokratie und SozialdemokratInnen von ihrer Politik seit 1914 abgewandt und sich zum Kommunismus hin entwickelt hätten. Dafür wäre die Voraussetzung gewesen, sich völlig von der Bourgeoisie loszulösen, die gewaltsame Revolution und Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form von Sowjets/Räten anzuerkennen. Ebenso, die Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufzubauen.

Der **Zusammenschluss von KPD und SPD** zur SED auf dieser Grundlage war – auch in der konkreten Situation – **falsch**. Ebenso die Auflösung der KPD in der SBZ auf ihrem 15. Parteitag. [23]

Wenn wir den Schritt der KPD, sich im Namen der Schaffung der Einheit der ArbeiterInnenbewegung als Partei aufzulösen und mit der SPD zusammenzuschließen, kritisieren, ist uns natürlich bewusst, diese Kritik richtet sich zugleich an die Kommunistische Weltbewegung und die Politik der KPdSU(B). Sie haben diesen Zusammenschluss nicht kritisiert sondern aktiv unterstützt.

23 Informationen zur weiteren Zusammenarbeit von KPD und SED nach der Vereinigung: Februar 1947 wird eine Sozialistische Arbeitsgemeinschaft (AG) von SED und KPD gebildet. Ziel ist die Verstärkung der Zusammenarbeit beider Parteien in ganz Deutschland. In Berlin wird ein Zentrales Büro des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft von VertreterInnen der SED und der KPD aus den Westzonen eingerichtet. Im SED-Parteivorstand hatten KPD-VertreterInnen im Rahmen dieser Vereinbarung Sitz und Stimme. Januar 1949 wurde die *„Organisatorische Trennung der KPD* (West) *von der SED"* beschlossen. Begründet wurde dies mit den unterschiedlichen Kampfbedingungen.



Für welchen Sozialismus kämpfen wir?

Am **Luxemburg-Liebknecht-Lenin Wochenende** Januar 2020 laden wir Euch ein gemeinsam über Zukunftsperspektiven im Widerstandskampf zu diskutieren. Die KommunistInnen Rosa, Karl und Lenin stehen für das Projekt des Sozialismus als revolutionäre Alternative zur imperialistischen Barbarei.

2019 haben Groko-Regierung und die herrschende Klasse mit ihrem ganzen Propagandaapparat den Fall der Mauer 1989 bejubelt. Am 3. Oktober 2020 steht als nächstes Mega-Event die 30 Jahr Feier der Einverleibung und Abwicklung der DDR 1990 an. Der deutsche Imperialismus konnte damit seine Großmachtposition wesentlich ausbauen. Seine Niederlage im 2. Weltkrieg, geschlagen vor allem durch die sozialistische Sowjetunion, wird nun „wettgemacht". Er sieht sich als „Sieger". Sein Schlachtruf ist „Freiheit statt Sozialismus - damals, heute und morgen" (CDU 2019). Ziel aller Veranstaltungen ist es, die realen Klassen- und Kräfteverhältnisse nach dem 2. Weltkrieg zu verschleiern. Der Versuch einen antifaschistisch-demokratischen Staat in der DDR zu schaffen wird geleugnet. Gleichzeitig wird der Staatsaufbau in Westdeutschland, Hand in Hand mit Kapital und alten Nazi-Eliten, legitimiert.

Täglich stoßen wir bei Debatten mit KollegInnen in Betrieben immer wieder auf die Fragen „Wie haltet ihr es denn mit der DDR?" und „War das der Sozialismus?"

Anhand der Entwicklungen von 1945 bis 1957 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR stellen wir unsere Analyse zur Diskussion.

Welchen Schwierigkeiten standen die KommunistInnen gegenüber? Der deutsche Nazifaschismus und seine Armee waren geschlagen. Aber die deutschen ArbeiterInnen und Werktätigen haben sich nicht selbst von diesem System befreit. Sie trugen eine große Mitschuld an der Barbarei dieser Herrschaft. Mehrheitlich sind sie dem Regime bis zum bitteren Ende gefolgt. Gleichzeitig hatte die sozialistische Sowjetunion in der SBZ die Weichen für Entnazifierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung gestellt.

Hat das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bei ihrer Gründung 1946 die brennenden Fragen richtig gelöst? Hat die Partei die ArbeiterInnenklasse zur revolutionären Selbstorganisierung mobilisieren können? Hat sich die SED auf die kommunistische Strategie von Rosa und Karl gestützt? Hat die „nationale deutsche" Frage ein falsches und zu großes Gewicht bekommen? Konnte der Aufbau des neuen, antifaschistisch-demokratischen Deutschlands zum Sozialismus weiter entwickelt werden? Was lernen wir heute aus diesen Erfahrungen? Für welchen Sozialismus kämpfen wir heute? Viele Fragen! Laßt uns die Antworten gemeinsam diskutieren!

Trotz alledem!

trotzalledem1@gmx.de trotzalledem.bplaced.net Postfach 48, 73550 Waldstetten
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln

Aufbaupolitik der Sowjetischen Militäradministration

Nach der Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die alliierten Mächte am 5. Juni 1945 wurde die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) gebildet.

Die **SMAD** hatte in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vom 5. Juni 1945 bis zur Gründung der DDR die **staatliche Oberhoheit**. Drei Tage nach der Gründung der DDR am **7. Oktober 1949** übergab die SMAD die **Verwaltungsfunktionen** an die Provisorische Regierung der DDR. [24]

Die Aufgaben der SMAD in der SBZ waren durch das Potsdamer Abkommen und die gemeinsamen Beschlüsse des für ganz Deutschland zuständigen Alliierten Kontrollrats festgelegt: Durchsetzung der Demokratisierung, Entnazifizierung und Entmilitarisierung, Unterstützung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, Organisationen und Parteien. Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Diese Aufgaben galten ebenso für die drei imperialistischen Besatzermächte (USA, England, Frankreich) in den Westzonen. Aber **nur die sozialistische Politik** der KPdSU(B) setzte mittels der SMAD tatsächlich in der SBZ diese Ziele um: Der deutsche Imperialismus sollte weitgehend ausgeschaltet werden und keine Kriegsgefahr sollte mehr von deutschem Boden ausgehen.

Diese Art der Politik unterschied sich **grundsätzlich** zur Politik der imperialistischen Großmächte. Sie fuhren von Anfang an eine Doppelstrategie. Einerseits wollten sie das geschwächte Deutschland als **imperialistischen Großmachtkonkurrenten klein** halten. Andererseits, und das war ihr Hauptziel, wollten sie Deutschland als **Aufmarschgebiet** gegen die sozialistische Sowjetunion und die osteuropäischen, volksdemokratischen Staaten stärken und ausbauen.

Für die Sowjetunion stand im Zentrum ihrer Politik, die werktätigen Massen in der SBZ dafür zu gewinnen und zu mobilisieren, ein **demokratisches, friedliebendes, entmilitarisiertes** und **einheitliches** Deutschland aufzubauen. In gemeinsamer Überzeugungsarbeit mit den antifaschistischen und kommunistischen Kräften war entscheidend, das von der Nazi-Ideologie verseuchte Bewusstsein der Werktätigen grundlegend zu verändern. Grundvoraussetzung dafür war:

Anerkennung der großen Mitschuld an den Verbrechen des Hitlerfaschismus: des Völkermordes an den europäischen Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, der Vernichtungsstrategie gegenüber den osteuropäischen Völkern, insbesondere dem sowjetischen Volk, der Massaker in Griechenland, in Italien, in Tunesien, der Ermordung von KommunistInnen, WiderstandskämpferInnen, Homosexuellen und Menschen mit Behinderung.

Anerkennung der Notwendigkeit von Reparationen und Entschädigungen gegenüber den leidtragenden Völkern und Ländern. **Anerkennung** der Säuberung des gesamten Staats- und gesellschaftlichen Verwaltungsapparates von Nazi-FaschistInnen.

Von Anfang an setzte die SMAD alles daran, diese Aufgaben gemeinsam mit den AntifaschistInnen, DemokratInnen und den Werktätigen anzupacken. Die Lösung aller politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen sollte so schnell wie möglich in deren Verantwortung und an ihre Machtorgane übergehen.

Alle antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften, die gesamte Politik der SBZ bis zur Gründung der DDR gehen auf das Konto der SMAD. Ohne Erlaubnis oder Zustimmung bzw. Unterstützung der SMAD konnten keine grundlegenden Maßnahmen getroffen werden.

Die Aufgaben waren vielfältig und betrafen alle Bereiche des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Die **Entnazifizierung** beinhaltete das Verbot sämtlicher faschistischer Organisationen und die Streichung aller nazistischen Gesetze. Alle aktiven Nazis wurden aus öffentlichen oder halböffentlichen Staatsämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen entfernt. Die Demokratisierung des Erziehungs- und Gerichtswesens sowie der kompletten Verwaltung wurde konsequent umgesetzt. Der Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung wurde aktiv betrieben.

Auch ein konsequenter ideologischer Kampf gegen faschistische, chauvinistische und revanchistische Gedanken und Ideologien wurde auf breiter Ebene geführt. Ohne Bekämpfung dieser menschenfeindlichen Ideologie war eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Denkens nicht möglich.

Die Politik der **Entmilitarisierung** verwirklichte sich im Verbot und der Auflösung aller militärischen bzw. bewaffneten faschistischen Kräfte und Strukturen. Abrüstung und Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, Verbot der Kriegsindustrie (Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln). Die vollständige Abrüstung wurde durch die Demontage der bestehenden Kriegsausrüstung und Kriegsindustrie umgesetzt.

24 Gleichzeitig wurde eine Sowjetische Kontrollkommission gebildet, deren Aufgabe die Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen Deutschland betreffenden gemeinsamen Viermächtebeschlüsse war.

Die **Demokratisierung** umfasste unzählige Bereiche. Sie ging mit der Entnazifizierung und der Entmilitarisierung Hand in Hand.
Die **„übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft“** der Monopole wurde gebrochen. Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen wurden zerschlagen.
Die Landwirtschaft konnte sich durch die **Enteignung** der Junker und GroßgrundbesitzerInnen entwickeln. Die armen Bauern und Bäuerinnen wurden durch Bodenreformen befreit.
Des weiteren hatte Deutschland **zu Recht Reparationen** an die Länder und Völker zu leisten, denen durch den Krieg von Nazi-Deutschland großer Schaden und unermessliches Leid zugefügt wurde. Die Reparationen wurden entsprechend dem Potsdamer Abkommen so verwirklicht, dass dem deutschen Volk genügend Mittel zur Verfügung standen, die ermöglichten, ohne Hilfe von außen zu existieren.

Die SMAD hatte mit Unterstützung der antifaschistisch-demokratischen, kommunistischen Kräfte noch weitaus mehr zu tun: **Organisierung des sozialen Zusammenlebens und Alltags**, Absicherung der materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung, Bewältigung der Versorgungs- und Wohnungsprobleme, Aufräumarbeiten und Ingangsetzung der industriellen Produktion, Förderung der Landwirtschaft, Herausbildung von politischen, bzw. gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Parteien.
Die Sowjetarmee hatte bereits vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands in den von ihr befreiten Gebieten demokratische Verwaltungen gebildet und gleichzeitig erste Maßnahmen für die Entnazifizierung umgesetzt. Durch den „Befehl Nr. 1 des Militärkommandanten der Stadt Berlin“ vom 28. April 1945 wurden alle faschistischen Organisationen aufgelöst und ihre Tätigkeit verboten. Alle notwendigen Aktivitäten für die Beseitigung der Kriegsschäden wurden unternommen. Die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung wurde sofort organisiert. IngenieurInnen und TechnikerInnen der Sowjetarmee leiteten die Arbeiten bei der Wiederherstellung der städtischen Wirtschaft, der Kraft- und Wasserwerke, des Verkehrswesens, der Säuberung der Straßen von Schutt usw.
Am 15. Mai 1945 erschien die erste Nummer der „Täglichen Rundschau“, Zeitung der Roten Armee. Im Leitartikel wird ihre sozialistische Politik gegenüber dem deutschen Volk umrissen: *„Die Rote Armee kam nach Deutschland als Siegerin, aber nicht als Unterdrückerin. Ihr Ziel ist – das nazistische Tyrannensystem zu vernichten, die Hitlerschen Kriegsverbrecher aufzuspüren und zu bestrafen, und alles zu tun, um der Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffs, eines neuen Krieges in der Zukunft vorzubeugen. Doch niemals kannte die Rote Armee ein Ziel wie die Vernichtung des deutschen Volkes oder die Zertrümmerung des deutschen Staates.*
Die Fürsorge des sowjetischen Kommandos für die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung, die von den Hitlerbehörden in den Hunger getrieben wurde, legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Dafür spricht auch die Einsetzung von Bürgermeistern aus der einheimischen deutschen Bevölkerung und die Sorge um die schnellstmögliche Wiederherstellung der Kommunalbetriebe und normaler Arbeitsbedingungen in den deutschen Städten und Dörfern. Dafür spricht schließlich die Herausgabe unserer Zeitung ‚Tägliche Rundschau‘ – der Zeitung der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung.“ [25]

Wie war die ökonomisch-politische Lage in der SBZ?

Die SBZ war vor dem Krieg kein industriell entwickeltes Gebiet, wie das Ruhrgebiet oder andere Gebiete im westlichen oder südlichen Deutschland. Das muss berücksichtigt werden. Auch war die SBZ das – während des Krieges – am meisten zerstörte Gebiet.

25 „Lesematerial, Die Hilfe der Sowjetunion bei der Errichtung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945 – 1949)“, S. 6, Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin April 1958 – „Lesematerial“

Zusätzlich wurden 1944/1945 Produktionskapazitäten von Ost- nach Westdeutschland verlagert. Daher waren sowohl die wirtschaftliche Ausgangssituation als auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie wesentlich ungünstiger als diejenigen der westlichen Zonen.

In der SBZ waren ungefähr 40 Prozent des Industriepotentials durch den Krieg unbenutzbar geworden. In bestimmten Gebieten, wie Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und die Mark Brandenburg lag die Zerstörung teilweise noch darüber. Die wirtschaftliche Tätigkeit war zunächst weitgehend gelähmt. Unbenutzbare Transportwege und fehlende Transportmittel verhinderten den notwendigen Produktionsaustausch innerhalb der SBZ.

Das wirkte sich auf die Inbetriebnahme der Produktion in den Großbetrieben einschneidender aus, als in mittleren und kleinen sowie Handwerksbetrieben. Hinzu kamen die Umstellungsprobleme von der Kriegs- auf die Friedensproduktion. Die Industrieproduktion betrug auf dem Gebiet der SBZ bei Kriegsende nicht mehr als 10 bis 15 Prozent [26] bezogen auf das gleiche Territorium in der Vorkriegszeit.

Nur noch 40 Prozent der Transportmittel waren vorhanden. Weite Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren verwüstet bzw. unbrauchbar. Die faschistische Ernährungswirtschaft war zusammengebrochen. Veraltete Technik und fehlende Ersatzteile kennzeichneten den Zustand der Landwirtschaft.

Laut Volks- und Berufszählung vom Oktober 1946 lebten in der SBZ 18,4 Millionen Menschen. Der Krieg führte zu demographischen Veränderungen. Der Anteil der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung sank wesentlich und hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitskräftesituation.

Die Rationssätze lagen Ende 1945 im Durchschnitt – und zwar höher als während des Krieges – zwischen 250 und 450 Gramm Brot, 10 und 20 Gramm Fett, 30 bis 65 Gramm Fleisch pro Tag. Stromsperrungen erfolgten fast täglich. Ende 1945 waren in der SBZ rund drei Millionen ArbeiterInnen, eine Million Angestellte und 1,7 Millionen Selbständige mit Familienangehörigen registriert. Unter den „Selbständigen" gab es rund eine halbe Million klein- und mittelbäuerliche und 47 000 großbäuerliche Betriebe.

26 Herausg. Wissenschaftlicher Beirat für Geschichtswissenschaft beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Manfred Kossok, „Geschichte der DDR", S. 28-31, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1987 – Beirat, „Geschichte"

Politisch und ideologisch stand das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hinter dem faschistischen System und führte den imperialistischen Weltkrieg mit bis zur Kapitulation. Die deutschen Werktätigen hatten sich nicht selbst vom Hitlerfaschismus befreit. Zerschlagen wurde die faschistische Diktatur, der Nazi-Staatsapparat und seine Hauptstütze die Armee von außen, von der Anti-Hitler-Koalition.

Die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen beeinflusste die politische Lage maßgeblich. Dies alles erschwerte die Aufgabe, ein entnazifiziertes, entmilitarisiertes, demokratisches, friedliebendes und einheitliches Deutschland zu schaffen sehr.

Die sozialistische Sowjetunion, die KPdSU(B) standen vor einer schwierigen und komplexen Herausforderung. In einem Land, in dem die faschistische Diktatur **nicht** von den Werktätigen selbst durch einen antifaschistischen Aufstand, geschweige denn durch eine sozialistische Revolution zerschlagen wurde, musste sie die Chance nutzen, den deutschen Imperialismus **maximal zu schwächen** und an den Wurzeln auszutrocknen.

Daher die Aufgabenstellung ein demokratisches Deutschland zu schaffen. Ihre Hauptaufgabe sah sie darin, sich auf die antifaschistischen, demokratischen und vor allem kommunistischen Kräfte, Organisationen und Parteien zu stützen. Nur so war auch die Möglichkeit gegeben, beim Aufbau eines solchen Deutschlands weiter voranzukommen.

Gleichzeitig hatte sie die Aufgabe, die Werktätigen in Deutschland unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei im Kampf um den Sozialismus zu unterstützen.

Die KPdSU(B) verfolgte von vornherein die Politik,

dass ein **Export der Revolution**, also der sofortige Aufbau eines sozialistischen Deutschlands nicht machbar war.
Nur wenn die Vorhut der ArbeiterInnenklasse, die KPD die breiten Schichten der Werktätigen in der Praxis des Aufbaus eines neuen Deutschlands von der Notwendigkeit des Sozialismus und der vollständigen Vernichtung des deutschen Imperialismus überzeugen konnte, konnte die Diktatur des Proletariats erkämpft werden.

Entnazifizierung

„Die auf Grund der Direktiven des Kontrollrats geschaffenen Entnazifizierungskommissionen haben ihre Aufgaben zur Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen aktiven Faschisten und Militaristen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erfüllt.
Den Inspiratoren des deutschen Faschismus und Militarismus – den Magnaten des Finanzkapitals und der Monopole, Junkern und Gutsbesitzern, Kriegsschiebern und prominenten Persönlichkeiten des Hitlerregimes – wurden in der sowjetischen Besatzungszone alle politischen und wirtschaftlichen Positionen und Vorrechte entzogen. Die Fabriken und Werke, Bergwerke und Kohlengruben, Banken und Kreditanstalten der faschistischen und Kriegsverbrecher gingen in den Besitz des Volkes und der Boden in den Privatbesitz der Bauern über. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde eine feste Grundlage einer anti-faschistisch-demokratischen Ordnung geschaffen.
Unter diesen Umständen ist eine umfassendere und unbedenklichere Heranziehung der ehemaligen Mitglieder der Nazipartei und deren Gliederungen, die sich keines Verbrechens schuldig gemacht haben und imstande sind, ihre frühere Teilnahme an faschistischen Organisationen durch ehrliche Arbeit zu sühnen, zum demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone möglich.
Die Heranziehung dieser Personen zum demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau entspricht sowohl den Interessen des Wiederaufbaues und der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone als auch den Interessen einer weiteren Entfaltung des Kampfes für die Einheit und Demokratisierung Deutschlands.
Es ist zu berücksichtigen, daß es neben Zangen, Kopf, Dinkelbach, Schacht und ihresgleichen, die in den westlichen Besatzungszonen die Politik der Spaltung und Versklavung Deutschlands unterstützen, unter ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei vaterländisch gesinnte Menschen aus dem Volk gab und gibt, die imstande und gewillt sind, jetzt gemeinsam mit den demokratischen Kräften der Gesellschaft an der Sicherung der Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands ehrlich mitzuarbeiten.“ [1]

1 „Lesematerial“, S. 189

SMAD und Entnazifizierung

Mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 des „Obersten Chefs der SMAD“ wurde die **Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien** und **Massenorganisationen** in der SBZ zugelassen. Mit diesem Befehl wurden gleichzeitig alle faschistischen Gesetze aufgehoben. Am 12. Januar 1946 erließ der Alliierte Kontrollrat die Direktive Nr. 24 über die **Entnazifizierung**. In der SBZ wurde diese von Anfang an, besonders mit der Bildung der neuen demokratischen Verwaltungen umgesetzt. Um sie konsequent weiter zu führen, wurden aufgrund der Direktive des Kontrollrats Entnazifizierungskommissionen gebildet. Deren Zahl stieg bis zum 1. Januar 1947 auf 262 an. Von 18 328 gerichtlich belangten Nazis wurden 18 061 „aktive Nazis“ verurteilt. [27]
Mit dem **Befehl Nr. 201 der SMAD** am 16. August 1947 wurden die Weiterführung der Entnazifizierung sowie die Bestrafung der Nazis und Kriegsverbrecher vorgegeben. Gleichzeitig wurde eine Unterscheidung zwischen aktiven und nominellen, nicht aktiven FaschistInnen, die nachweislich keine Verbrechen begangen hatten, gemacht.
In diesem Befehl werden **zehn Punkte** angeführt. Den nominellen Mitgliedern der Nazipartei wird das aktive und passive Wahlrecht gewährt. Die deutschen Verwaltungsorgane und Entnazifizierungskommissionen werden verpflichtet, die Verhandlungen zum Abschluss der Entnazifizierung zu beschleunigen.
In einer dreimonatigen Frist sollten ehemalige aktive FaschistInnen, Militaristen und Kriegsverbrecher von allen öffentlichen und halböffentlichen Posten und auch in den wichtigen Privatbetrieben entfernt werden.
Diese Säuberungen der Verwaltungen und des öffentlichen Lebens wurden vollzogen und ein Teil der Nazi- und Kriegsverbrecher war bestraft worden. Daher löste die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 35 am 26. Februar 1948 die Entnazifizierungskommissionen in der SBZ auf. Ihre Aufgaben waren im Wesentlichen erfüllt. Die Entnazifizierung durch die SMAD war damit beendet. Weitere Ermittlungen und Verfahren gegen Kriegs- und faschistische VerbrecherInnen wurden von der ostdeutschen Kriminalpolizei und von den Gerichten übernommen.
Für die Kriegs- und faschistischen Verbrechen war **keine Verjährungsfrist** vorgesehen. Entsprechend wurden in einzelnen Fällen auch Jahre später noch einige Nazis verurteilt und bestraft. [28]

27 Stefan Doernberg, „Die Geburt eines neuen Deutschland“, S. 96, Rütten & Loening Berlin, 1959 – Doernberg, „Geburt“
In einer anderen Quelle Beirat, „Geschichte“, wird die Zahl der verurteilten Nazis von 1945 bis 1964 mit 12 807 von 16 572 gerichtlich angeklagten Personen angegeben.

Insgesamt wurden 520 000 ehemalige Nazis, Militaristen und Kriegsverbrecher in den Jahren 1945 bis 1948 aus den verschiedensten Dienststellen, Behörden, Ämtern, Unternehmungen Schulen usw. entfernt. [29]

Entmilitarisierung

Die Entmilitarisierung war für die SMAD unter allen anderen Aufgaben die leichteste. Durch die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands existierten organisierte, bewaffnete Formationen von Reichswehr, SS, SA oder Polizei nicht mehr. Mit dem Befehl Nr. 3 der SMAD am 15. Juni 1945 wurde die dringend **notwendige, vorrangige Entwaffnung** aller Streitkräfte durchgeführt. Vom 17. bis 23. Juni mussten alle Waffen an den Militärkommandanten übergeben werden. [30]

Weiter stand die **Demontage** von **ca. 600 Rüstungswerken** bis Ende 1946 auf der Tagesordnung. Ein Teil der Reparationen wurde aus den demontierten Rüstungswerken beglichen. Januar 1947 war die Demontage abgeschlossen. 202 ursprünglich zur Demontage vorgesehene Großbetriebe wurden in **Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)** umgewandelt. Diese entwickelten sich unter der Leitung sowjetischer Generaldirektoren und mit Hilfe sowjetischer Spezialisten zu beispielhaften Produktionsstätten:

„Die SAG-Betriebe waren Schulen neuer technologischer Methoden. In ihnen wurden dank der Anwesenheit sowjetischer Ingenieure die Errungenschaften der sowjetischen Technik eingesetzt und den deutschen Arbeitern die Erfahrungen der sowjetischen Neuerer übermittelt. Gleichzeitig waren sie Vorbild in der sozialen und kulturellen Betreuung der Arbeiter und Angestellten. Sie trugen sehr wesentlich zum friedlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bei, da sie wichtige Erzeugnisse, darunter Benzin, Kraftwagen, Kunstdünger, an die deutsche Industrie und Landwirtschaft lieferten.“ [31]

74 Werke von 202 wurden im Januar 1947 den Landesregierungen übergeben. Bis Ende 1953 wurden alle SAG-Betriebe ohne Entschädigungssummen an die DDR-Regierung bzw. an die Landesregierungen übergeben.

Enteignung

Die Junker und GroßgrundbesitzerInnen mit über 100 Hektar Landbesitz und führende, aktive Nazis wurden durch die demokratische Bodenreform enteignet. (Siehe TA Nr. 82, S. 12-14)

Mit den Befehlen Nr. 124/30. Oktober 1945 sowie Nr. 126 der SMAD vom darauf folgenden Tag wurden die Enteignungen angeordnet und praktisch verwirklicht.

Folgendes Eigentum sollte beschlagnahmt und provisorisch übernommen werden – Befehl Nr. 124:

„1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet und

a) dem deutschen Staat und seinen zentralen und örtlichen Organen,

b) den Amtsleitern der Nationalsozialistischen Partei, deren führenden Mitgliedern und einflußreichen Anhängern,

c) den deutschen Militärbehörden und Organisationen,

d) den von dem Sowjetischen Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen,

Bodenreform

„Durch die Bodenreform wurde der Landbesitz der Junker und der Faschisten und Kriegsverbrecher in die Hände der Bauern übertragen. Kredit- und Bankeinrichtungen sowie Industrieunternehmungen ehemaliger aktiver Faschisten und Militaristen gingen in das Eigentum des Volkes über.

Damit wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlage des Faschismus, Militarismus und der Reaktion ernsthaft erschüttert.

Unter diesen Umständen ist es unbedingt erforderlich, entsprechend den Bestimmungen der vierten Sitzung der Außenminister in Moskau einen Unterschied zu machen: Einerseits zwischen ehemaligen aktiven Faschisten, Militaristen und Personen, die wirklich an Kriegsverbrechen und Verbrechen anderer Art, die von Hitleristen begangen wurden, schuldig sind.

Andererseits zwischen den nominellen, nicht aktiven Faschisten, die wirklich fähig sind, mit der faschistischen Ideologie zu brechen, und zusammen mit den demokratischen Schichten des deutschen Volkes an den allgemeinen Bemühungen zur Wiederherstellung eines friedlichen demokratischen Deutschlands teilzunehmen.

Eine allgemeine gerichtliche Belangung sämtlicher ehemaliger nominellen nicht aktiven Mitglieder der Nazipartei würde nur der Sache des demokratischen Aufbaus Deutschlands schaden und dazu beitragen, daß die Positionen der Überbleibsel der faschistischen militärischen Reaktion gefestigt werden.“ [1]

1 „Lesematerial“, S. 122

28 Erwähnen müssen wir hier auch die historischen Fakten, dass in der späteren DDR einige bekannte Nazi-Funktionäre, deren Verbrechen und Vergangenheit bekannt waren, nicht verfolgt wurden. Teils haben sie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unbehelligt gearbeitet oder wurden als „Spezialisten“ im Ministerium für Staatssicherheit, insbesondere auch in der „Auslandsaufklärung“ eingesetzt.

29 Doernberg, „Geburt“, S. 97 und Beirat, „Geschichte“, S. 88

30 Siehe ausführlich in „Lesematerial“, S. 19

31 Stefan Doernberg, „Kurze Geschichte der DDR“, S. 43, Dietz Verlag Berlin, 1964

Zeittafel Mai 1946 – Oktober 1949

1946

7. Mai: Offener Brief der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland

14. Mai: Beschlüsse der SED „Zur Ernährungsfrage“ und „Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen“

21. Mai: Übergabe konfiszierten und sequestrierten Eigentums durch die SMAD in den Besitz und die Nutznießung der deutschen Selbstverwaltungen

15. Juni bis 12. Juli: Außenministerkonferenz UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich in Paris

17. Juni: Aufruf der SED zu Gemeindewahlen

20. Juni: Beschluss des Parteivorstandes „SED und nominelle Pgs“ („Nicht besonders belastete NSDAP Mitglieder“)

30. Juni: Volksentscheid in Sachsen über Bestrafung der Kriegsverbrecher, Naziaktivisten sowie zur Beseitigung der Konzerne

10. Juli: Erklärung des Außenministers der UdSSR auf der Außenministerkonferenz in Paris für ein einheitliches Deutschland und für einen Friedensvertrag nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

13./14. Juli: Erste Delegiertenkonferenz der antifaschistischen Frauenausschüsse aus der SBZ in Berlin

1. August: Wiedereröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

17. August: Inkrafttreten des Befehls der SMAD „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

September: Durchführung der Gemeindewahlen in den Ländern der SBZ

1. September: Inkrafttreten des Gesetzes zur Demokratisierung der Schule

19. September: Dokument der SED, „Die Grundrechte des deutschen Volkes“ und Beschluss des Parteivorstandes „Die SED zur Grenzfrage“

1. Oktober: Urteilsverkündung des Alliierten Militärtribunals im Nürnberger Prozess gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher

7. Oktober: Wahlaufruf der SED zu den Landtagswahlen für gesamtdeutschen Volksentscheid für ein einheitliches, demokratisches Deutschland

20. Oktober: Land- und Kreistagswahlen in der SBZ

14. November: SED stellt den Entwurf einer Verfassung für eine deutsche demokratische Republik zur öffentlichen Diskussion

24. November: Richtlinien für die Organisation der Maschinen-Ausleihstationen (MAS) in der SBZ

2. Dezember: Abkommen zwischen USA und Großbritannien, über die gesonderte wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone (sog. Bizone)

5. Dezember: Vorschlag der SED für eine Volksabstimmung zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Durchkreuzung der Pläne der deutschen Monopolherren zur Spaltung Deutschlands

12. Dezember bis 28. Februar 1947: Verabschiedung der Verfassungen der Länder der SBZ

22. Dezember: Durch eine Zollgrenze Abtrennung des Saargebiets von Deutschland und Eingliederung in das französische Wirtschaftssystem

24. Dezember: Erklärung des Zentralsekretariats der SED „Für das Saargebiet“

30. Dezember: Beschluss der SED „Sozialpolitische Richtlinien“

1947

4. Januar: SMAD Befehl zur Schaffung der einheitlichen Sozialversicherung in den Ländern der SBZ

14. Februar: Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, AG SED – KPD

22. Februar: Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)

25. Februar: Inkrafttreten des Kontrollratsgesetzes über die Auflösung des Staates Preußen

1. März: Aufruf der SED an das deutsche Volk „Volksentscheid für die Einheit Deutschland“

7. bis 9. März: Deutscher Frauenkongress in Berlin, Gründung des Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)

10. März bis 24. April: Außenministerkonferenz UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich in Moskau

22. März: Erklärung des Außenministers der UdSSR auf der Außenministerkonferenz in Moskau. Für Bodenreform in ganz Deutschland, für Enteignung der deutschen Monopole und Übergabe ihrer Betriebe an den deutschen Staat, für Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet, gegen die Pläne der Westmächte zur Zerstückelung Deutschlands

31. März: Beschluss SED „Gesundheitspolitische Richtlinien“

17. bis 19. April: II. Bundeskongress des FDGB in Berlin unter der Losung: „Mehr produzieren – richtiger verteilen – besser leben“

30. Mai: Beschlüsse der Landtage in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Überführung der Bodenschätze und der Bergbaubetriebe in die Hände des Volkes

6. bis 9. Juni: Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München

12. Juni: Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD gegen die Spaltung Deutschlands. Bildung eines Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates durch die westlichen Besatzungsmächte

1. Juli: Erklärung des Parteivorstandes der SED gegen den Föderalismus, für Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung

23. Juli: Stellungnahme der SED gegen den Marshallplan

18. August: Protestnote der Regierung der UdSSR gegen die Abhaltung einer separaten Westmächtekonferenz

30. August: Erklärung des Vertreters der UdSSR im Alliierten Kontrollrat über die Unzulässigkeit gesonderter Verhandlungen, Beratungen und Konferenzen sowie zweiseitiger Abkommen über gesamtdeutsche Fragen hinter dem Rücken des Kontrollrats durch die Westmächte

20. bis 24. September: II. Parteitag der SED. Entschließung zur politischen Lage; Resolution zur Frauenfrage und Resolution zur Jugendfrage

1. Oktober: Erklärung der KPdSU(B) für Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands, gegen die Spaltungspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs

10. Oktober: SMAD Befehl 234 für Steigerung der Arbeitsproduktivität, Werkküchenessen, Lohnerhöhungen und Prämien

16. Oktober: Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD gegen die Demontagen in der Bi-Zone

21. November: Erklärung des Vertreters der

e) den Regierungen und Staatsangehörigen (physische und juristische Personen) der auf seiten Deutschlands am Krieg beteiligten Länder,
f) Personen, die von dem Sowjetischen Militärkommando durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet werden,
gehört als beschlagnahmt zu erklären.
2. Das herrenlose Gut, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, in provisorische Verwaltung der Sowjetischen Militärverwaltung zu nehmen.“ [32]

Weitere Anordnungen in diesem Befehl nahmen die konkrete Umsetzung der Enteignungen in Angriff. Der Befehl Nr. 126 verfügte die *„Konfiskation des Eigentums der NSDAP, ihrer Organe und angeschlossenen Organisationen“*. [33]

Die **Durchführung** der Enteignungsverfügungen legte die SMAD in die Hände **der ostdeutschen Selbstverwaltungsorgane** und **Zentralverwaltungen**.

Durch „Volksentscheid“ wurde am 30. Juni 1946 in Sachsen das Gesetz „Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes“ rechtskräftig. In einem weiteren Befehl, Nr. 154, hat die SMAD am 21. Mai 1946 **alle enteigneten Unternehmen** bzw. Betriebe – außer den zur Demontage vorgesehenen Rüstungswerken – an die Selbstverwaltungen zur weiteren Verfügung übergeben. Laut Angaben der DDR-Geschichtsschreibung wurden bis zum Frühjahr 1948 – unter Ausklammerung Berlins – insgesamt 9 281 gewerbliche Unternehmungen, davon 3 843 industrielle Betriebe, enteignet.

Am 31. März 1948 fasste die Deutsche Wirtschaftskommission den Beschluss über das Ende von Beschlagnahmungen und die Auflösung der Sequesterkommissionen. Die SMAD bestätigte dies in ihrem Befehl vom 17. April 1948.

Reparationen

Die Diskussionen über die Reparationsleistungen Deutschlands werden noch heute geführt. Immer wieder wird das nationalistisch-chauvinistische Gejammer aufgewärmt, die DDR musste „zu viele“ Reparationen an die Sowjetunion leisten. Deswegen sei es der DDR-Wirtschaft so schlecht gegangen… was im Ergebnis zum Scheitern der DDR geführt habe etc.

Wir befassen uns hier nicht weiter mit solchen reaktionären, faschistoiden Behauptungen. Wir zeigen die tatsächlichen Fakten auf, das heißt wie es wirklich war. Dabei sagen wir ganz deutlich:

Die geschädigten Länder hatten an die beiden deutschen Staaten, DDR und BRD, den vollkommen gerechtfertigten Anspruch auf Reparationen. Wenn diese Reparationen gegenüber einzelnen Ländern, wie z.B. Griechenland, von der BRD bis heute nicht beglichen wurden, haben wir **KommunistInnen die Pflicht**, diese als legitim und richtig zu verteidigen und von den Herrschenden einzufordern.

Grundlegend wichtig ist hier auch der nach wie vor aktuelle ideologische Kampf um die Herzen und Hirne der ArbeiterInnenklasse. Die **Ablehnung** der Reparationen war und ist ein Teil der geschichtsrevisionistischen Entlastung der Schuld des deutschen Imperialismus an den Gräueln des 2. Weltkrieges und seiner barbarischen Völkermordpolitik.

Im Krieg gegen Hitlerdeutschland erlitt die **Sowjetunion schwere Verluste**. Laut neuer Berechnungen wurden über 27 Millionen Sowjetmenschen durch den Krieg getötet. Der materielle direkte Schaden betrug 679 Mrd. Rubel. Umgerechnet in US-Dollar waren das 128 Mrd. Die „Außerordentliche Staatliche Kommission der Sowjetunion“, die das Ausmaß der Kriegsschäden berechnete, stellte fest:

„Die oben angeführten Ziffern sind keinesfalls erschöpfend für die der Sowjetunion von den faschistischen deutschen Eindringlingen zugefügten Schäden.
*Sie umfassen **nur die Verluste durch direkte Zerstörung** des Eigentums der Bürger, Kollektivwirtschaften, der gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Unternehmungen und Behörden. In die Summe der Schäden sind solche Verluste nicht einbegriffen wie die*

32 „Lesematerial“, S. 43
33 „Lesematerial“, S. 46

UdSSR im Alliierten Kontrollrat gegen die Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs

22. bis 23. November: 1. Deutscher Bauerntag in Berlin, Gründung des Hauptverbandes der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in der SBZ

25. November bis 5. Dezember: Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in London

27. November: Erklärung des Außenministers der UdSSR auf der Außenministerkonferenz in London für sofortige Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung und Abschluss eines Friedensvertrags innerhalb von zwei Monaten

6. bis 7. Dezember: 1. Deutscher Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden in Berlin

20. Dezember: Appell des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses an alle Deutschen, für einen Volksentscheid über die Herstellung der Einheit Deutschlands

24. Dezember: Aufruf der SED an das deutsche Volk, gegen die Spaltungspläne der Westmächte zu kämpfen und sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen

1948

15. Januar: SED fordert Volksabstimmung über Friedensvertrag und Einheit Deutschland

17. Februar: Schreiben der AG SED-KPD an die Besatzungsbehörden „Gegen undemokratische Verbote"

23. Februar bis 6. März: Erste Konferenz der drei Westmächte in London, zeitweise Teilnahme von Vertretern der Beneluxstaaten

6. März: Protestnote der Regierung der UdSSR an die Regierungen der Westmächte gegen den Bruch des Potsdamer Abkommens

9. März: Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) übernimmt die zentrale Leitung der Wirtschaft in der SBZ

17. bis 18. März: II. Deutscher Volkskongress in Berlin. Wahl des Deutschen Volksrates. Beschluss ein Volksbegehren für einen Volksentscheid zur die Einheit Deutschlands

20. März: USA und Großbritannien verweigern im Alliierten Kontrollrat Auskunft über ihre Besatzungspolitik. Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates kommt zum Erliegen

17. April: Beendigung des Sequester-Verfahrens und Überführung der Werke der Monopolisten und Kriegsverbrecher in Volkseigentum

29. April: Konstituierung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) in Berlin

23. Mai bis 13. Juni: Sammlung von über 13 Millionen Unterschriften für die Durchführung eines Volksbegehrens zur Einheit Deutschlands

25. Mai: Konstituierung der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in Berlin

8. Juni: Protesterklärung des Deutschen Volksrates gegen die Londoner Empfehlungen der Regierungen der Westmächte, die den Potsdamer Beschlüssen widersprechen, gegen die Bildung des separaten deutschen Weststaates

15. Juni: Aufruf des Deutschen Volksrates an die deutsche Bevölkerung für die Anerkennung der Einheit Deutschlands, gegen die Politik der Spaltung Deutschlands durch die Londoner Beschlüsse

18. Juni: Aufruf der SED an das deutsche Volk zum Kampf gegen die Spaltung der Nation durch die Einführung einer eigenen Währung in Westdeutschland

19. Juni: Protesterklärung des Deutschen Volksrates gegen die Spaltung Deutschlands durch die Londoner Beschlüsse mit Hilfe der Einführung einer Währungsreform in Westdeutschland und durch die Schaffung eines westdeutschen Staates

20. Juni: Inkrafttreten der Währungsreform in den westlichen Besatzungsgebieten

23. Juni: Währungsreform in der SBZ als notwendige Schutzmaßnahme gegen die Separatwährung Westdeutschlands

24. Juni: Deklaration der Außenminister in Warschau – UdSSR, VR Albanien, VR Bulgarien, Tschechoslowakische Republik, Föderative VR Jugoslawien, VR Polen, Rumänische VR, Ungarische VR. Gegen die Londoner Beschlüsse der Westmächte zur Bildung eines deutschen Weststaates

1. Juli: Direktive der Militärgouverneure in den westlichen Besetzungszonen zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates

21. Juli: Annahme des Zweijahrplans durch die DWK

3. September: Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien konstituiert sich nach Aufnahme der NDPD und der DBD sowie des FDGB und der FDJ als Demokratischer Block

3. Oktober: Note der Regierung der UdSSR an die Westmächte zur Erörterung der Berliner Frage und des Deutschlandproblems

24. Oktober: Appell des Deutschen Volksrates an die Großmächte, zu den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens zurückzukehren

15. November: Beginn der Tätigkeit der Staatlichen Handelsorganisation (HO)

24. November: Manifests des Deutschen Volksrates „Schließt Frieden mit Deutschland"

1949

25. bis 28. Januar: 1. Parteikonferenz der SED. Entschließung „Die nächsten Aufgaben der SED"; Manifest an das schaffende deutsche Volk, gegen die Spaltungspolitik der Westmächte nationalen Widerstand zu leisten; Beschluss über „Innerparteiliche Maßnahmen"

29. Januar: Protesterklärung der Regierung der UdSSR gegen die Aggressionspolitik der Nordatlantikpakt- (NATO) Mächte

1. Februar: Aufruf des Deutschen Volksrates an das deutsche Volk zur Selbsthilfe gegen den durch die Westmächte verschuldeten nationalen Notstand

19. März: Annahme der Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik durch den Deutschen Volksrat

31. März: Memorandums der Regierung der UdSSR gegen den aggressiven Nordatlantikpakt, gegen die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO

2. April: Protesterklärung des Deutschen Volksrates gegen die „Grenzberichtigungen" im Westen Deutschlands

5. April: Protesterklärung der Regierung der UdSSR gegen die „kleinen Grenzkorrekturen" an der Westgrenze Deutschland

7. Mai: Deutscher Volksrat schlägt dem Parlamentarischen Rat der Westzonen in Bonn vor, gemeinsam über die Herstellung der deutschen Einheit zu beraten

8. Mai: Parlamentarischer Rat in Bonn nimmt das Grundgesetz der BRD an, das am 23. Mai in Kraft tritt

Verringerung des Volkseinkommens durch die Einstellung oder Einschränkung der Arbeit staatlicher Betriebe, Kollektivwirtschaften und Bürger, der Wert der von den deutschen Okkupationstruppen konfiszierten Nahrungsmittel und Versorgung, die Kriegsausgaben der UdSSR sowie die Verluste durch die Einschränkung des Tempos der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die das Ergebnis der Feindtätigkeit in der Zeit von 1941 bis 1945 sind.

In die Summe der Schäden sind die unersetzbaren Verluste unseres Volkes, die verbunden sind mit dem Tode von Millionen von Sowjetmenschen, welche von den faschistischen deutschen Eindringlingen auf dem von ihnen zeitweilig besetzten sowjetischen Territorium hingemordet wurden, nicht einbegriffen.“ [34]

Auch in allen anderen, von Deutschland okkupierten Ländern waren die Kriegsschäden verheerend. Reparationen sollten nicht nur an die Sowjetunion sondern an alle Länder, denen durch Hitlerdeutschland Schäden zugefügt wurden, geleistet werden. Die Höhe der gesamten Reparationen wurde auf 20 Mrd. Dollar festgesetzt. Davon waren 10 Mrd. für die Sowjetunion und Polen vorgesehen. [35]

Bis zum Ende des Jahres 1950 wurden von der SBZ und der DDR 3, 658 Mrd. Dollar Reparationen geleistet.

Auf die Bitte des Ministerrats der DDR um Herabsetzung der Reparationsleistungen an die Regierung der UdSSR, hat diese die restliche noch zu zahlende Summe um 50 Prozent, das heißt auf 3,171 Mrd. Dollar, herabgesetzt. Dieser Betrag sollte auf die Jahre 1951 bis 1965 verteilt gezahlt werden. Das bedeutete, durchschnittlich 211,4 Mio. Dollar im Jahr zu leisten. [36]

Am 23. August 1953 wurde die DDR von der Reparationsverpflichtung befreit. Ab 1. Januar 1954 wurden keine Reparationen mehr geleistet. Insgesamt wurden **von 10 Mrd. Dollar nur 4,2922 Mrd. Dollar Reparationen** an die Sowjetunion bezahlt.

Dazu kommt noch, dass die in der DDR befindlichen sowjetischen Betriebe unentgeltlich in den Besitz der DDR übergeben wurden, nachdem sie von der Sowjetunion umgebaut, instand gesetzt und modernisiert worden waren.

Die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR verbundenen Ausgaben wurden bis auf eine Summe reduziert, die nicht mehr als fünf Prozent der Einnahmen im Staatshaushalt der DDR betragen durften. Der DDR wurden die Zahlungen der seit 1945 durch die Besatzungskosten entstandenen Schulden in ausländischer Währung erlassen.

Wenn die unentgeltliche Übergabe der sowjetischen Werke an die DDR, der Schuldenerlass und alles andere zusammengerechnet werden, fällt die tatsächliche Höhe der Reparationsleistungen noch wesentlich niedriger aus.

In den sowjetischen Werken in der SBZ wurden von der Sowjetunion mehrere Milliarden Mark investiert, um sie für die „Friedenswirtschaft“ umzuwandeln und die Produktion zu fördern. Die ganze Hilfe der Sowjetunion mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Maschinen etc. und nicht zu vergessen die Unterstützung mit Fachkräften ist dabei nicht inbegriffen.

Es ist ein von den Imperialisten **geschürtes Märchen**, dass die DDR „zu viel“ Reparationen bezahlen musste und daher die DDR-Wirtschaft sich nicht entwickeln und die Bedürfnisse der Werktätigen nicht erfüllen konnte.

Dieses Märchen wird auch sehr gerne von antikommunistischen Stalin-HasserInnen und RevisionistInnen aller Couleur, wie zum Beispiel von der Partei Die Linke bedient.

Die tatsächlichen Ursachen für Mängel und Fehlentwicklungen in der Ökonomie der DDR werden wir innerhalb weiterer Artikel analysieren.

34 „Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte“, S. 45, Dokumente der neuen Zeit, Heft 2, Landesdruckerei Sachsen G.m.b.H. Dresden

35 Den Umgang der imperialistischen Besatzungsmächte mit der Reparationsfrage auszuführen und politisch einzuordnen, würde den Rahmen unseres Artikels sprengen.

36 „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion“, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Bd. I, S. 345-350, Rütten & Loening, Berlin 1957

10. Mai: Gründung des Deutschen Friedenskomitees
23. Mai bis 20. Juni: Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Paris
29. bis 30. Mai: Tagung des III. Deutschen Volkskongresses, Berlin: Bestätigung des Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik; Wahl der Delegation zur Pariser Außenministerkonferenz; Annahme des Manifests über die Erweiterung der Nationalen Front; Wahl des Deutschen Volksrates
23. Juli: Protesterklärung des Deutschen Volksrates gegen die Durchführung von Wahlen in Westdeutschland
14. August: Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag in Westdeutschland
24. August: Beschluss der SED: „Schulpolitische Richtlinien"
7. September: Westdeutscher Bundestag tritt in Bonn zusammen
21. September: Bildung der Regierung in Westdeutschland unter Führung Adenauers
1. Oktober: Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, gegen die Bildung der Bonner Regierung
4. Oktober: Entschließung des Parteivorstandes der SED „Die nationale Front des demokratischen Deutschland und die SED"
5. Oktober: Aufruf des Deutschen Volksrates und des antifaschistisch-demokratischen Blocks der Parteien an das deutsche Volk zur nationalen Selbsthilfe gegen den nationalen Notstand
7. Oktober: Gründung der DDR. Konstituierung des Deutschen Volksrates als Provisorische Volkskammer. Inkraftsetzung Verfassung der DDR; Gesetz über die Bildung der Provisorischen Regierung der DDR
10. Oktober: Übertragung der Verwaltungsfunktionen der SMAD an die Provisorische Regierung der DDR. Schaffung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) an Stelle der SMAD

Demokratisierung

Die Maßnahmen zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung, zum Aufbau der demokratischen Selbst- und deutschen Zentralverwaltungen etc. gehörten alle zur Demokratisierung. Das war aber längst nicht alles, was dafür getan wurde.

Nach dem Aufbau antifaschistisch-demokratischer Selbstverwaltungsorgane, der Durchführung der Bodenreform und der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, Entnazifizierung und Entmilitarisierung waren die Voraussetzungen für **demokratische Wahlen** geschaffen.

In der Zeit vom 1. bis 15. September 1946 fanden die ersten Wahlen zu den Gemeindevertretungen und am 20. Oktober 1946 zu den Kreis- und Landtagen statt. Landtage und Landesregierungen wurden gebildet. Mit dem Befehl Nr. 332 der SMAD am 27. November 1946 wurden die Vollmachten der Präsidenten der Bundesländer und Provinzen an die gewählten Landtage und neu gebildeten Regierungen übertragen.

Landtage und Landesregierungen waren in der damaligen Zeit die obersten deutschen Machtorgane. Sie verabschiedeten neue, demokratische Landesverfassungen und Gesetze, die dem wirtschaftlichen Aufbau und der Durchsetzung der demokratischen Grundrechte des Volkes dienten.

Am 4. Juni 1947 wurde mit dem SMAD „Befehl Nr. 138" für eine einheitliche Anleitung der wirtschaftlichen Tätigkeit eine Koordinierung der Länder und Provinzen gebilligt. Am 12. Februar 1948 ordnete die SMAD mit Befehl Nr. 32 die **Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK**) an. [37]

Am 24. Oktober 1948 empfiehlt die DWK die Erweiterung ihrer Mitgliederzahl von 36 auf 101 Mitglieder. Diese wird von der SMAD einen Monat später gebilligt.

Die Mehrzahl der Mitglieder sollte sich aus gewählten VertreterInnen der Bevölkerung zusammensetzen. Die DWK erhielt von der SMAD das Recht, Verfügungen zu erlassen, die für das gesamte Gebiet der sowjetischen Besatzungszone rechtsverbindlich waren. Damit war sie die höchste zentrale Instanz zur Leitung der gesamten Wirtschaft.

Ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Umgestaltung auf kulturellem Gebiet war die **demokratische Schulreform**.

Bereits am 1. Oktober 1945 wurde der geregelte Schulunterricht wieder aufgenommen. Die demokratischen Vorgaben der SMAD lauteten:

„Es ist jede Benutzung von Schul- und Lehrbüchern, die in der Periode des faschistischen Regimes herausgegeben wurden, verboten. Diese Lehrbücher müssen ausgeschaltet werden. Die Verantwortung für die Ausschaltung der faschistischen Literatur tragen die Schuldirektoren und Schullehrer. Die Organe der Volksbildung der örtlichen Selbstverwaltungen, die sich in der Sowjet-Besatzungszone Deutschlands befinden, haben eine Erfassung aller Lehrkräfte, die früher in den Schulen gearbeitet haben, vorzunehmen und denen Lehrstellen bereitzustellen, welche in faschistischen Organisationen und Gesellschaften nicht organisiert waren; auch sind folgerichtig demokratische Prinzipien in der Schulung und in der Erziehung durchzuführen, sowie das reaktionäre Wesen des Nazismus, der faschistischen Rassenlehre und der militaristische Charakter des ehemaligen Deutschen Reiches zu enthüllen.

Zu gleicher Zeit müssen zur pädagogischen Arbeit Personen aus demokratisch-antifaschistischen Schichten des

37 Siehe hierzu „Lesematerial", S. 187

Volkes herangezogen werden, die die erforderliche Allgemeinbildung besitzen und den Wunsch haben, als Lehrer in Volks- und Mittelschulen zu wirken.“ [38]

Am 18. Oktober 1945 wird der gemeinsame Aufruf des ZKs der KPD und des Zentralausschusses der SPD veröffentlicht.

Darin sind die **Grundforderungen** für **die Schulreform** enthalten: Besetzung aller leitenden Schulfunktionen durch bewährte AntifaschistInnen, Beseitigung aller Bildungsprivilegien, Aufbau eines einheitlichen Schulsystems, Trennung von Schule und Kirche, Abschaffung von Privatschulen, Bildung eines neuen demokratischen Lehrkörpers, Ausarbeitung neuer Lehrpläne und Lehrbücher, gründliche Reform des Hochschulwesens.

Festhalten müssen wir, dass die Durchführung der Schulreform in der konkreten Lage sehr schwierig war. Mit der Entnazifizierung wurden natürlich viele Nazi-LehrerInnen entlassen. Dadurch fehlten ca. 40 000 LehrerInnen in der SBZ. Neue Kräfte aus antifaschistisch-demokratischen Schichten konnten sie nicht so schnell ersetzen. Ein **Programm zur Ausbildung** von VolksschullehrerInnen wurde entwickelt, das am 1. Januar 1946 startete. Verantwortlich für die Schulreform war die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung. Ihre Aufgabe war, Schulen, Kinderheime und Hochschulen, Theater, Kinos, Museen und andere Kultureinrichtungen aufzubauen und anzuleiten. Sie erarbeitete Anfang 1946 gemeinsam mit den Schulabteilungen der Länder und Provinzen einen Entwurf für eine einheitliche Schulgesetzgebung.

Am 22. Mai 1946 nahm die Provinzialverwaltung Sachsen als erste Länderregierung dieses „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ an. Bis Juni 1946 folgten alle anderen Länder- und Provinzialverwaltungen. Und ab 1. September 1946 trat dieses Gesetz in allen Ländern und Provinzen der SBZ in Kraft.

Wesentliche soziale Errungenschaften

Zusätzlich zu all diesen Aufbauprojekten wurden Initiativen entwickelt, um die Lage der Bevölkerung, vor allem der ArbeiterInnen, Angestellten, armen und neuen Bauern und Bäuerinnen zu verbessern.

Im Februar 1946 wurde von der SMAD die „**Einführung des Achtstundenarbeitstags**“ und im August das Prinzip „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“ unabhängig von Geschlecht und Alter eingeführt.

Außerdem wurden Maßnahmen im Bereich von Sozialversicherung, Renten, Urlaub etc. durchgeführt.

Die SMAD schildert Oktober 1947 die gesellschaftliche Situation sehr zutreffend:

„Nach dem Zusammenbruch des volksfeindlichen Regimes des aggressiven Hitlerdeutschlands wurden in der sowjetischen Besatzungszone überaus wichtige Maßnahmen durchgeführt, um die gesetzmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verankern.

Der Achtstundenarbeitstag und gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurden eingeführt. Der bezahlte Urlaub für Arbeiter und Angestellte wurde wiederhergestellt und verlängert. Das Recht der Werktätigen, sich in Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen frei zu organisieren, wurde wiederhergestellt.

Die im Interesse der Unternehmer eingeführten einseitigen faschistischen Tarifordnungen wurden abgeschafft. Es werden wieder Tarifverträge zwischen den Arbeitern und den Unternehmern abgeschlossen.

Es bestehen demokratisch gewählte Betriebsräte, die ihre Funktionen ausüben. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Lösung von Fragen, die mit der Arbeit des Betriebes im Zusammenhang stehen, sowie das Kontrollrecht sind gesichert.

Eine einheitliche demokratische Sozialversicherung wurde eingeführt. Allein im abgelaufenen Jahr wurden für die Sozialversicherung und Sozialfürsorge der Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone über zwei Milliarden Mark ausgegeben.

In der sowjetischen Besatzungszone sind die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung auf dem

38 „Lesematerial“, S. 34-35

Gebiet der Arbeitsgesetzgebung und der rechte der Arbeiter und Angestellten nicht nur wiederhergestellt, sondern in einem Maße erweitert worden, wie es in der Geschichte Deutschlands noch nie der Fall war.
Gleichzeitig wurden die Banken, Betriebe der Konzerne, Truste und anderer Monopole sowie Betriebe ehemaliger aktiver Faschisten und Militaristen dem Volke übereignet. Eine große Arbeit zur Demokratisierung und Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen aktiven Faschisten, Militaristen und Kriegsverbrechern wurde geleistet. Die Schlüsselpositionen der Wirtschaft befinden sich jetzt in den Händen des Volkes." [39]

Fazit

Die SMAD als höchstes Machtorgan in der SBZ hat sich im Gegensatz zu den Besatzungsmächten in den westlichen Zonen **konsequent** an die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gehalten.

Sie hat mit viel revolutionärem Einsatz und Elan die Aufgaben der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung in der SBZ im Großen und Ganzen bespielhaft erfüllt. Die antifaschistisch-demokratischen, kommunistischen Kräfte wurden unterstützt und gefördert.
In der SBZ wurde ein friedliches, antifaschistisches Deutschland geschaffen. Die Einheit Deutschlands konnte nicht erreicht werden, weil die imperialistischen Besatzungsmächte eine Politik der Spaltung Deutschlands betrieben haben.
Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse wurden auf dem Gebiet der SBZ die **Grundlagen eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands** geschaffen. Alle antifaschistisch-demokratischen und sozialen Errungenschaften waren nur möglich, weil in diesem Gebiet Deutschlands die Besatzungsmacht eine sozialistische Macht, die Sowjetunion, war.

39 „Lesematerial", S. 141

INHALTSVERZEICHNIS

[...]

SCHWERPUNKT

> „Wenn wir brüderlich uns einen …" – Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR

> Eine Vorgeschichte – Kommunistische Internationale und oppositionelle Genoss_innen

> „Die Rummurkserei mit der Antifa muss aufhören" – Die Antifaschistischen Ausschüsse in der sowjetisch besetzten Zone

> Ungewollte politische Akteure – Die SED und die Kommunisten von Buchenwald

> „Mangelnde Wachsamkeit gegenüber den Klassenfeinden"? Politische Repressalien auch gegen Antifaschisten

> „… wurden sie zu Werkzeugen des Klassenfeindes" – Die „Überprüfungen" der Parteikontrollkommission ab 1948 und der Fall Merker

> Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern …? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED

> Gegen die, die „Morgenluft wittern und frech zu werden versuchen" – Die radikaloppositionelle Studentengruppe und der IM

> Repression gegen jugendliche Oppositionelle in der DDR – Die Unterwanderung und Zerschlagung der Leipziger Alternativ- und Punkszene

> Homosexualität in der Deutschen Demokratischen Republik

> Feindlich-Negative Antifa? Vom Missverhältnis des staatsoffiziellen Antifaschismus der DDR zum unabhängigen Antifaschismus ihrer letzten Generation

> „Er war zugleich Spitzel, aber auch ein guter und wichtiger Genosse" – Repressionserfahrung von Potsdamer Antifas in den späten 80ern

> „Misstrauen war ein Hebel, der nur scheinbare Sicherheit schafft" – Interview mit Hans Modrow

> Real existierende Repression – Anmerkungen zu „sozialistischer Gesetzlichkeit"

info@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

Solidarität mit dem Kampf der iranischen Volksmassen!

Verurteilt die Verbrechen des Regimes der Islamischen Republik Iran!

Wieder einmal sind wir Zeuge des Ausbruchs von Rebellionen der iranischen Volksmassen, die das vom Imperialismus abhängige Regime der Islamischen Republik herausfordern. Wieder sterben Hunderte von Werktätigen, damit die Herrschaft der iranischen Bourgeoisie und deren astronomischer Reichtum gesichert bleiben. Eine Situation, welche sich weltweit in ähnlicher Form von Chile bis Irak, von Bolivien bis Palästina, Syrien und Jemen ausdehnt. Diese sozialen Ausbrüche sind ein Zeichen des weltweiten Erwachens der unterdrückten Völker.

Die spontanen Bewegungen und Aufstände im Iran haben angesichts der militärischen und brutalen Despotie und Selbstherrschaft des Regimes immer einen explosiven Charakter. Daher entwickeln sich diese rasch in Massenbewegungen gegen die Herrschenden. 40 Jahren der despotischen Herrschaft des iranischen Regimes bedeutet auch weiterhin die Verletzung politischer und gewerkschaftlicher Rechte der Massen.

ArbeiterInnen- und soziale AktivistInnen werden verhaftet, gefoltert oder hingerichtet. Arbeitslosigkeit, die stetige Verteuerung der Grundbedürfnisse der Menschen, das Wohnungsproblem, Massenarmut und Elend, sowie die Korruption und der astronomische Diebstahl von Volkseigentum durch Bürokraten und Technokraten des herrschenden Regimes, wie auch die sexuelle Apartheid gegen Frauen und das Aufzwingen eines patriarchalen Systems, der Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Iran usw., sind der objektive Boden der jetzt hervorbrechenden antagonistischen Widersprüche im Iran.

Die Revolte, welche am 28. Dezember 2016 und jetzt am 14 November 2019 in mehreren iranischen Städten ausgebrochen ist, hat nach Angabe von Amnesty International zu über 300 Toten, zahlreichen Verletzten und tausenden Verhaftungen geführt.

Das geistige Oberhaupt Khameini und der Staatspräsident Rohani bezeichnen mit großer Frechheit die rebellierenden Menschen, die die Erhöhung der Ölpreise um das dreifache als Anlass genommen haben und auf den Straßen protestierten, als Randalierer und von fremden Kräften gesteuert. Beide verlangen vom Informationsministerium und anderen Sicherheitsorganen ausdrücklich die DemonstrantInnen mittels körperlicher und seelischer Folter zu falschen Geständnissen zu zwingen.

Das islamische Regime hat nach seiner Machtübernahme 1979 die KommunistInnen und die revolutionäre Bewegung, deren Organisationen sowie alle fortschrittlichen und freiheitsliebenden Menschen unterdrückt, bekämpft und ermordet – ein Zustand der bis heute andauert.

Diese spontanen Proteste, die sich gegen Teuerung, Arbeitslosigkeit und viele andere soziale Ungerechtigkeiten richten und die Symbole des Regimes angreifen sind selbstverständlich gerechtfertigt. Sie verfügen über keine revolutionäre Führung und Organisation und dadurch kein Bewusstsein im Sinne eines Bruchs mit der alten Gesellschaft. Deswegen wird ihr Schicksal auch immer durch Kräfte die herrschende Klasse selbst bestimmt oder durch den Interessensausgleich imperialistischer Fraktionen.

Die bürgerlichen Kräfte im In- als auch im Ausland versuchen mit dem Ziel des „Regime Change“ oder deren „Umwandlung“ mit Hilfe und durch die Einflussnahme der imperialistischen Massenmedien unter Vorwand

der Schaffung von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ den Imperialismus, in erster Linie die USA und die Klassen der iranischen Kompradorenbourgeoisie, als die Hauptfeinde der ArbeiterInnen und Volksmassen aus der Schusslinie zu nehmen und verbreiten irrführende Parolen. [1]

Die übliche oberflächliche Analyse, die eine rein „bürgerlich-demokratische“ Lösung im Land anstrebt, behauptet, dass die politische Macht im Iran in Wirklichkeit ein reiner Ausdruck des religiösen Despotismus und Produkt des obersten geistlichen Gelehrten ist. Sie wollen uns auch weismachen, dass ein Verschwinden Khameinis und des Klerus eine bürgerlich-demokratische Entwicklung ermöglichen würde. Beispiele dafür sind Monarchisten, Volksmudschahedin und Nationalislamisten, sowie die verräterische Tudehpartei und „Fedajin-Mehrheit“, nun „die linke Partei“. Die revisionistischen und opportunistischen Kräfte verherrlichen sogar die Führungslosigkeit dieser Bewegungen, um die Volksmassen ideologisch zu entwaffnen und ihnen selbst ihre bürgerliche Ideologie aufzuzwingen und sie für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Denn diese Bewegungen bleiben im Grunde genommen nicht ohne Führung, sondern sie werden angesichts des Nichtvorhandenseins einer revolutionären, kommunistischen Führung und Organisation sofort durch jene Kräfte vereinnahmt, die selbst Teil der kapitalistisch-imperialistischen Strukturen sind und über große organisatorische und finanzielle Möglichkeiten verfügen.

Diese Bewegungen haben ein großes Potential, das immer wieder Menschen auf die Straße treibt, allerdings können sie im jetzigen Zustand trotz aller Opferbereitschaft nicht das strategische Anliegen dieser Etappe der Revolution, welches den Stürz der Islamischen Republik als Ganzes und die Errichtung einer volksdemokratischen Macht unter Führung des Proletariats beinhaltet, erfüllen. Wir solidarisieren uns voll und ganz mit den Kämpfen der unterdrückten ArbeiterInnen und Werktätigen für ihre demokratischen und sozialen Forderungen und verurteilen gleichzeitig die USA und ihre imperialistischen Sanktionen gegen den Iran. Die Sanktionen verursachen damit die Erhöhung der ohnehin sehr teuren Preise für Lebensmittel, Bildung, Gesundheitsversorgung usw. und zielen direkt auf die Zerstörung des Lebensunterhalts der Volksmassen ab.

Nach unserer Meinung braucht es eine bewusste revolutionäre Alternative und ihr direktes politisches Eingreifen zur allumfassenden Entlarvung der imperialistischen Herrschaft, der kapitalistischen Klasse und deren neoliberaler Ideologie um den unterdrückten Massen eine revolutionäre Perspektive zu eröffnen. Nur so kann man das jetzt bestehende Hochgefühl der unterdrückten Massen und ihre Hoffnung auf Veränderungen in die Bahnen des klassenbewussten Handelns lenken und von da aus zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse und der Gesellschaft beitragen. Alles andere führt nur zur Erneuerung des bisherigen Systems in anderer Gestalt der imperialistischen Herrschaft.

Nieder mit der Islamischen Republik Iran!
Nieder mit dem Imperialismus!
Der imperialistische Boykott nützt nur der herrschenden Klasse und ist gegen die Interessen der ArbeiterInnen und Werktätigen gerichtet!
Unterstützen wir die demokratischen und kommunistischen Bewegungen in Iran!
Es lebe die Freiheit! Es lebe der Sozialismus!

Wien, am 21. Dezember 2019

Ein linker iranischer Aktivist aus Wien (Österreich)
Kontaktadresse: Iran-Rat, Amerlinghaus
Stiftgasse 8, A-1070 Wien E-mail: linksaktivist@gmx.at

1 Als revolutionäre KommunistInnen distanzieren wir uns auch ausdrücklich von hauptsächlich auf Solidaritätsdemonstrationen im Ausland ausgegebenen Parolen und Symbolen reaktionär-monarchistischer Kreise, welche auf die Wiedererrichtung der Schahdiktatur abzielen, sowie auch national-chauvinistischen bzw. sozialpatriotischen (z.B. Weder Gaza noch Libanon, wir opfern unser Leben für den Iran) die auf rassistischer und völkerverachtender Basis vor allem gegenüber dem palästinensischen Volk beruhen.

Krieg im Allgemeinen sowie die laufenden und drohenden Kriege in Westasien am Beispiel Iran Ihre Hintergründe und Ziele

Zu Beginn stellt sich die Frage, warum es Kriege überhaupt gibt. Kriege sind nichts vom Himmel gefallenes oder das Produkt böser Absichten oder Verschwörungen einzelner kriegerischer Menschen, sondern Krieg ist immer die Fortsetzung der Politik.

Es geht um Beherrschung von Territorien und ausbeutbaren Menschen und darum, die sich stets verändernden Eigentumsverhältnisse zwischen Herrschenden und Ausgebeuteten im Laufe der Geschichte neu zu ordnen. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Geschichte der bisherigen Gesellschaften die Geschichte der Klassenkämpfe, wobei der erbittertste Krieg, der revolutionäre Bürgerkrieg für den Sozialismus, noch vor uns liegt.

Die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse hin zum Imperialismus ist die wirtschaftliche und soziale Grundlage für die sich ausdehnenden imperialistischen Kriege. Das heißt: Die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist in der Hand einer Kapitalistenklasse konzentriert, welche wiederum im Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Charakter der Produktion steht. Dieser Widerspruch befördert eine gesellschaftliche Krise in Form von Überproduktion und sich verschärfender Kapitalkonzentration, welche ein Hindernis für die Entfaltung der menschlichen Gesellschaft ist.

Im **Zeitalter des Imperialismus** haben diese Kriege also imperialistischen Charakter – sowohl als direkte, wie der 1. und 2. Weltkrieg [1] oder indirekte, wie die Stellvertreterkriege in den abhängigen und neokolonialen Ländern (z.B. Iran-Irak Krieg, Afghanistan, Palästina, Irak, Libyen, sowie in Syrien usw.). [2]

Diese Kriege gehen aus den sich verschärfenden zwischen-imperialistischen Widersprüchen zur Erlangung einer universalen Hegemonie hervor und verfolgen imperialistische Ziele: nationale Unterwerfung, Eroberung fremden Territoriums, die Gewinnung neuer Märkte, Kapitalexport und Ausbeutung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften zur Profitmaximierung. Inzwischen hat auch dieses System die Entfaltung seiner Möglichkeiten, sowie seiner Widersprüche maximal erschöpft und kann längst nicht mehr die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft befriedigen. Die gesamte Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist die Geschichte der Herrschaft des Kapitals, d.h. die Transformation der Gesellschaft, einschließlich der Schaffung dafür geeigneter Menschen und Institutionen entsprechend der Interessen des Kapitals, um seinen Mehrwert zu sichern.

Die Überproduktionskrise konnte sich erst in der Form der Massenschlacht des 2. Weltkriegs abmindern, in Form von Zerstörung und Vernichtung der produzierten Lebensgrundlage, der Kultur und des politischen und sozialen Lebens.

Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft wird die Überproduktion des Kapitals hauptsächlich durch Zerstörung und Vernichtung der Menschen sowie produzierter materieller Güter in einem bestimmten Ausmaß begünstigt und die Wiederentfaltung des Kapitals in bestimmten Zeiträumen ermöglicht.

So gesehen war der 2. Weltkrieg ein Heilmittel, um das Kapital am Leben zu erhalten. Gleichzeitig bietet diese Tendenz aber auch Raum für gesellschaftliche Veränderungen.

Die **Entwicklung des Kapitalismus zwischen 1945-1975** ist jene Periode, in der sich der Kapitalismus regeneriert hat, um zu einer Ausgangsbasis zurückzukehren. Die keynesianistische ökonomische Politik, gestützt auf allgemeine (staatliche) Ausgaben in dieser Periode, hatte keine Entwicklungsmotive, sondern hatte eher die Auswirkung, diese Krise zu dämpfen und zu exportieren und Widersprüche im eigenen Land abzumildern.

Keine Rezepte der Bourgeoisie sind im Stande, die Überproduktionskrise des Kapitals dauerhaft zu lösen. Um aus dieser Krise herauszukommen bleiben zwei Wege: entweder die Zerstörung bisher produzierter Waren und Produktionsmittel und die Schaffung neuer Bedingungen zur Reformierung des Kapitals für eine kurze Periode, um danach zur alten Krisensituation zurückzukehren, oder eine grundlegende politische und soziale Umwälzung die dem Kapitalismus ein Ende setzt.

1 Anmerkung TA: Die Einschätzung des 2. Weltkrieges als insgesamt imperialistisch teilen wir nicht. Der 2. Weltkrieg ist ab 1941, mit dem Eintritt der Sowjetunion kein imperialistischer Krieg mehr.

2 Wir halten es für schwierig alle diese Kriege, Aufstände. Befreiungskämpfe etc. in einen Topf zu werfen und nur als Stellvertreterkriege zu bezeichnen.

Wobei man darauf hinweisen muss, dass die Reflexion dieser Krise auf den Überbau heute keine unmittelbar tiefgreifende Krise des Systems, sondern nur eine Krise der etablierten bürgerlichen Parteien ist. Dies bedeutet eben nicht(!), dass die Herrschenden gegenwärtig aufgrund einer aufkommenden revolutionären Situation nicht in der altgewohnten Weise regieren können.

Derzeit ist die ArbeiterInnenbewegung schwach und nicht organisiert und ihr fehlt die revolutionäre Führung.

Zusammengefasst, der Krieg, der aus dem antagonistischen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital (und den zwischenimperialistischen Widersprüchen im Kampf um Maximalprofit) entspringt, ist für die Bourgeoisie ein geeignetes Mittel, um grundsätzliche Widersprüche des Kapitalismus abmindern zu können.

Diese Kriege finden statt. Sie werden im Moment vor allem stellvertretend geführt, wie aktuell der Überfall des NATO-Landes Türkei auf Nordsyrien (Rojava) ganz eindeutig ersichtlich ist und verfolgen zwei Ziele:

1. Sie eröffnen den Weg zur Zerstörung und Vernichtung der Produktion und der Produktionsmittel und ebnen den Weg für neue Perioden der Entwicklung des Kapitals in diesem Raum.

2. Sie schaffen eine große Arena für die Imperialisten in ihrem Wettrüsten und für Waffenverkäufe in der Region.

Die **Schaffung** einer **neuen Weltordnung nach dem Zusammenbruch der imperialistischen Sowjetunion 1991** und das **Ende einer bipolaren Ordnung zur Organisierung des Weltimperialismus** erzwang eine **Neuregelung der Machtbeziehungen** und des **Kräftegleichgewichts unter den Imperialisten**.

Alle spürten diesen ungeheuren Druck und die daraus resultierenden Notwendigkeiten zu handeln und versuchten mit allen politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln und mit immer schärfer werdenden Kriegsdrohungen, vor allem seitens des US-Imperialismus – wie etwa gegen den Iran, Venezuela, Nordkorea, und neuerlich Putsch in Bolivien – jeweils für sich Vorteile zu schaffen. Auch die wechselseitigen Spannungen und Provokationen im Chinesischen Meer sowie die Aufhetzung und Instrumentalisierung der „Demokratie-Bewegung" in Hongkong auf chinesischem Territorium sind hierfür beispielhaft.

Inzwischen haben die Auseinandersetzungen zwischen dem **US-Imperialismus** und der **islamischen Republik Iran** eine **qualitativ neue Dimension im Kontext der weltweiten Neuordnun**g zwischen den Imperialisten angenommen. Durch die Machtergreifung von Trump/Pence wurde die Situation noch verschärft. In diesem neuen Kontext ist die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Großmächten, der USA einerseits und China, Russland sowie der EU anderseits, entschieden verschärft worden.

Wobei dieser Druck auch eher schwächere imperialistische Mächte wie Kanada oder Japan und natürlich die neokolonialen und abhängigen Länder selbst, wie die Islamische Republik Iran, die Türkei, Südkorea usw. erfasst und sich dort potenziert.

Die Spannungen, Feindseligkeiten und Kriegsdrohungen gegen den Iran, sowie der tagtäglich stark wahrnehmbare wirtschaftliche Boykott sind momentan ein Druckmittel vor allem seitens der USA gegen diese Länder, damit sie ihre Lage und Orientierung den jeweiligen Interessen der Großmächte unterordnen und ein bürokratisch-kapitalistisches System beibehalten.

Vor allem das **Embargo**, welches tagtäglich seine vernichtenden Spuren hauptsächlich unter den breiten Volksmassen hinterlässt, ist im Moment von Seiten der USA und Israel ein Druckmittel gegen den Iran, damit das Land seine Orientierung den Interessen der USA unterordnet, deren aggressive Hauptstoßrichtung gegen China gerichtet ist. China, als heute imperialistische Großmacht, will seinen gebührenden Platz in der neu formierten Weltordnung erkämpfen.

Die Verschärfung des Handelskriegs; die Ausgrenzung Chinas von neuen technologischen und Schlüsselressourcen seitens der USA zerstört in Wahrheit ihre eng verwobenen Beziehungen innerhalb des Weltsystems und stellt ein neue „geopolitische" Tatsache dar. Es zwingt die anderen Mächte und die neokolonialen und abhängigen Länder, sich in diesem Prozess neu zu orientieren und unterzuordnen. Momentan begnügen sich diese Mächte auf globaler Ebene mit wirtschaftspolitischen Kriegen und nicht mit militärischen. Ein eventueller Krieg gegen Iran versteht sich als Teil dieser Weltkonkurrenz und hängt von dieser ab.

Nach unserer Meinung, liegt die strategische Zielsetzung der US-amerikanischen herrschenden Klasse aktuell hauptsächlich in einem politischen und wirtschaftlichen Krieg gegen den Iran, China und Russland und kurz bis mittelfristig wird es wohl, anders als im Irak, zu keiner direkten Militärintervention oder Regime Change gegen den Iran kommen.

Das iranische Regime ist, angesichts der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krise (Massenbewegungen und zahlreiche ArbeiterInnenstreiks) bestrebt, seine Existenz mit allen Mitteln zu bewahren. **Dieses Regime fällt immer tiefer in der Turbulenz der Widersprüche der Großmächte.** Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Weltkapital und dessen Arbeitsteilung, sowie die Notwendigkeit als „Mitspieler" innerhalb der reaktionären

Kriege in Westasien zu fungieren, zwingen das iranische Regime, um zu überleben, immer tiefer in globale imperialistische Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zur offiziellen Propaganda verfügt die Islamische Republik Iran über **keine Spur von antiimperialistischen Intentionen**.

Auf **wirtschaftlicher Ebene** betreibt es von Anfang an die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen, die Intensivierung der Ausbeutung, die Übernahme und Durchführung des Diktats und der Vorgaben der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds seit den 1980ern sowie eine großangelegte Privatisierung im Dienste der Kapitalisten.

Diese Maßnahmen erlauben der iranischen Bourgeoisie und ihren imperialistischen Helfershelfern, sich den Reichtum des Landes und die geschaffenen Werte beliebig und schamlos anzueignen. Das Resultat dieser volksfeindlichen Politik ist soziales Elend der Mehrheit der Gesellschaft vor allem der ArbeiterInnenklasse und der Werktätigen. Die starken Teuerungen für Grundnahrungsmittel, die Freigabe der Preise, die hohe Inflationsrate, sowie seit Monaten nicht ausbezahlte Löhne, die Massenarbeitslosigkeit, all das sind Folgen der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaft, die das Regime mit großem Eifer praktiziert.

Auf **politischer Ebene** hat das Regime von **Anfang an den Terror und die Unterdrückung der sozialen Proteste** an die Spitze seines Programms gestellt und eine Atmosphäre der Angst, des Terrors und der Militarisierung der Gesellschaft herbeigeführt. Es anerkennt keine demokratischen Rechte für die Volksmassen. Den ArbeiterInnen werden unabhängige Gewerkschaften verweigert und die sozialen Aktivistinnen, sowie die der nationalen Minderheiten, wie Kurden oder Araber usw. werden verhaftet, gefoltert und in vielen Fällen hingerichtet.

Durch die reaktionären islamischen Gesetze wird die **sexuelle Apartheid gegenüber Frauen** legitimiert und ist in der Verfassung verankert. Damit werden die alten patriarchalischen Vorrechte stabilisiert. Somit sichert sich das Regime auch seine ideologische Vorherrschaft.

Tatsache ist, dass das Regime im Iran ein Resultat der Machenschaften des internationalen Kapitals (Konferenz von Guadeloupe im Jänner 1979) war, um die aufkommende Revolution des Jahres 1978/79 zu kontrollieren und zu zerschlagen.

Tatsache ist auch, dass dieses Regime selbst ein Teil des Problems der Hegemoniebestrebungen der Imperialisten und Zionisten in der Region geworden ist. Objektiv arbeitet es, abgesehen von manchen oberflächlichen Differenzen, im Dienst der Imperialisten gegen die gemeinsame Front der werktätigen Massen und der Revolution, sowohl in Iran als auch in der Region.

Nach innen betrachtet, sind die **große Mehrheit der Bevölkerung im Iran gegen den Krieg und gegen jeglichen wirtschaftlichen Boykott und Sanktionen**. Aufgrund der Erfahrungen der bisherigen reaktionären Kriege (z.B. Iran und Irak) haben sie zunehmend verstanden, dass sich solche Maßnahmen nur gegen die Interessen der werktätigen Menschen richten und den Interessen der Kapitalisten zugutekommen. Das Regime der Islamischen Republik nützt auch die Kriegsgefahr propagandistisch für seine reaktionären Absichten, Repression und Terror nach innen aus.

Unsere Aufgabe ist, alle revolutionär-demokratischen und kommunistischen Kräfte im Iran und der Region zu stärken, die eine eventuelle politische, wirtschaftliche oder militärische Aktion seitens der Imperialisten

in einen national-demokratischen Befreiungskampf der unterdrückten Völker umzuwandeln verstehen. Der wahre antiimperialistische Krieg zur Befreiung, kann nur dann erfolgreich sein, wenn er sich auf die Kraft der ArbeiterInnenklasse und der Werktätigen stützt, ein kommunistisches Programm besitzt und eine sozialistische Perspektive vor sich hat.

Hoch die internationale Solidarität!
Kampf gegen jeglichen Rassismus und nationalen Chauvinismus!
Krieg dem imperialistischen Krieg!

Wien, am 29. November 2019

Ein linker iranischer Aktivist aus Wien (Österreich)
Kontaktadresse: Iran-Rat, Amerlinghaus
Stiftgasse 8, A-1070 Wien E-mail: linksaktivist@gmx.at

Freiheit für Müslüm Elma!

Müslüm Elma und neun weitere Freund*innen wurden bei einer Operation, die in Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland am 15. April 2015 in Deutschland, Griechenland, der Schweiz und Frankreich durchgeführt wurde, festgenommen. Müslüm Elma, Haydar Bern, Erhan Aktürk, Musa Demir, Seyid Ali Uğur, Banu Büyükavci und Sinan Aydin wurden in Nürnberg, Mehmet Yeşilçalı in der Schweiz, Sami Solmaz in Frankreich und Deniz Pektaş in Griechenland festgenommen. Alle im Ausland Festgenommenen wurden anschließend nach Deutschland ausgeliefert.

Am 17. Juni 2016 begann das gegen die zehn Revolutionär*innen gerichtete Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht München. Gestützt auf die Paragraphen 129 a und b des deutschen Strafgesetzbuches wird ihnen Mitgliedschaft beziehungsweise Rädelsführerschaft in der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch zur Last gelegt. (...)

Inzwischen (wurden) die Haftbefehle gegen alle Revolutionär*innen bis auf Müslüm Elma außer Vollzug gesetzt. All dies war nur durch den gemeinsamen Kampf der Öffentlichkeit möglich. Müslüm Elma ist der Einzige, der sich momentan noch in Untersuchungshaft befindet, die inzwischen schon seit über vier Jahren und sechs Monaten andauert. Auch nach über 190 Verhandlungstagen ist ein Ende des seit drei Jahren laufenden Verfahrens noch nicht absehbar.

Wer ist Müslüm Elma?

Müslüm Elma kam 1960 in Dersim als Kind kurdischer und alevitischer Eltern zur Welt. Bereits während seiner Schulzeit auf dem Gymnasium betätigte er sich politisch. Wegen dieser Aktivitäten musste er auch später sein Universitätsstudium abbrechen. In seinem Leben spiegelt sich das repressive und grausame Vorgehen des türkischen Staates gegen Kommunist*innen und Kurd*innen wider.

Kurz nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde Müslüm Elma wegen seiner politischen Aktivitäten in Diyarbakır festgenommen. Nach seiner Festnahme wurde er über sechs Monate hinweg in den Verhörzentren von Antep, Elazığ, Urfa und Diyarbakır unmenschlichen Folterungen ausgesetzt und anschließend in das berüchtigte Gefängnis Nr. 5 in Diyarbakır verbracht. Die Folterungen dauerten während seiner Inhaftierung im Kerker von Diyarbakir an. Um gegen diese zu protestieren, beteiligte er sich in den Jahren 1983 und 1984 über einen langen Zeitraum hinweg an Todesfastenaktionen. Infolge des Todesfastens und der Folter leidet er noch heute an erheblichen gesundheitlichen Problemen. Müslüm Elma wurde 1992 aus dem Kerker von Diyarbakir entlassen, wurde aber bereits ein Jahr später, im November 1993, erneut festgenommen, gefoltert und inhaftiert. Nach einer langen Haftzeit wurde er, nach den im Jahr 2000 begonnenen Todesfastenaktionen, im Jahr 2002 entlassen. Aufgrund der Folter, die er in den vielen Jahren seiner Haft in der Türkei erlitten hat, den daraus resultierenden gesundheitlichen Problemen und der bestehenden Lebensgefahr sah Müslüm Elma sich gezwungen, die Türkei zu verlassen.

Im Jahr 2009 wurde seinem Asylantrag in Deutschland stattgegeben. Ein Großteil seines Lebens hat Müslüm Elma dem Kampf gegen die unmenschlichen Folterungen in den Gefängnissen in der Türkei gewidmet. Seine Lebensgeschichte ist gleichzeitig die Geschichte des Widerstandes in den Kerkern der Türkei. Müslüm Elma verbrachte wegen seiner politischen Ansichten viele Lebensjahre in der Türkei in Haft.

Heute befindet er sich, gerade auch wegen seiner politischen Ansichten, in Deutschland in Haft. Ausganspunkt der gegen ihn erhobenen Vorwürfe bilden Informationen, die von türkischen Sicherheitsbehörden an die deutschen Sicherheitsbehörden übermittelt worden sind.

In Anbetracht dessen, dass die Polizeibeamt*innen, die diese Informationen erteilt und unterschrieben haben, wegen Urkundenfälschung in der Türkei inhaftiert sind, ist der Umstand, dass gegen Müslüm Elma basierend auf diesen zur Verfügung gestellten Dokumente prozessiert wird, ein Vorgehen, das gegen Rechte und Freiheiten verstößt. Dass Müslüm Elma ausschließlich wegen seiner politischen Identität in Haft ist, hat sich während des langen Verfahrens mehrfach bestätigt.

Deshalb rufen wir die gesamte demokratische Öffentlichkeit dazu auf, sich an der Kampagne „Freiheit für Müslüm Elma" zu beteiligen und diese zu unterstützen, damit Müslüm Elma seine Freiheit wiedererlangt.

Freiheit für Müslüm Elma!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Weitere Informationen: **www.atik-online.net**

Klassenkampf gegen Klimapolitik der Herrschenden!

GroKo Klima-Paket + EU Green Deal + COP 25 Madrid = Show + Betrug

COP 25 UN Klimagipfel in Madrid. In unserem Flugblatt zum Internationalen Klimastreik im Novemberhaben wir über dieses Megaevent vorausgesagt: *„Über 25 000 TeilnehmerInnen aus 200 Ländern werden die notwendige, globale prinzipielle Umsteuerung in der Umweltfrage zerreden. Tonnenweise Papiere produzieren und unverbindliche Resolutionen verabschieden. Und wieder wird nichts Grundsätzliches passieren!".*

Die Konferenz lief unter dem reißerischen Motto *„Zeit zum Handeln!"* und setzte auf einen *„durchschlagenden Erfolg".* Sie wurde um drei Tage verlängert um sich am Ende auf eine vollkommen **nichtssagende, wirkungslose Erklärung** zu einigen. Ein Dokument des kompletten Scheiterns dieser Mammutinszenierung. Entgegen allen großartigen Ankündigungen enthält es keine einzige international verbindliche Festlegung auf Maßnahmen, um die Folgen des Klimawandels abzuschwächen oder gar zu stoppen.

In 36 Punkten werden lediglich Regierungen, NGOs, internationale Organisationen in schwammigen Formulierungen ersucht und geradezu angebettelt, gewisse Ziele in der Klimapolitik anzusteuern bzw. umzusetzen. Das war's. Mit dem billigen Verweis auf die Verweigerungsstrategie von Trump/USA, Bolsonaro/Brasilien, Australien etc. stiehlt sich der Rest der TeilnehmerInnen prima aus der Verantwortung.

Das alles ist die **zynische Antwort** der herrschenden internationalen Politik auf die seit über einem Jahr anschwellenden Proteste der **„Friday for Future"-Bewegung (FFF)**. SchülerInnen weltweit haben sich seit August 2018 dem von Greta Thunberg initiierten Schulstreik angeschlossen.

Am globalen FFF-Klimastreiktag, 20. September 2019, eroberten über 1,5 Mio. Menschen die Straßen. Das Wissen über die verheerenden Folgen der Umweltvernichtung hat sich schneeballartig verbreitet und wurde durch sie ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatten gerückt.

12-jährige SchülerInnen sind zu wahren Umwelt-/KlimaexpertInnen geworden. Über Ursachen und Alternativen zum Klimawandel können sie jede/n ignorate/n PolitikerIn umfassend aufklären, bzw. an die Wand diskutieren.

Eine internationale Klimapolitik, die verbindliche, überprüfbare Maßnahmen festlegt, die insbesondere die imperialistischen Hauptverursacherstaaten in die Pflicht nimmt und die abhängigen, am stärksten betroffenen Länder in jeder Hinsicht unterstützt, die ein komplettes Umsteuern in allen Bereichen der Umweltpolitik vereinbart – sie wäre ein **minimaler Konsens**, um auf den Klimawechsel zu antworten.

Aber selbst solche im Rahmen der bürgerlichen Demokratie **machbaren Forderungen** werden nicht umgesetzt. Die ökonomischen Interessen der imperialistischen Weltwirtschaft mit ihren widerstreitenden Interessen stehen dem diametral entgegen.

Seit Paris 2015 haben sich die selbst verpflichtenden, vereinbarten Ziele zum Klimaschutz sich als völlig unwirksam erwiesen. Die explosionsartige Zunahme der Treibhausgasemissionen hat weltweit seit vier Jahren zu einer schnelleren Aufheizung der Erde geführt als angenommen.

Mit anderen Worten: die klimaschädlichen Emissionen werden weiter ungebremst ausgestoßen und in Folge wird die Klimaerwärmung rasant zunehmen. Ein „Weiter so" bedeutet bis Ende des 21. Jahrhunderts einen Temperaturanstieg von bis zu 3,9 Grad Celsius. Die verheerenden Folgen stehen auch schon fest:

Vernichtung ganzer Länder und Landstriche durch Überflutungen, Waldbrände, Verwüstung ganzer Regionen, Schmelzen der Eisberge, Dürre-, Hunger- und weitere Katastrophen. Weltweite Fluchtbewegungen von Menschen in den betroffenen Kontinenten und Ländern. Einhergehend mit militärischen Interventionen, Kriegen um die Verteilung von abnehmenden Ressourcen.

Wissenschaftlich ist dieses Szenario eingehend analysiert und aufgrund von entwickelten technologischen Untersuchungsmethoden und Erkenntnissen umfassend nachgewiesen. Das ist weder „Klimawahn", „Panikmache" oder „Klimahysterie" wie konservative oder faschistische Akteure/Parteien [1] ohne Sinn und

1 Ein Beispiel die Webseite des präfaschistischen Kopp-Verlags: *„Kommt die Klima-Diktatur? … Lesen Sie hier, was die Massenmedien Ihnen verschweigen! Wussten Sie zum Beispiel, dass: – die Behauptung ‚97 Prozent der Wissenschaftler bestätigen den*

UN-Klimakonferenz Paris Dezember 2015
Wendepunkt für die Welt? Vernichtung der Lebensgrundlagen hält an!

Der Pariser UN-Klimagipfel (30.11. bis 12.12.2015) einigte sich spektakulär auf einen Weltklimavertrag. In medialer Selbstinszenierung wurde mit Selbstlob nicht gespart. Merkel: „Historischer Wendepunkt in der globalen Klimapolitik", Hollande: „Wir haben Geschichte geschrieben" und Obama: „Wendepunkt für die Welt". 196 Staaten haben sich auf das Vertragswerk geeinigt.
Also Klima und Umwelt gerettet – alles paletti?
Im Pariser Abkommen, welches das 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll ablösen wird, ist Zielvorgabe die Kohlendioxidemissionen, CO2 weltweit zu begrenzen. Die durchschnittliche Erwärmung des Weltklimas soll „auf deutlich unter 2 Grad", herabgedrückt werden, mit dem auf 1,5 Grad zu erreichen.
Die Menschheit soll spätestens Ende des Jahrhunderts (2100) „klimaneutral" leben. ..

Pariser Vertrag: Wirkungslose Absichtserklärung

Das ganze Vertragswerk beruht auf dem Prinzip der Selbstverpflichtung der unterzeichnenden Staaten.
Es sind keinerlei Sanktionen oder gar Strafmaßnahmen gegen Staaten und ihre Regierungen vorgesehen, die die Vereinbarungen nicht einhalten, bzw. gegen sie verstoßen. ...
Angepriesen wird das „Versprechen" der Industrieländer, jährlich 100 Milliarden Dollar ab 2020 an „arme Staaten" für deren Klimaprojekte beizusteuern. Allerdings findet sich diese Zusage nicht im Vertrag, sondern im nichtverbindlichen Anhang, dem „Beschlussdokument".
Das wird wahrscheinlich das Papier nicht wert sein, auf dem es geschrieben ist.
Die „historisch" bewertete Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 Grad, wenn möglich, wie es im Abkommen heißt bis auf 1,5 Grad, ist bei serösen Wissenschaftlern äußerst umstritten. Sie fordern als absolutes Maximum 1,5 Grad.
Ebenso viel schnellere Zeitabläufe in der Umsetzung dieses Ziels. Ansonsten werden die bereits jetzt vorhersehbaren „Katastrophen" viele Länder heimsuchen.
Zum Beispiel durch den Anstieg des Meeresspiegel und damit einhergehend das Versinken von Inseln und ganzer Küstenregionen auf den verschiedenen Kontinenten. Selbst der BUND moniert:
„Bei den im Pariser Vertrag vorgelegten Zielen der Selbstverpflichtung der einzelnen Staaten wird die Erderwärmung auf 2,7 Grad ansteigen."
(Auszug TA Nr. 71, 2016)

Verstand polemisieren. Andere Flügel der Bourgeoisie erkennen zwar gewisse wissenschaftliche Sachverhalte an, aber entscheiden sich unter dem Verweis auf „wir müssen die BürgerInnen mitnehmen" auf kleine reformistische Einzelmaßnahmen. Diese bewirken grundlegend nichts.
Die Regierungen handeln ausdrücklich und bewusst gegen die wissenschaftlichen Vorgaben und Erkenntnisse für ein radikales Umschwenken in der Klimapolitik.
Was sind die tatsächlichen Hintergründe dieses politischen Handelns? Die Frage diskutieren wir mit AktivistInnen von FFF – und anderen Protestbewegungen. Selbstverständlich können durch eine so breite, weltumspannende Basisbewegung wie FFF, die Millionen vor allem junge Menschen auf die Straße mobilisiert, die Herrschenden, also Politik und Wirtschaft unter Druck gesetzt werden.
Und sie werden sicherlich zumindest einige „Reformen" umsetzen, um die auch für ihre Länder teilweise drohenden Folgen etwas abzufedern. Aber vor allem, um die erhitzten Gemüter zu beruhigen.
Aber die Frage stellt sich viel grundlegender: Seit wann interessiert das internationale Kapital und die kapitalistische Politik die Auswirkung ihres ökonomischen und gesellschaftlichen Handelns?
Wie in der Frage von Krieg und Frieden, wie in der Frage von Ausbeutung und Unterdrückung, so wird auch in der Frage der Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen dieses imperialistische System keine wirkliche Lösung suchen und ansteuern.
Einige Reformen werden in den imperialistischen Ländern umgesetzt, aber wann jemals haben sich die imperialistischen Großmächte tatsächlich für die Belange der abhängigen Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens interessiert? Außer wenn es um ihre Einflussnahme und Ressourcenausbeutung geht!
Was ist das Fazit von COP 25? Die Abschlusserklärung vertröstet auf den COP 26 Gipfel im schottischen Glasgow, November 2020. Alle Regierungen werden aufgefordert, mit konkreten Vorgaben für die eigene und internationale Klimapolitik anzureisen. Man könnte auch sagen, die selbe Prozedur wie jedes Jahr!
Und was dabei herauskommt, ist bereits jetzt schon absehbar!

menschengemachten Klimawandel' eine dreiste Lüge ist? – der UN-Klimarat auf eine geradezu abenteuerliche Art und Weise trickst, manipuliert und die Öffentlichkeit belügt? – Greta Thunberg und FFF von skrupellosen NGOs und Geschäftemachern dirigiert und finanziert werden? – Der Ökosozialismus staatliche Verbote, Gängelungen und Enteignungen zum Nachteil der Bürger mit sich bringen würde? – Der Klima-Irrsinn uns sehr viel mehr Geld kosten wird, als offiziell bekannt ist? – Professoren bereits heute die Todesstrafe für ‚Klimaleugner' und eine Art ‚Öko-Stasi' fordern?"

European Green Deal (EGD)

Unmittelbar vor dem Madrider COP 25 Gipfel versuchte sich die neue EU-Kommissionspräsidentin, von der Leyen (ehemalige Kriegsministerin BRD), als „Umweltvorkämpferin" zu profilieren.

Großsprecherisch stellt sie das Projekt eines „European Green Deal" in das Zentrum ihrer Präsidentschaft und will es zum Markenzeichen Europas machen. Bis 2050, so ihr Plan, wird Europa ***„zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt"***. Sie sieht darin *„ein großes Potential"* für die europäische Wirtschaft: *„Wer zuerst und am schnellsten handelt, wird am ehesten von den Möglichkeiten des ökologischen Wandels profitieren.* [2]

Den Green Deal verkauft sie als welthistorische Möglichkeit, als einen *„Mondlandungs-Moment"* für Europa. Mit 100 Milliarden Euro wird ein Ausgleichsfond für *„besonders betroffene Regionen Europas"* geschaffen. Vorgesehen sind die Gesetzgebungen und Details für den Green Deal bis 2020.

Konkrete Maßnahmen, die sie bisher anpreist, wie Ausweitung von Emissionshandel, Ausbau der Elektromobilität, zeigen schon jetzt die klaffende Kluft zwischen Anspruch und Umsetzung.

Der Sozialdemokrat, EU-Kommissionsvizepräsident Timmermanns puscht gar als Leiter der „Generaldirektion Klima" das von der Leyen'sche Projekt als „**Green New Deal**". Das wiederum ist ein von diversen NGOs bis hin zu vielen linken Organisationen propagiertes reformistisches Konzept. Dieses wird von der revolutionären Zeitung „aufbau" aus der Schweiz treffend charakterisiert:

„Den links-bürgerlichen VertreterInnen geht es vor allem um wirtschaftliche Wachstumsanreize, die zugleich ökologisch sein sollen. Implizit versteht man Klimawandel und Umweltzerstörung als technische Probleme, die mit den richtigen Techniken und Investitionsansätzen gelöst werden können. Korrekt ist dies leider nicht, wie sich leicht erklären lässt. Kapitalismus als ein System, das auf Kapitalakkumulation und Wachstum setzt, wirkt expansiv.

Es verbraucht auch dann mehr und mehr Ressourcen, wenn es sich technologisch weiterentwickelt und effektivere Produktionsmethoden entwickelt. Als ‚Jevons Paradoxon' ist dieser Mechanismus in der Wirtschaftswissenschaft bekannt.

So stellte der englische Ökonomie W.S. Jevons bereits 1885 fest, dass neuen Dampfmaschinen zwar effizienter Kohle verarbeiten, jedoch insgesamt nun mehr Kohle verbraucht wird. Dasselbe gilt auch für die kapitalistische Energiegewinnung der letzten hundertfünfzig Jahre.

Der Kapitalismus hat unzählige Technologien entwickelt, die beispielsweise Rohstoffe oder Energie effektiver verarbeiten beziehungsweise nutzen als ihre Vorgänger. Insgesamt allerdings braucht er mehr und mehr Ressourcen". [3]

Das wirft die ganz prinzipielle Frage nach dem **„Fortschritt"** im Kapitalismus und Imperialismus auf sowie die Beschränktheit aller demokratischen und Reformforderungen. Fortschritt ist in diesem System letztlich immer verknüpft mit der Beschleunigung des ***„Zerstörungsprozesses"*** (Marx) gegen die unterdrückten Klassen und die Natur.

„Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.

*Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der **großen Industrie** als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß.*

*Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die **Springquellen alles Reichtums** untergräbt: die **Erde** und den **Arbeiter**."* [4] (Hervorh. TA)

2 www.euractiv.de, 10.11.2019

3 „Für ein revolutionäres Klima – Green Deal", Aufbau, Ausgabe 97, Mai/Juni 2019, www.aufbau.org

4 Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, MEW, Bd. 23, S. 529 ff

GroKo-Klimapaket

Die deutsche Regierung hat im Vorfeld der Madrider Konferenz ihr Klimapaket präsentiert und zum Großteil im Dezember 2019 verschiedet.

Das **zweite Klimamonitoring 2019** für Deutschland, im Auftrag der GroKo, ergab, dass sich die mittlere Lufttemperatur von 1881 bis 2018 bereits um 1,5 Grad erhöht hat. In den letzten fünf Jahren lag der Anstieg bei 0,3 Grad.

Wenn diese Steigerung konstant bleibt, sind dramatische Folgen unausweichlich.

Die GroKo benennt als Ziel ihres im Oktober verabschiedeten *„Klimaschutzprogramms 2030": Mit einer Bepreisung des klimaschädlichen CO2, Fördermaßnahmen und gesetzlichen Standards für mehr Innovationen und Investitionen … wollen wir erreichen:* ***55 Prozent*** *weniger Treibhausgase im* ***Vergleich zu 1990****."*

Für die BRD bedeutet das, die Treibhausgas-Emissionen von 1 251 Tonnen in 1990 auf 751 Tonnen in 2030 zu reduzieren. Nur, alle Maßnahmen, die die Regierung jetzt mit ihrem Klimapaket beschlossen hat, sind kein wirklich grundlegender Politikwechsel in der Klimafrage. Sie werden selbst dieses immer noch viel zu hoch angesetzte Ziel nicht erreichen. Ebensowenig wie den Stopp der weiteren Erderwärmung.

Sprit, Gas und Heizöl werden teurer, Strompreise werden leicht abgesenkt, Tickets für die Bahn billiger. Steuerentlastung von Fernpendlern und Knete für Gebäudesanierung. [5] **Zur Kasse gebeten werden dafür vor allem die Werktätigen und die Entlastungen sind lächerlich**.

Ein umwälzender Ausbau, Umbau bzw. Erschließung **erneuerbarer Energien** ist kein Thema. So wird der Bau von Windkraftanlagen nicht nur nicht erleichtert, sondern regelrecht an die Wand gefahren.

Die **Bepreisung** mit 25 Euro Einstiegspreis pro Tonne CO2-Ausstoß ist die angebliche Wunderwaffe. Nur, ist der Emissionshandel ein Instrument des Kapitals und der Regierungen, das sich bislang als unwirksam erwiesen hat. Das kritisieren ernstzunehmende WissenschaftlerInnen vehement.

Jetzt soll dieser Handel noch weiter ausgebaut werden. Anstatt radikal ein Umlenken in der gesamten Energiepolitik zu betreiben, wird nur auf Stückwerk gesetzt.

Im Rahmen des Klimapakets ist auch die **Gesetzgebung zur Förderung der Elektrofahrzeugproduktion** zu sehen. Der Staat finanziert mit einer Kaufprämie, als *„Umweltbonus"* angepriesen, die Autoindustrie. Elektroautos unter einem Kaufpreis von 40 000 Euro werden mit 6 000 Euro für die Käufer vom Staat „subventioniert".

Damit steigen Absatz und Profit der Autoindustrie. Aber der Strom für die Autos kommt nicht einfach sauber aus der Steckdose, sondern er wird zu einem Großteil aus **fossilen Energieträgern** gewonnen. [6] E-Autos sind per se **nicht klimaneutral**!

Grünen-Guru W. Kretschmann, Chef der baden-württembergischen Landesregierung, fordert dramatisch: *„**Deutschland muss Autoland bleiben!**"* Das wird in neu-deutsch „greenwashing" genannt. Grüne Farbe und tiefschwarz-rote Klimapolitik dahinter.

Den Dieselbetrug sieht Kretschmann als vernachlässigbare „Trickserei" und befeuert schön nationalistisch die Autoindustrie: *„natürlich wünsche ich mir, dass die deutschen Autofirmen*

Imperialistische Herrschaft über Mensch und Natur

Schon Engels hat zur Herrschaft über die Natur durch den Menschen in seinem Werk „Dialektik der Natur" weitsichtig festgehalten:

„Kurz, das Tier ***benutzt*** *die äußere Natur bloß und bringt Änderungen in ihr einfach durch seine Anwesenheit zustande; der* ***Mensch*** *macht sie durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar,* ***beherrscht*** *sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen von den übrigen Tieren, und es ist* ***wieder die Arbeit****, die diesen Unterschied bewirkt.*

Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit ***unsern menschlichen Siegen über die Natur****. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er g****anz andere, unvorhergesehene Wirkungen****, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo, die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. (…) Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß* ***wir keineswegs die Natur beherrschen****, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit* ***Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören*** *und mitten in ihr stehen, und daß* ***unsere ganze Herrschaft*** *über sie* ***nur*** *darin besteht, im Vorzug zu allen anderen Geschöpfen* ***ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können****."* (Engels, „Dialektik der Natur, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen", MEW, Bd. 20, S. 452 ff.)

5 Selbst der Bundesrechnungshof moniert am Klimapaket der GroKo u.a.: Steuerermäßigungen für energetische Gebäudesanierung begünstige „Gutverdiener". Rentner und Normalverdiener können sie nicht nutzen.

6 *„auch E-Autos emittieren in erheblichem Umfang CO. Solange noch Kohle oder Gaskraftwerke am Netz sind, fahren auch E-Autos mit Kohlenstoff. … auch weil für die Batterieproduktion viel fossile Energie eingesetzt wird."* H.-W. Sinn *„Der Schwindel mit dem E-Auto"*, 23.12.2019, Handelsblatt

jetzt Gas geben und Tesla nur noch ihre Rücklichter sieht". [7]

Damit schließt sich der Kreislauf, es bleibt alles beim ewigen **„Weiter so"**. Anstatt den Individualverkehr durch öffentliche Transportmittel weitgehend zu ersetzen und diese mit erneuerbaren Energien zu betreiben!

Überschaubare geradezu lächerliche Fernziele der Bundesregierung sehen hier so aus, *„Busflotten mit elektrischen, wasserstoffbasierten, und Biogas-Antrieben werden gefördert. 50 Prozent (!) der Stadtbusse sollen bis 2030 elektrisch fahren."* [8]

Klimapolitik der GroKo geht aber auch noch so: Im Zeitraum von 2014-2019 hat die Regierung ca. 13 Milliarden Euro für fossile Brennstoffe zur Absicherung von Exportgeschäften mit Kohle, Öl und Gas übernommen. Darunter fallen auch Garantien in Höhe von 2,1 Milliarden zur Absicherung von Direktinvestitionen im fossilen Energiebereich im Ausland.

Milliarden Steuergelder bürgen für die Absicherung des Profites von Klima killenden Konzernen. Prima!

Fazit, die Bundesregierung scheitert sowohl auf der internationalen Arena wie in Madrid als auch auf der nationalen. Die „linken" Oppositionsparteien Bündnis90/Die Grünen und Die Linke sind von radikal-demokratischen Programmen in der Klimafrage weit entfernt. Für die AfD existiert sowieso keine Klimaproblematik; für sie ist das alles Lüge.

Wie und wofür kämpfen?

Die FFF-Bewegung hat sich zu einer breiten gesellschaftlichen Strömung entwickelt. Die SchülerInnen haben sich auf vielen verschiedenen Ebenen mit StudentInnen, WissenschaftlerInnen und ArbeiterInnen, linken GewerkschafterInnen zusammengetan. Ja, zeitweilige Bündnisse gebildet. Allein dadurch, dass FFF den Klimawandel **so massiv auf die gesellschaftliche Agenda** gesetzt hat und praktisch allen neofaschistischen Verschwörungstheorien über „Klimalügen" entgegenwirkt, ist sie ins Visier der Nazi-Bewegung und AfD geraten.

Zahlreiche AktivistInnen von FFF positionieren sich antifaschistisch. Zum Beispiel die Göttinger FFF-Ortsgruppe begründet ausführlich auf ihrer Webseite wie der ökologische und antifaschistische Protest zusammenhängen. Die FFF-Gruppe in der Faschisten-Hochburg **Zwickau** ist direkten tätlichen Nazi-Angriffen ausgesetzt. Auch werden ihre AktivistInnen fotografiert und in Nazi-Netzwerken übelst beschimpft, verleumdet und zur Zielscheibe gemacht.

Natürlich spiegeln sich in dieser politischen Bewegung **viele unterschiedliche Positionen** wieder. Natürlich versuchen auch bürgerliche, im System verhaftete Parteien insbesondere die Grünen und die Linke, Einfluss zu gewinnen und die Richtung zu bestimmen.

Aber noch sind der **Aufbruchsgeist, die phantasievollen selbstorganisierten Aktionen und die Diskussionsbereitschaft** vorherrschend. Das ist unsere Erfahrung. Gleichzeitig gibt es auch **Ausschlussversuche** gegen linke Gruppen und Parteien. Einige ältere DemonstrantInnen versuchten in Dortmund, unsere AktivistInnen bei einer FFF-Demonstration auszuschließen. Ihre Begründung lautete, wir würden

in unserem Flugblatt zu dieser Aktion kommunistische Standpunkte vertreten. Junge FFF-AnhängerInnen meinten, sie organisieren diese Aktionen und wollen nicht vereinnahmt werden. Wir verteidigten in den **Diskussionen das Recht auf Meinungsvielfalt im antifaschistisch-demokratischen Spektrum** und stießen dabei auch auf Zustimmung.

Wir sprechen in Diskussionen und in unseren Flugis selbstverständlich auch inhaltliche FFF-Positionen an, die wir falsch finden. Beispielsweise wird das „Pariser Klimaabkommen" (COP 21) als eine *„verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen"* [9] propagiert. Auch hier haben wir spannende Debatten geführt und versucht, davon zu überzeugen, dass die-

7 Interview, „Es bringt nichts, Menschen zu belehren", Tagesspiegel, 29.12.2019

8 www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/verkehr

9 www.fridaysforfuture.de/forderungen

ses Abkommen unverbindlich und völlig unzureichend sind. Unser Schwergewicht legen wir im demokratisch-revolutionären Kampf gegen die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen darauf, radikal die **maximalen Forderungen** zu stellen:
Umfassender Infrastrukturwandel, Ersetzen des Individualverkehrs durch den öffentlichen, 100-prozentige Umstellung auf erneuerbare Energien für eine emissionsfreie Ökonomie.
Die imperialistischen Länder, Hauptverursacher des Klimawandels, sollen international die Hauptlasten tragen usw. In den Mittelpunkt stellen wir unsere sozialistische Perspektive, die notwendige Verbindung dieser Bewegung mit dem Klassenkampf der Werktätigen mit dem Ziel, eine andere Gesellschaft zu erkämpfen. Wir versuchen, das Bewusstsein zu entfalten, dass wir in einer kapitalistischen Klassengesellschaft leben, die die Ursache für die ganze Misere des Planeten und der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen ist.

Seit Jahrtausenden waren es immer wieder die herrschenden Klassen der Unterdrückergesellschaften, die die Völker in Kriege und Vernichtung trieben. Dieses Mal haben sie die einmalige Chance, den ganzen Planeten, was das menschliche Leben angeht, zu sprengen.
Ihr Profitstreben treibt sie an, von der Weltraumbesiedelung anderer Planeten zu phantasieren und darin zu investieren. Dafür lohnt es sich schon mal, den Planeten Erde zu verschrotten. Das liegt ganz in der Logik **kapitalistischer Profitmaximierung**.
Die Umweltfrage ist in aller Munde und die Leute sehen, die Zukunft ist bedroht. In diesem System ist die Umweltfrage nicht lösbar.
Wir sagen, nur wenn die Werktätigen den Kapitalismus abschaffen, den bürgerlichen Staat zerschlagen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, wird es eine Zukunft geben.

Kommunistische Perspektiven

Wir wollen mit der Analyse von Marx und Engels unseren Artikel beenden. Um der Barbarei des Kapitalismus zu entkommen sehen sie schon vor über hundert Jahren nur eine einzige Lösungsmöglichkeit:
Die bewusste Organisation der gesellschaftlichen Produktion, deren Voraussetzung die vollständige Umwälzung der bisherigen Produktionsweise und der gesamten gesellschaftlichen Ordnung ist.
Die Entfremdung des Menschen vom Menschen und der Natur wird aufgehoben werden.
*„Wir haben in den fortgeschrittensten Industrieländern die Naturkräfte gebändigt und in den Dienst der Menschen gepreßt; wir haben damit die Produktion ins **unendliche vervielfacht**, so daß ein Kind jetzt mehr erzeugt als früher hundert Erwachsene. Und was ist die Folge? **Steigende Überarbeit** und **steigendes Elend der Massen** und alle zehn Jahre ein großer Krach. Darwin wußte nicht, welch bittre Satire er auf die Menschen und besonders auf seine Landsleute schrieb, als er nachwies, daß die f**reie Konkurrenz, der Kampf ums Dasein**, den die Ökonomen als höchste geschichtliche Errungenschaft feiern, der **Normalzustand des Tierreichs** ist.*
*Erst eine **bewußte Organisation der gesellschaftlichen Produktion**, in der planmäßig produziert und verteilt wird, kann die Menschen ebenso in **gesellschaftlicher Beziehung** aus der übrigen Tierwelt herausheben, wie dies die Produktion überhaupt für die Menschen in spezifischer Beziehung getan hat.*
*Die geschichtliche Entwicklung macht eine solche Organisation täglich unumgänglicher, aber auch täglich möglicher. Von ihr wird eine neue Geschichtsepoche datieren, in **der die Menschen selbst**, und mit ihnen alle Zweige ihrer Tätigkeit, namentlich auch die Naturwissenschaft, einen Aufschwung nehmen werden, der alles Bisherige in tiefen Schatten stellt.“* [10]
*„Um diese Regelung aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine **vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise** und mit **ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung**.“* (Ebenda, S. 454, Hervorh. TA)

10 Friedrich Engels, „Dialektik der Natur“, MEW, Band 20, S. 323/24, Hervorh. TA

Internationaler Klimastreik 29. November 2019!
Global + Radikal + Solidarisch +gemeinsam
Laut – wütend – Militant – Antikapitalistisch!

Statt Klimawandel Systemwechsel

Wann – Wenn nicht jetzt?

Kämpferisch und entschlossen hallt der Ruf der weltweiten Basisbewegung der SchülerInnen „Fridays for Future" nach einem „Systemwechsel in der Umweltfrage" über Kontinente. Seit über einem Jahr. Millionen junge Menschen nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft des Planeten.

Sofort **machbare, grundlegende Lösungen** werden eingefordert: Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Für Alternative Energieversorgung, Wind und Solar. Einschneidende Verringerung der CO2-Treibhausgase. Radikale Verkehrswende.

Weg vom Individualverkehr hin zu öffentlichen umweltverträglichen Transportmitteln. Grundlegende Veränderung der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion. Keine Produktion von umweltschädlichen Konsumgütern. Nachhaltigkeit. Ausstieg aus der Atomenergie. Und vieles mehr.

Das sind **demokratische Forderungen** und noch kein Systemwechsel. Trotzdem setzen die herrschenden Regierungen und internationalen Organisationen wie UN selbst diese Forderungen nicht um. Auf nationaler Ebene werden als „Klimaschutzprogramme" sinnlose, nicht nachhaltige Gesetze mit großem Tamtam verabschiedet. Aktuell abschreckendstes Beispiel die GroKo in Deutschland.

Keinerlei „Verbesserungen", die auch nur in einem Bereich der Umweltzerstörung ein grundlegendes Umsteuern anpeilen. Lediglich Steuerermäßigungen für Großkonzerne für Gebäudesanierung, Pendlerpauschale für Normalverdiener. Alle Maßnahmen belasten vor allem die Werktätigen.

Die **internationalen Klimaabkommen** sind ein Hohn und Teil des Problems. Im **Pariser Abkommen** der Weltklimakonferenz 2015 haben die Unterzeichner-Staaten lediglich eine Selbstverpflichtung abgegeben, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

Was seit 4 Jahren dafür getan wird? Im Wesentlichen NICHTS! Die aktuelle Zahlen der WMO (Weltorganisation für Meteorologie) November 2019: **Rekordwert beim Ausstoß von CO2** binnen eines Jahres. Von 405,5 ppm in 2017 auf 407,8 ppm im Jahr 2018. Die höchste Konzentration zu Lebzeiten der Menschen. CO2 bleibt für Jahrhunderte in der Atmosphäre und noch länger in den Ozeanen.

Die G-20 Staaten produzieren 80 Prozent des weltweiten CO2 Ausstoßes. Kommentar der WMO: *„Weder gibt es Anzeichen für eine Verlangsamung des Trends, geschweige denn einen Rückgang"*. Warum? Weil die Regierungen nicht handeln!

Der **Klima-Streiktag** startet kurz vor dem nächsten Mega **UN-Klimagipfel in Madrid**. Vom 2.-12. Dezember, ganze zehn Tage lang. Über 25.000 TeilnehmerInnen aus 200 Ländern werden die notwendige, globale prinzipielle Umsteuerung in der Umweltfrage zerreden. Tonnenweise Papiere produzieren und unverbindliche Resolutionen verabschieden. Und wieder wird nichts Grundsätzliches passieren!

Null Vertrauen in bürgerliche Politik! Das Problem heißt Kapitalismus + Imperialismus!

Heiß diskutieren wir in der FFF Bewegung die Frage, welcher **Systemwechsel** muss erstritten werden. Viele AktivistInnen haben noch sehr **große Illusionen** in den bürgerlichen Staat und die Regierungen: Druck aufbauen, streiken, Forderungen stellen nach Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, an die Parteien appellieren und auf das parlamentarische System vertrauen. Reformpolitik im Rahmen des kapitalistischen Systems. Aber wird damit der Klimawandel verhindert? Welche Forderungen stellen wir auf gegen die Regierungen, die verantwortlich für diese verheerenden Entwicklungen sind? Wenn wir weiter widerständig sind, dann können wir im besten Fall **radikale demokratische Veränderungen** erzwingen. Das ist klar ein Fortschritt, aber das wird niemals die Lösung sein.

Denn dieses **kapitalistische Wirtschaftssystem** und die Herrschaft der imperialistischen Großmächte, die heute im Wesentlichen bestimmen **den Gang der Geschichte**. USA, Deutschland, Frankreich, Russland, Japan, China, Kanada sind die Hauptverantwortlichen für die grausame Umweltvernichtung. Vor allem die Völker der abhängigen Länder in Afrika, Asien und

Lateinamerika sind die Opfer dieser Barbarei. Sie sind den brutalen Folgen der Hochindustrialisierung der imperialistischen Länder am massivsten ausgesetzt. Dürren, Überflutungen, Erdrutsche, Waldbrände, Hunger und Armut ist ihr Los. Bedingt durch die extremen Klimaveränderungen durch Treibhaus- und andere giftige Emissionen. Bedingt durch die massive Erwärmung der Meere. Bedingt durch den kapitalistischen Raubbau an der Natur, durch Brandrodungen und Vernichtung der Wälder. Die vom Kapitalismus produzierten Klimakatastrophen nehmen tagtäglich zu. Das sind keine „Naturkatastrophen".

Dieses kapitalistische System ist eine **Klassengesellschaft**. Klimagerechtigkeit wird es darin niemals geben. Die Werktätigen aller Länder, vor allem die der abhängigen sind die Leidtragenden. Weil den Lauf dieses Systems der maximale Profit bestimmt. Weil immer mehr und mehr produziert werden muss. Weil Konsumgüter vernichtet werden, um neue zu produzieren. Weil die Zerstörung der Natur, der Lebensgrundlagen der Menschheit, den Kapitalismus am Laufen hält. Weil imperialistische Kriege und Kampf um Einflusssphären für Rohstoffe seine Triebfedern sind. In Deutschland predigt die Umweltministerin „nachhaltiges Wirtschaften" gleichzeitig beliefert das Kriegsministerium die ganze Welt mit Waffen und Kriegsgerät, die eine der übelsten Klimakiller sind. **Diese Produktionsverhältnisse** müssen wir in Frage zu stellen.

AktivistInnenbewegungen gegen die Umweltvernichtung gibt es seit Jahrzehnten in vielen Ländern, auch und gerade in den Ländern des „Südens". Die FFF-Bewegung verstärkt diese mit einem massiven, aktuellen Schub. Über alle Grenzen hinweg entwickelt sich eine beeindruckende Solidarität.

Systemwechsel: Sozialismus statt Klimakatastrophen

Die Widersprüche des imperialistischen Systems sind nur aufzulösen, wenn wir die Diskussion über ein **ganz anderes Gesellschaftssystem** führen. Gegen die Ausbeutung der Lohnarbeit, die Aneignung von Mehrwert, gegen den Besitz der Reichtümer, die dadurch geschaffen werden, gegen die Vernichtung der Lebensgrundlagen setzen wir den Kampf für eine **andere, sozialistische Gesellschaft**. In der es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr gibt. In der die Fabriken, die Dienstleistungssektoren, die Landwirtschaft der ganzen Gesellschaft gehören und die Werktätigen die Produktion gemeinsam organisieren. Wo niemand mehr ausgebeutet und unterdrückt wird. Die gesellschaftliche Produktion wird den Interessen der Gesellschaft entsprechen: Im Einklang von menschlichen Bedürfnissen und der Natur.

Seifenblasenträume? Nein, das einfache und naheliegende – was nur schwer zu machen ist:

„Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordne Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist … die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung." Karl Marx

Das zu verstehen und danach zu handeln, darauf kommt es an.

Die Klimafrage ist eine Systemfrage – für Sozialismus und Kommunismus!

November 2019

Radikale Kollektive Wissensbörse

Vom 1. bis 3. November 2019 wurde ein vielfältiges Programm in der ***„Kulturwerkstatt auf AEG"*** ausgestellt und angeboten.

Im Beiprogramm eine eindrückliche **Ausstellung** des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Nürnberg (AAB): ***„Nichts vergeben! Nichts vergessen! NSU-Komplex auflösen!"***. Auf **neun Infotafeln** werden Rechercheergebnisse faktenreich vermittelt: Über das Nazi-Netzwerk, das die Morde an neun MigrantInnen ermöglicht hat, über Geheimdienste, V-Leute und das ungeheuerliche Ausmaß des strukturellen Rassismus in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Ausstellung ist sehr informativ und zeigt deutlich das Wirken der deutschen Geheimdienste in der faschistischen Szene auf: Gezielte Desinformationskampagnen wurden gestartet, Beweismittel massiv geschreddert, ZeugInnen sind gestorben (worden). Wie schon so oft in der Geschichte der BRD werden die Hintergründe der Morde und die Zusammenhänge von Staat und Nazis nachhaltig verschleiert.

Die Linke Literaturmesse wird traditionell am Freitagabend mit einer **Podiumsdiskussion** eröffnet.

Dieses Jahr zum Thema Klimakrise: ***„Klima kaputt – Nachhaltige Zerstörung oder Rettung?"***

Das war passend gewählt, denn wie kaum ein anderes Thema sorgt aktuell der Protest gegen die Vernichtung der Umwelt für eine wachsende Bewegung und ist in der breiten Öffentlichkeit präsent. Viele unterschiedliche Bündnisse haben dieses Jahr mit spektakulären Aktionen auf die Umweltkatastrophe aufmerksam gemacht: Die Besetzung des Hambacher Forstes, „Fridays for Future" mit weltweiten Demos, Streiks und Konferenzen, „extinction rebellion", „Ende Gelände", „Sitzenbleiben", „Sand im Getriebe", um nur einige zu nennen.

Auf dem Podium ***Emily Laquer***, organisiert in der **Interventionistischen Linken (IL)** und dabei aktiv in **„Ende Gelände"** und **„Sitzenbleiben"**, ***Klara Beck*** und ***Alina Nüßing*** von der **Attac-Jugend** und im Bündnis **„Sand im Getriebe"**, eine Blockade der Automobilausstellung (IAA). ***Wolfgang Pomrehn***, Geophysiker, Journalist und Autor, schreibt unter anderem für die junge Welt und Telepolis.de. 2007 hat er das Buch *„Heiße Zeiten – Wie der Klimawandel verhindert werden kann"* verfasst.

Alle vier ReferentInnen trugen zunächst einige Thesen vor.

Klara Beck und ***Alina Nüßing*** charakterisierten das **Wirtschaftswachstum als Wurzel** des Klimawandels. Nur mit individueller Konsumänderung lasse sich das Problem nicht lösen. Ihr Ziel sei die Klimagerechtigkeit. Sie definieren sich antikapitalistisch, feministisch und antirassistisch und arbeiten die koloniale Vergangenheit sowie Gegenwart auf. Unter dem Dach der Klimagerechtigkeit lassen sich viele Formen der Ausbeutung und Unterdrückung sowohl zusammenführen, als auch kämpferisch verbinden. Ihre Aktionsform sei auf spektakuläre Aktionen ausgerichtet, das haben sie durch „Sand im Getriebe" auch erreicht.

Wolfgang Pomrehn überzeugte mit einem umfangreichen Input und wies darauf hin, dass der **Klimawandel aufgrund von Treibhausgasemissionen** mindestens seit hundert Jahren bekannt sei. Seit 1990 setze sich der Anstieg von 0,5 Grad ungebremst fort und bereits im Jahr 2030 werden die 1,5 Grad erreicht sein. Die Folge sind nicht mehr aufhaltbare Entwicklungen. Der Meeresspiegel werde beschleunigt ansteigen und kein Korallenriff wird überleben. Bereits 2050 werden weite Teile von Bangladesch, Bangkok, Mumbai, Shanghai, das Nildelta und der gesamte Süden Vietnams überflutet sein. 250 Mio. Menschen leben heute in diesen Gebieten.

Wodurch werden in Deutschland die **CO2-Emissionen** erzeugt? Sie stammen zu 35 Prozent aus der Energieerzeugung, 21 Prozent aus der Industrie, 19 Prozent aus dem Verkehr und zu 10 Prozent aus den Haushalten. Kohle sei das größte Problem. Sein Fazit: Die Klimabewegung müsse eine **Brücke zur ArbeiterInnenklasse** schlagen. Bei Opel würden ArbeiterInnen entlassen, also müssen wir mit ihnen

dafür kämpfen, die Betriebe zu halten, sie umzuwandeln und unter die Kontrolle der ArbeiterInnenklasse zu stellen. Die Energiekonzerne müssen zugunsten kleiner lokaler Unternehmen zerlegt werden.

Emily Laquer stellte **vier Thesen** auf:

– **Kapitalismus zerstört diesen Planeten.** Der Kapitalismus produziere Krisen, so auch die ökologische Krise. ExpertInnen werden mit Milliarden Geldern gekauft und würden den Klimawandel leugnen. Konzerne seien zu jedem Verbrechen bereit, wenn der Profit nur groß genug ist. Energie werde nicht produziert, weil Menschen sie brauchen, sondern weil sie eine Ware ist und damit Geld gemacht wird. Der Kapitalismus kann nicht ökologisch reformiert werden.

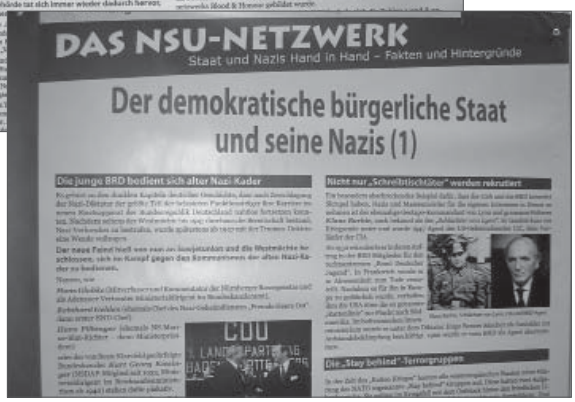
– **Regierungen retten uns nicht.** Die PolitikerInnen sind mit der Industrie verflochten, die reale Macht in den Parlamenten, etwas zu verändern, ist gering.

– **Die letzte Krise des Kapitalismus könnte die ökologische sein.** Aber es gibt eine historische Möglichkeit der Veränderung. 1,4 Mio. SchülerInnen in Deutschland sind auf die Straßen gegangen, viele haben sich radikalisiert.

– **Es muss nicht automatisch eine Verbesserung kommen.** Die Option der Barbarei stehe auch offen. Die soziale Schere gehe massiv auseinander, Kriege um Ressourcen nehmen zu, Verteilungskämpfe drohen.

Wir haben die Wahl: **Ökosozialismus oder Barbarei**, so die Referentin.

Auf die Frage, wie unterschiedliche Kämpfe konkret zusammengeführt werden können, antwortete ***Alina Nüßing***. Sie könne sich das so vorstellen, wie bei der „Initiative Reclaim the Power" in England, die sich mit MigrantInnen zusammengeschlossen und Abschiebeflüge blockiert hat. ***Wolfgang Pomrehn*** meinte, FFF schließe sich bereits mit Seebrücke und der Solidarität mit Rojava zusammen. ***Emily Laquer*** bemerkte, die GegnerInnen der verschiedenen Kämpfe, (zum Beispiel von Rojava, von Seebrücke, von Anti-Klima-AktivistInnen) seien meist dieselben.



Auf die Frage, was wir anstelle des neoliberalen Systems brauchen, antwortete ***Wolfgang Pomrehn***, die Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus sei nicht mobilisierungsfähig und **unter Sozialismus würden alle etwas anderes** verstehen. Er argumentierte, noch keine Revolution sei unter der Forderung nach einem anderen System abgelaufen. Die Menschen hätten stets Brot und Frieden, also ganz konkrete Dinge verlangt. Er unterschlug komplett den gesamten revolutionären Prozess, organisierte KommunistInnen und deren politische Programme.

In **Diskussionsbeiträgen** aus dem Publikum wurde argumentiert, die radikale Linke dürfe nicht im Strom einer marktwirtschaftlichen Klimalösung mitschwimmen, sondern müsse einen **anderen Entwurf** stark machen und inhaltlich füllen. Es gehe um eine Wirtschaft, die an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und internationalistisch sei. Es gehe um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Werde die **Machtfrage** nicht gestellt, sei der Kampf gegen die Klimakrise zum Scheitern verurteilt.

Am Freitagabend sind wir dann mit den GenossInnen von der IA.RKP – wie jedes Jahr – in die Schwarze Katze, einem Stadtteilladen, zum gemütlichen Teil übergegangen. Die Atmosphäre war sehr nett, kollektiv und wir haben mit einigen FreundInnen diskutiert.

Samstag fand um 12 Uhr unsere Veranstaltung zum Thema ***„70 Jahre DDR – 30 Jahre Mauerfall. Anspruch und Wirklichkeit!"*** statt.

Unsere Ausgangsposition war: Im heutigen Geschichtsverständnis der herrschenden Klassen in Deutschland hat der Fall der Mauer 1989, die Auflösung und Abwicklung der DDR 1990 und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 immense Bedeutung.

Das Abfeiern von 30 Jahren Mauerfall wird in Siegerpose über den „realen Sozialismus" und mit heutigen Großmachtansprüchen in der Welt gestaltet. Wir fragen, was war die DDR wirklich: Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Über 40 BesucherInnen beteiligten sich an unserer Diskussion. Der Vortrag war sehr informativ mit überzeugend dargelegten Argumenten. AnhängerInnen von DKP, vom Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD und von der KPD (Zeitschrift Offen-siv) haben klar eine andere Position eingebracht.

Sie äußerten Wider-

spruch dazu, dass wir die DDR nicht als sozialistisch einschätzen und fragten nach, wie wir denn die DDR insgesamt bewerten. Als der Referent in der Beantwortung der Fragen ausgeführt hat, dass die DDR sich von einem antifaschistisch-demokratischen Staat zu einem sozialfaschistischen entwickelt hat, sind einige aufgestanden und gegangen.

Eine Stunde später habe ich an der Informationsveranstaltung von ***Dietmar Wolf*** zu dem Thema: ***„Linke Opposition und Antifaschismus in der DDR – 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland"*** teilgenommen. *(Veranstalter Tageszeitung neues Deutschland)*

Der Referent ist ehemaliger Antifa, Mitarbeiter der DDR-oppositionellen Umweltbibliothek und Gründungsmitglied der Zeitschrift „telegraph". Er berichtete 1983 seien die ersten Neonazistrukturen in den Fußballstadien entstanden.

Ab 1985 seien diese immer gewaltbereiter geworden. Ein Hort der Neonaziszene sei Weimar gewesen. Etwa 300-400 Rechte hätten dort Jagd auf Linke gemacht. Er vertrat, das Problem sei, eine gesellschaftliche Diskussion über Faschismus in der DDR habe nicht stattgefunden.

Die FaschistInnen seien immer wegen Rowdytums verurteilt worden. Ein gesellschaftlicher Diskurs über die Schuld der Deutschen wurde nicht geführt und in der SED saßen ehemalige hochrangige Nazis im Zentralkomitee.

Erste Antifagruppen haben sich ab 1987 in Dresden, in Potsdam und Berlin gegründet. Zentrales Thema der Antifas war: **Es gibt Nazis in der DDR. Wie kann das in einem antifaschistischen Staat sein?** Aber der repressive Staat habe gegen die Antifas gehandelt und die Behörden seien gegen die Antifas vorgegangen. IM's (Informelle Mitarbeiter – Spitzel) seien eingeschleust worden und die Stasi habe ermittelt. Auch eine **Zusammenarbeit** zwischen **Antifa's und FDJ** (Freie Deutsche Jugend) sei von der SED verhindert worden.

So seien die „Wir sind das Volk" – Demonstrationen massiv von Nazis überschwemmt worden. Gegen die Wiedervereinigung auf die Straße zu gehen, sei gefährlich gewesen.

Danach habe ich um 16 Uhr die ***Lesung von Peter Wahl aus seinem Buch „Gilets Jaunes Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung"***, (PapyRossa Verlag) der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich besucht.

Warum ist diese Bewegung interessant? Innerhalb von sechs Wochen haben die Gilets Jaunes enorme Erfolge erzielt. Der Mindestlohn sei erhöht worden, Maßnahmen für kleine RentnerInnen seien erfolgt. Die Bewegung habe 65 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung erhalten.

Zur Soziologie der Gelbwesten: Diese stamme aus der unteren Mittelschicht. RentnerInnen, Prekarisierte und kleine Selbständige, denen das Wasser bis zum Halse stehe. Der Frauenanteil beträgt etwa 45 Prozent. Das Alter liege etwa bei 35 aufwärts, der Schulabschluss sei „unterdurchschnittlich". Kurz: Die Gilets Jaunes kommen aus einer Alltagswelt, zu denen die Linke den Kontakt verloren habe.

Inhaltliche Positionen: Wiedereinführung der Steuern auf große Vermögen und Großunternehmen, Verbot von Produktionsverlagerung in Billiglohnländer.

Die Bewegung sei radikal basisdemokratisch, keine SprecherInnen, keine Delegierte und funktioniere nach dem Konsensprinzip. Die Rechten unter Le Pen haben versucht in die Bewegung einzudringen, seien aber gescheitert. Aber auch zu Gewerkschaften und Parteien bestehe eine große Distanz.

Hintergründe für das Entstehen der Bewegung: Deindustrialisierung, 8,7 Prozent offizielle Erwerbslosigkeit, hohe öffentliche Verschuldung, permanentes Außenhandelsbilanzdefizit, Verlust der Führungsmacht Frankreichs in der EU.

Gewalt und Gegengewalt: Gewalt von Seiten der Gelbwesten richtete sich zum Beispiel gegen teure Restaurants. Sie wurden „entglast." Aber die Gewalt, die von der Polizei ausging war derart groß, dass die Sympathie für die Bewegung erstarkte.

Was lernen wir von diesem Aufstand?

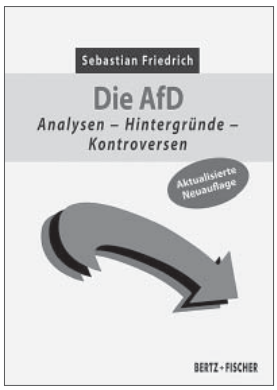
Die Linke muss in diese Bewegungen reingehen, nicht mit Arroganz, Besserwissertum und intellektuellem Gerede, sondern sie müsse diese Bewegungen in emanzipatorische Bahnen lenken.

Die Büchermesse hat noch viele interessante und weniger interessante Veranstaltungen angeboten.

Erwähnenswert ist noch die ***Lesung der Autorin Cornelia Neumann*** über Münchens vergessene **Revolutionärin Sonja Lerch**. ***„Der Abend kommt so schnell"*** und ***„Ich hoffe noch, dass aller Menschen Glück nahe sein muss*** – *Fragmente eines revolutionären Lebens.*" (Gmeiner Verlag, Edition AV) Sonja Lerch wollte 1918 an der Seite von Kurt Eisner

durch Generalstreik den Frieden herbeiführen. Die Präsentation über die bayerische Revolution 1919 in Stadt und Land, (Band 1) Oberbayern war eine sprachliche Herausforderung für mich. Allerdings sehr interessant und sozioökonomisch gut erfasst. Bereichert mit spannenden Geschichten über Arbeiterräte, Sozis, Bauernbündler und Einwohnerwehren.

Zu **Unblock Cuba!** wurde eine **kleine Kundgebung** mit Fotos organisiert. Die USA verschärfen unter Präsident Donald Trump die Wirtschaftsblockade gegen Cuba aufs Äußerste. Diese hat enorme Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung. Wir sagen: „Worten müssen Taten folgen – Blockade aufheben!"



Diskussionsveranstaltung Sebastian Friedrich „Die AFD – *Analysen – Hintergründe – Kontroversen.* ***Neue Klassenpolitik*** *– Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus".* (Berz + Fischer Verlag)

Folgende Argumente wurden in der Debatte angeführt: Vorreiter für das Erstarken der AFD war die Hetze von Sarrazin und die rechte Euro-Debatte gewesen.

Ursachen:

– die Krise der Konservativen, am rechten Rand der CDU hat sich eine Gruppe abgesplittert

– die Krise der parlamentarischen Demokratie

– die Krise des Kapitals ab 2009, der Widerspruch zwischen Großkapital und mittlerem Kapital hat sich verschärft

– die Krise im Sozialen: die Schere zwischen Arm und Reich.

Zusammengefasst meinte der Referent, es handele sich um eine Hegemoniekrise. Nach Gramsci: Es ist die Zeit, in der das Alte stirbt und das Neue noch nicht da ist.

Strömungen innerhalb der FaschistInnen:

– die Nationalkonservativen, deren Flügel von Frau von Storch vertreten wird

– die Nationalliberalen, mit Weidel und Meuthen

– die Völkischen, mit Götz Kubitschek, die Identitäre Bewegung, Höcke und Kalbitz.

Zum **ersten Mal** seit dem Hitlerfaschismus, gelingt es einer **faschistischen Partei,** all diese Flügel zu vereinen. Trotz aller Abspaltungen werde die AFD stärker.

Wen spricht die AFD an? In der Mehrheit das Kleinbürgertum. Aber auch Erwerbslose und ArbeiterInnen. In der ArbeiterInnenklasse spricht die AFD in erster Linie FacharbeiterInnen und auch ArbeiterInnen in der Produktion an.

Das **Programm der AFD** ist **neoliberal.** Warum also spricht sie die ArbeiterInnenklasse an? Durch eine massive Umwälzung in der Produktion wird die Spaltung verstärkt, die internationale Konkurrenz wird größer und die Möglichkeit des sozialen Abstiegs ist real.

Aber vor allem: **Das Klassenbewusstsein der ArbeiterInnenklasse hat abgenommen.**

Was tun?

Kurzfristig: Die AFD ausgrenzen, aber diesen Kampf haben wir bereits verloren.

Mittelfristig: Ihre Widersprüche für uns nutzen, deren Wirtschaftspolitik entlarven.

Langfristig: Eine Klassenpolitik verfolgen und die verschiedenen Kämpfe miteinander verbinden. Den Klassenkampf mit feministischen und antirassistischen Kämpfen verbinden. Wohnraumkämpfe sind Klassenkampf. Die Linke müsse eine Klassenanalyse machen. Wo befindet sich das Industrieproletariat in Europa? Nach Meinung des Autors überwiegend in der Logistikbranche, bei Amazon, in den Häfen...

Insgesamt war der Vortrag sehr informativ. Es fehlte in der Analyse aber der **wichtige Aspekt**, dass faschistische Parteien/Organisationen/Netzwerke heute auch gestärkt werden, um die **Kriegsvorbereitung** zu intensivieren. Dafür wird im Inland der **deutsche Rassismus und Chauvinismus** geschürt. Die Spaltung der ArbeiterInnen und Werktätigen in MigrantInnen, in Geflüchtete und in „das deutsche Volk", diese rassistische Schiene ist das Hauptpropagandainstrument in der Faschisierung. Darum wird heute die völkisch-faschistische AfD-Propaganda hoffähig gemacht. Der Faschismus ist zwar aktuell keine Option für das Finanzkapital. Aber die innere Faschisierung treiben sie voran. Sie lassen die Faschisten nicht nur gewähren. Nein! Sie unterstützen sie aktiv. Das haben wir beim NSU-Komplex und vielen anderen rassistisch-faschistischen Morden und Anschlägen ganz offen erlebt.

Die Linke Literaturmesse ist ein schönes Ereignis. Die Haltung untereinander in weiten Teilen solidarisch, freundschaftlich, zumindest freundlich.

Viele Menschen teilen mit MessebesucherInnen ihre Wohnungen oder überlassen sie ihnen sogar ganz. Das ist toll!

Insgesamt war dieses Jahr die Messe für mich von den politischen Positionen her fortschrittlicher als in vorhergehenden Jahren.

Weg von intellektuellen destruktiven Diskussionen, **hin zum Klassenkampf** war die Perspektive, zumindest in einigen Veranstaltungen.

Danke an alle OrganisatorInnen.

Elsa TA Aktivistin

ROJAVA

Besatzerkrieg des türkischen, faschistischen Staates läuft weiter!

Imperialistischer Kampf der Großmächte um Neuaufteilung läuft weiter!

Unterstützen wir den Befreiungskampf!

Durch die brutale militärische Besetzung des Gebiets Rojava (zwischen Serekaniye und Gre Sıpî) durch die faschistische türkische Armee haben sich die Machtverhältnisse in dem Gebiet grundlegend verändert. In diesem besetzten Gebiet (sowie in den vorher besetzten Gebieten Cerablus und Efrin) ist die, dort seit Jahren aufgebaute freie Selbstverwaltung der QSD (Demokratische Kräfte Syriens, DKS) unter Führung der PYD-YPG de facto zerschlagen.

Die türkische Besatzungsmacht herrscht in diesen Gebieten mit den von ihr bewaffneten und ausgebildeten syrischen, teils dschihadistischen Lakaien. Aber der Widerstand der DKS in den besetzten Gebieten hält an. Mit bewaffneten Guerilla-Aktionen gehen sie gegen die Besatzer vor und versuchen die Zivilbevölkerung vor deren Gräueltaten zu schützen. Vor allem vor den, von der Türkei losgelassenen Banden der Nationalen Syrischen Armee (NSA). Heftige Gefechte toben um die Dörfer in dem besetzten Gebiet. Auch in den Städten fügen Anschläge der Demokratischen Kräfte Syriens den Besatzertruppen heftige Schäden zu. Aber die Macht liegt in Händen der türkischen Besatzungsmacht.

Der türkische faschistische Staat versucht auf der einen Seite mit seiner überlegenen Militärmaschinerie sein Machtgebiet zu erhalten und zu erweitern. Auf der anderen Seite will er durch Verhandlungen mit den USA und Russland deren Zusammenarbeit mit der QSD-PYD-YPG torpedieren. Die türkische Regierung fordert von den USA, Russland und den anderen westlichen imperialistischen Mächten, die tragende politische Kraft des freien Rojava-Projekts, die YPG-PYD, zu „terroristischen Organisationen" zu deklarieren und zu vernichten. Oder zumindest, die Türkei nicht daran zu hindern!

Auch durch indirekte, über Russland laufende, Verhandlungen mit dem Assad-Regime versucht die Türkei ihre Pläne durchzusetzen: Für ein Syrien, in dem die PYD-YPG über keinerlei Macht mehr verfügen kann.

Die imperialistischen Mächte wiederum benutzen Befreiungsorganisationen, wie die YPG-PYD, lediglich als Mittel in ihrem gegenseitigen Kampf um die Neuaufteilung der Welt und gegen Regionalmächte, wie die Türkei.

Insofern lassen sie die Befreiungsbewegungen nicht „ganz fallen" und versuchen sie für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So haben sowohl die USA, als auch Russland, den türkischen Militärangriff teil-

Die anhaltende aggressive Kriegsberichterstattung der türkischen Medien stachelt den nationalistischen Taumel an. TV-Studios, eingerichtet auf Sichtweite zum Kriegsgeschehen, bieten als propagandistischen „Hintergrund" Bombeneinschläge!

weise gestoppt. Das haben sie durch temporäre Waffenstillstands-Abkommen mit der Türkei ausgehandelt.
Die USA haben ihre Stellungen in Deir ez-Zor und an der irakisch-syrischen Grenze verstärkt und damit ihr Präsenz als eine der Hauptmächte in Syrien weiterhin gesichert. Das haben sie durch die Zusammenarbeit mit den aus dem Kampfgebiet zurückgezogenen Militärkräften der Demokratischen Kräfte Syriens erreicht.
Russland hingegen hat die nordöstlichen Gebiete Syriens, den östlichen Teil Rojavas, vor der Bedrohung einer etwaigen türkischen Besetzung ‚gerettet'. Dieses Gebiet stand seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs unter der Herrschaft der PYD-YPG (ausgenommen Qamisli, dort war die Macht zwischen PYD und dem Assad-Regime geteilt).
Russland bringt nun Schritt für Schritt das von ihm abhängige Assad-Regime in dieses Gebiet und versucht außerdem, einen Deal zwischen dem Assad-Regime und der Befreiungsbewegung QSD-PYD-YPG auszuhandeln. Dieser Deal soll die Integration der bewaffneten Kräfte der DKS in die syrische Assad-Armee umsetzen. Die Demokratischen Kräfte Syriens stellen für einen solchen Deal, der das Ende des Zusammengehens mit den USA bedeuten würde, folgende Bedingungen: *„Erstens muss dieses Gebiet* (Rojava) *in der syrischen Verfassung als eines der Verwaltungsgebiete anerkannt werden, zweitens muß QSD* (Demokratische Kräfte Syriens) *in dem Verteidigungssystem Syriens institutionell einen autonomen Status erhalten."*
Das wird von Russland nicht akzeptiert. So bleiben für die Demokratischen Kräfte Syriens im Machtpoker in dem Gebiet zunächst nur die USA als unverlässlicher Partner übrig.
Über diesen Partner wiederum führt der Sprecher der KSD, Abdi, in einem Interview mit dem kurdischen Fernsehsender Rudaw am 6. November folgendes aus:
„Sie (Die USA, AdÜ) *haben ein neues Projekt entwickelt. Dieses sieht vor, sich im Osten Syriens zu positionieren. Natürlich ist Öl nicht der Hauptgrund.*
Wir alle wissen, dass die USA das Öl in dem Gebiet nicht braucht. Sie sagen ‚Wir wollen verhindern, dass dieses Öl nicht vom IS oder dem syrischen Regime kontrolliert wird.' Aber jeder weiß, dass sie (die USA, AdÜ) *hier bleiben müssen und nun begründen sie das so.*
Um den Beschluss (sich aus Syrien zurückzuziehen AdÜ) *zu revidieren, hat man diese Begründung geschaffen. Der Grund der Existenz der USA in dem Gebiet ist nicht das Öl und wird auch in Zukunft nicht das Öl sein. In diesem Gebiet entstand ein neues Gleichgewicht. Um Teil dieses neuen Gleichgewichts zu sein, müssen die USA da bleiben. Sie wissen das.*
Dieser (neue AdÜ) *Beschluss wurde gefasst, um auch den Druck, der sich auf die US Regierung aufbaute, zu entkräften. Es ist nicht bekannt, wie lange die US Kräfte in dieser Form hier bleiben werden.*
Für uns ist folgendes wichtig: Wir haben nie gesagt, die USA Kräfte sollen ewig hier bleiben und uns schützen. Eine solche Forderung haben wir weder an die USA noch an irgendeine andere Kraft gestellt. Wir sagen nur, dass die unter der USA-Führung stehenden internationalen Kräfte bis zur Lösung des syrischen Problems hier bleiben müssen." [1]
So sieht die aktuelle Lage in Syrien heute aus.
Ein freies, demokratisches Rojava, das eine Zeitlang existierte, ist in kurzer Zeit nicht in Sicht. Trotzdem, dafür zu kämpfen ist gerecht und notwendig und muss internationalistisch unterstützt werden.
Diese internationalistische Unterstützung schließt aber nicht aus, auch Fehler in diesem Kampf solidarisch zu kritisieren.
Der Kampf für ein freies demokratisches Rojava, für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation erfordert in Deutschland von den RevolutionärInnen und KommunistInnen vor allem, zu verstehen und zu zeigen welche verdammte imperialistische Rolle der „eigene" Imperialismus, der deutsche Imperialismus, in dem Krieg in Syrien spielt. Es sind auch deutsche Waffen und deutsches Geld, die in Syrien mit morden!
Vor über 100 Jahren rief Karl Liebknecht in der Manifestation gegen den Krieg auf: *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land"*. Aus Deutschland ist die beste internationalistische Unterstützung des Kampfes für ein freies Rojava, den Kampf zum Sturz des deutschen Imperialismus, der auch im Krieg in Syrien verdient, voranzutreiben.

So, GenossInnen, KommunistInnen, Revolutionäre rufen wir euch alle gemeinsam auf:

*** Solidarität mit den BefreiungskämpferInnen in Rojava!**

*** Nein zur Besetzung Rojavas durch den faschistischen türkischen Staat**

*** Stopp dem Krieg gegen Rojava!**

*** Für ein freies, unabhängiges, demokratisches Rojava!**

*** Imperialisten raus aus dem Mittleren Osten!**

Januar 2020

1 www.rudaw.net/turkish/interview/06112019

Zum Welt-Rojava Tag:
Heraus auf die Straßen!

Einer der Brennpunkte des Räuberkampfes unter den imperialistischen Großmächten um die Neuaufteilung der Welt ist der Mittlere Osten. Die nach dem ersten Weltkrieg, teilweise auch nach dem zweiten Weltkrieg durch die damaligen Großmächte gezogenen politischen Grenzen in der Region sind weder geografisch, geschichtlich, noch ethnisch und religiös natürlich gewachsene Grenzen.

Eine staatenlose Nation in vier Staaten aufgeteilt:

Ein Beispiel dafür ist die Lage der KurdInnen, die unter den vier „National"Staaten Iran, Irak, Syrien und der Türkei aufgeteilt sind. In all diesen vier „National" Staaten wurden die Kurden ihrer nationalen Rechte beraubt. Ihr Recht auf einen eigenen Staat wurde und wird mit faschistischen Methoden unterdrückt.

Seit über einem Jahrhundert kämpften und kämpfen die politisch und militärischen Organisationen der KurdInnen für ihre nationalen Rechte, für Freiheit und Demokratie in diesen vier Staaten des Mittleren Ostens.

Sie wollen in ihrem eigenen Land ihre Geschicke selbst bestimmen. Das ist ihr gutes Recht. Und es ist die Pflicht aller DemokratInnen diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Nationaler Befreiungskampf:

Bis zur Entstehung Rojavas wurde der kurdischen Nation nur eine regionale Autonomie in Südkurdistan (Norden des Staates Irak) zugestanden. Und das nur als Ergebnis eines Jahrzehnte währenden nationalen Befreiungskriegs. Zuletzt nur durch die direkte Unterstützung des US Imperialismus, im Zuge des völkerrechtswidrigen, imperialistischen Kriegs ums Öl.

Dieser Krieg, der von „einer Koalition der Willigen" bestehend aus westlichen imperialistischen Mächten, ihren regionalen Verbündeten unter dem Oberkommando der USA geführt wurde, endete im Sturz des faschistischen Baath/Saddam Regimes.

Der Irak wurde zu einem Protektorat der USA. Das war auch die Geburtsstunde der islamistisch-faschistischen, terroristischen Organisation IS (Islamischer Staat) im Irak.

Die Zerschlagung des Staates Irak wurde den Völkern als Kampf für Freiheit und Demokratie verkauft! Was für eine Heuchelei!

Neues im Befreiungskampf

Rojava ist der Name des Versuchs das verdammte „Schicksal" der KurdInnen zu brechen. 2011 erreichten die Wogen der spontan ausbrechenden Kämpfe der arabischen Volksmassen gegen korrupte, faschistische

Regime auch Syrien. Das faschistische Baath/Assad-Regime versuchte im Anfang die friedlichen Volkskämpfe mit Gewalt zu unterdrücken.
Der Bürgerkrieg brach aus. Dieser dauert bis heute an. Er forderte hunderttausende Opfer und machte Millionen von Syrern verschiedener Nationalitäten zu Flüchtlingen. Im Zuge dieses Bürgerkriegs entstand im Norden und Nordosten Syriens, in Rojava ein Machtvakuum.
Dieses nutzte die kurdische Nationalbewegung unter der politischen Führung der PYD aus, um in diesem Gebiet Kurdistans, eine multiethnische, demokratische, säkulare, autonome Macht aufzubauen. Frauenbefreiung voranzutreiben und der Versuch demokratische Strukturen von unten aufzubauen war das Wesentliche und das Neue an dieser Macht.
Diese Macht in Rojava musste vom Assad-Regime, das in anderen Regionen ums Überleben kämpfte, vorerst geduldet werden. In manchen Gebieten Rojavas, wie z.B. in Qamisli wurde die Macht zwischen PYD/YPG (Später SDK) und dem Assad-Regime geteilt.

Kampf um Kobâne:

2014 wurde die demokratische Macht in Rojava vom IS massiv angegriffen. In Kobâne haben die kurdischen Verteidigungseinheiten in einer verlustreichen, heldenhaften Schlacht den IS, zum ersten Mal militärisch geschlagen.
Der IS hatte sich vorher im Bürgerkrieg in Syrien sehr rasch ausgebreitet und den „Islamischen Staat in Irak und Syrien“ (ISIS) ausgerufen.

Falsche „Freunde“:

Diese Schlacht, an deren Ende die USA zum ersten mal im syrischen Bürgerkrieg direkt eingriff, die YPG mit Waffen und Luftschlägen gegen den IS unterstützte, war der Anfang vom Endes des ISIS.
Ab diesem Zeitpunkt wurde die PYD/YPG vom US Imperialismus und den anderen westlichen imperialistischen Mächten zum „Verbündeten“ im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus erklärt und massiv aufgerüstet.
Das Machtgebiet der YPG, die jetzt als Verbündete der USA in Syrien kämpfte, dehnte sich nicht nur gegen die IS, sondern auch gegen die syrische Zentralmacht aus.

Rojava:
Dorn im Auge der regionalen Mächte

Dies konnte weder durch das Assad-Regime, das im Bürgerkrieg Russland „zur Hilfe“ rief, noch von im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite des Assad-Regimes stark involvierten Iran, noch von dem türkischen faschistischen Staat, der seit 1984 mit kurzen Unterbrechungen einen kolonialistischen Vernichtungskrieg gegen die PKK führt, geduldet werden.
Die demokratische Selbstverwaltung unter Führung der PYD war ein anspornendes Beispiel für den kurdischen Befreiungskampf im Iran, im Irak und in der Türkei. Den Regierungen dieser Länder war das von Anfang an ein Dorn im Auge.

Offen angekündigter kolonialistischer Besatzungskrieg gegen Rojava:

Der türkische faschistische Staat hat von vornherein klar verkündet, dass er „einen kurdischen Korridor an seiner Südgrenze“ nie dulden und Rojava angreifen werde. Er hat 2016 Dcharablus unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS besetzt. 2018 wurde Efrin durch einen brutalen Krieg gegen die PYD-YPG und ihre Verbündeten, durch die türkische Armee und die, von der Türkei bewaffnete, ausgebildete syrisch-arabische Banditen-Armee, unter dem Firmennamen Freie Syrische Armee (Neuerdings Syrische National Armee) besetzt.
Dies geschah im Einverständnis Russlands, das die Widersprüche im „westlichen Bündnis“ für seine Zwecke ausnutzt.

Brutaler faschistischer Angriff:

Am 9. Oktober hat die Türkei einen kolonialistischen Krieg gegen Rojava diesmal östlich vom Euphrat vorerst zwischen Serekaniye und Gre Sipi begonnen. Vorher hatte die USA ihre wenigen, militärischen Kräfte aus dem Gebiet zurückgezogen.
Die Brutalität dieses ungerechten Kriegs brachte überall in der Welt Hunderttausende demokratische Menschen, RevolutionärInnen, AntiimperialistInnen und AntifaschistInnen auf die Straße.

Gefeilsche zwischen der faschistischen Türkei und den Imperialisten:

Die westlichen imperialistischen Mächte, angefangen von den USA mussten die Türkei zu einer Waffenpause zwingen.

Am 10. Tag des Kriegs wurde zwischen der Türkei und den USA eine 120 Stündige Waffenpause ausgehandelt. Währenddessen sollten die USA erreichen, dass die YPG und PYD Kräfte sich in dem Kampfgebiet 30 Kilometer von der türkischen Grenze nach Süden zurückziehen.
Kurz vor Ablauf dieser Frist, hat die Türkei diesmal in Sochi mit Russland ein Abkommen unterzeichnet. Demnach ist Russland dafür „verantwortlich", in den Gebieten Rojavas östlich des Euphrats, ausgenommen des von der Türkei bereits besetzten Gebietes, die PYD /YPG in 150 Stunden, 30 km von der türkischen Grenze nach Süden „zu entfernen". In diese Gebiete sind jetzt Russland und das Assad-Regimes eingerückt.

Agreements über die Köpfe der Völker hinweg:

Den PYD/YPG Kräften blieb unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht viel anderes übrig, als zu erklären, diesen Agreements zugestimmt, und die Gebiete verlassen zu haben. Was die türkischen Faschisten und ihre syrische Söldnerarmee als nicht wahr bezeichnen und weiterhin ihre Massaker gegen die Bevölkerung, die im Gebiet zurückgeblieben ist ausüben. Hunderttausende Menschen sind wieder auf der Flucht. Es gibt natürlich heldenhaften Widerstand gegen diese menschenfeindlichen Angriffe der Faschisten. Es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte diesen Widerstand maximal zu unterstützen.

Verraten und verkauft:

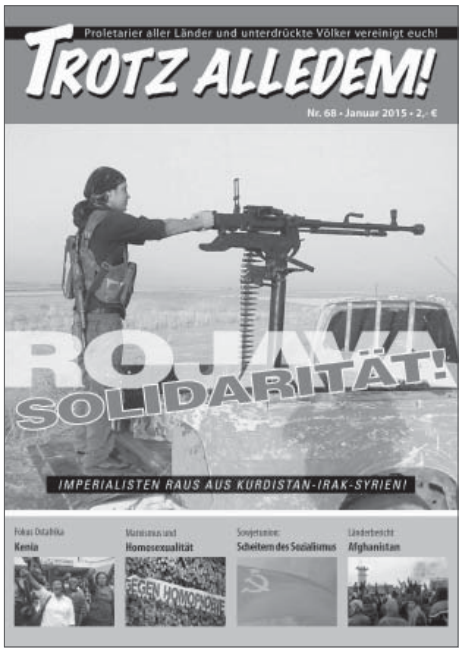
Die KurdInnen wurden von den imperialistischen Mächten, wie so oft in ihrer Geschichte, noch einmal verkauft!
Bei diesem Verkauf spielt auch der deutsche Imperialismus, der angeblich wegen der Verletzung der Menschenrechte durch die Türkei und der Gefahr „des Wiedererstarkens des IS-Terrors durch den Krieg sehr besorgt" ist, seine übliche heuchlerische Rolle.
Deutsche Waffen deutsches Geld morden auch mit in Kurdistan! Die Sorge des deutschen Imperialismus gilt nicht dem kurdischen Volk, sondern den eigenen Interessen und der Angst vor neuen Geflüchteten aus Syrien.

Rojava zu unterstützen in Deutschland fordert den Kampf gegen den deutschen Imperialismus!

Wieder einmal versuchen die Imperialisten die Geschicke der Völker im Nahen Osten nach ihren eigenen Interessen, mit Verhandlungen und Kämpfen untereinander zu bestimmen.
Lassen wir das nicht zu! Rojava war eine Hoffnung für demokratische Verhältnisse in dem Gebiet!
Lasst uns an dem weltweiten Rojava-Tag unsere Stimme zu erheben!
Lasst uns die demokratischen Errungenschaften Rojavas verteidigen!
Faschistische türkische Armee raus aus Rojava!
Alle ausländischen, imperialistischen, reaktionären Kräfte raus aus Syrien!

Vorwärts und nicht vergessen!
Solidarität mit Rojava!

2. November 2019



Solidarität mit Rojava
Imperialisten raus aus Kurdistan-Irak-Syrien!
Volksdemokratische Revolutionen gegen die faschistischen, reaktionären Kräfte und Mächte in diesen Ländern!

+ „Islamischer Staat" und Terror-Krieg-Allianz am Werk
+ Wer und wessen Produkt ist der IS?
+ Anti-IS-Terrorallianz
+ Und der deutsche Imperialismus?
+ „Kurdische Frage" und Selbstverwaltung in Kurdistana Rojava / Westkurdistan
+ Wie ist die Situation in Syrien, Rojava, Westkurdistan?
+ Wie entwickelte sich die Lage von März 2011 bis Januar 2014?
+ Wie ist diese Entwicklung einzuschätzen?
+ Ja! Solidarität ist dringend angesagt!
+ Aber wie?
+ Das macht die MLPD!
+ Wohin geht es?

KRITIK & DISKUSSION

Zur TA-Artikelserie „DDR-Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?“

Kritische Anmerkungen zum 1. Teil der Serie „Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie“

Liebe Genossen,
Ich möchte mich zu einer Teilfrage Eures Artikels [1] äußern, nämlich zu den letzten beiden Abschnitten über Dimitroff. An zehn Stellen Eures Artikels wird behauptet, dass in Bulgarien 1948, zum Zeitpunkt des V. Parteitags der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), „Teile der Bourgeoisie an der Staatsmacht beteiligt waren“, dass die Dimitroff'sche Volksdemokratie Teile der Bourgeoisie an der Macht eingeschlossen hätte, dass „Herrschaft der Werktätigen..., unter Führung der Arbeiterklasse“ bedeute, dass auch „Teile der Bourgeoisie (auch Großbauern)“ an der Macht beteiligt gewesen wären (also sozusagen eine „werktätige Bourgeoisie“), dass Dimitroff eine „versöhnlerische Haltung gegenüber Teilen der Bourgeoisie“ eingenommen hätte, dass er nur das Großkapital im Visier gehabt hätte, aber nicht die gesamte Bourgeoisie, dass er den Sozialismus „gemeinsam mit Teilen der Bourgeoisie, die an der Macht beteiligt sind“ aufbauen wollte usw. usf.
Dimitroff, schreibt ihr, „geht in seinem Bericht nicht ausreichend auf die Problematik ein, dass Teile der Bourgeoisie mit an der Macht beteiligt sind.“ Aber vielleicht liegt das daran, dass es nicht so war und Ihr irrt. Ihr liefert ja auch keinerlei Tatsachen, die Eure Vermutung von „Teilen der Bourgeoisie an der Macht“ belegen. Habt Ihr die Entwicklung in Bulgarien in den Nachkriegsjahren untersucht? Ohne das ist aber sowie alles nur Zitatenklauberei. **Das ist mein erster Kritikpunkt.**
Der **zweite Kritikpunkt** bezieht sich auf die Weise, wie Ihr aus dem angesprochenen Bericht Dimitroffs zitiert. Es springt jedem, der den Bericht kennt, ins Auge, dass gerade die Schlüsselstelle am Beginn des Kapitels „Zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in unserem Land“ fehlt: In der gegebenen Situation nach der Befreiung Bulgariens, heißt es dort, wäre eine Vorwärtsbewegung *„undenkbar gewesen, ohne dass gegen die wirtschaftliche Basis der kapitalistischen Klasse ernsthaft vorgegangen worden wäre.*
Auch die bulgarische Erfahrung bestätigt die Leninsche These, dass in der Situation des verfaulenden Kapitalismus, der hoffnungslosen organischen Krise der bürgerlichen Demokratie, die den Faschismus erzeugt, die Durchführung irgendwelcher ernsthafter und solider demokratischer Reformen unmöglich ist, ohne dass die ***Grundlagen des Kapitalismus angetastet****, ohne dass Schritte auf dem Weg zum Sozialismus unternommen werden...*
Schon war der Weg für die Inangriffnahme aller schöpferischen Aufgaben der Volksregierung freigelegt, für revolutionäre Umgestaltungen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, für die ***Liquidierung*** *der* ***wirtschaftlichen Basis*** *der* ***kapitalistischen Reaktion****, für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserem Land, einen Übergang, der natürlich nicht ohne unversöhnlichen Klassenkampf gegen die* ***kapitalistischen Elemente*** *des Landes vollzogen werden kann .... entschiedene Maßnahmen, um das* ***großkapitalistische*** *Privateigentum zu liquidieren, mit der Durchführung einer konsequenten Politik der* ***Beschränkung der kapitalistischen Elemente*** *auf dem Dorfe zu beginnen ...“* [2]
Wie kann man aus solchen Aussagen eine versöhnlerische Haltung gegenüber der Bourgeoisie und Paktieren mit Teilen der Bourgeoisie herauslesen?
Die Stoßrichtung Dimitroffs in diesem Bericht besteht gerade darin, dass in der Partei Tendenzen bestanden, hinter der historischen Aufgabe der Vorwärtsmarschierens zum Sozialismus zurückzubleiben und sich mit demokratischen Maßnahmen zufrieden zu geben. Der Bericht ist eine einzige Kampfansage gegen solche revisionistischen Tendenzen. Das ist es, wovon der Bericht eigentlich handelt. Eure Darstellung des Dimitroffschen Berichts ist eine grobe Entstellung.
Bei Dimitroff und seinem Konzept der Volksdemokratie, wird in den letzten Absätzen Eures Artikels behauptet, sei die traurige Entwicklung in der DDR bereits angelegt gewesen und insofern sei er daran sowie überhaupt an den „verheerenden Folgen in der weiteren Entwicklung der volksdemokratischen Länder“ mitschuldig gewesen.
Für mich ist umgekehrt der Bericht Dimitroffs an den V. Parteitag ein Dokument, das bezeugt, dass nicht in allen KPs schon damals, einige Jahre vor 1953 oder

1 TA 81, Mai 2019, S. 17

2 Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 162f; TA: Auch in Dimitroff, „Ausgewählte Schriften in drei Bändern“, Bd. 3, S. 588, Dietz Verlag 1958

1956, der Revisionismus blühte bzw. ihm nicht entgegengetreten wurde.
Ich habe mich früher einmal näher mit der Entwicklung in Bulgarien bis Mitte der 1950er Jahre beschäftigt und bin zu dem Schluss gekommen, dass man dort, bis zur Kaperung auch der bulgarischen Partei durch den Revisionismus 1953/54, beim Aufbau des Sozialismus weiter vorankam als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern. Das ist auch der Weichenstellung Dimitroffs auf dem V. Parteitag zu danken.
Leider blieb auch der bulgarischen Partei das Schicksal des revisionistischen Farbwechsels nicht erspart – wäre Dimitroff nicht schon 1949 gestorben, wäre die Entwicklung vielleicht anders verlaufen. Mit Schiwkoff wurde 1954 eine Figur Parteivorsitzender, die die revisionistische Degeneration energisch vorantrieb.
Zuletzt noch ein anderer Punkt. Ihr schreibt, dass solange „Teile der Bourgeoisie mit an der Macht sind und über die Gesetze mitbestimmen, nicht von der endgültigen Vertreibung der kapitalistischen Elemente aus den politischen und wirtschaftlichen Positionen die Rede sein kann". Das versteht sich von selbst.
Die Lehre aus allen gescheiterten Versuchen, den Sozialismus aufzubauen, ist aber die, dass von dieser „endgültigen Vertreibung" nie die Rede sein kann – die der alten kapitalistischen Elemente vielleicht, aber nicht die der immer wieder entstehenden neuen kapitalistischen Elemente.
Der Glaube, es gebe im Sozialismus irgendwann keine Klassen und keinen Klassenkampf mehr und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration sei irgendwann „endgültig" gebannt und Gefahr drohe allenfalls noch von außen, war der Totengräber des Sozialismus in der Sowjetunion.

Max, IA.RKP, Österreich (12. Juni 2019)

Unsere Antwort auf den Leserbrief

Wir bedanken uns bei Genossen Max für seine Kritiken an unserem ersten Teil der Artikelserie „DDR: Anspruch und Wirklichkeit – Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?". Thema war: Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie.
Genosse Max polemisiert in **zwei Kritikpunkten** gegen unsere Einschätzung über Dimitroffs Bericht an den V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten). Am Ende des ersten Kritikpunktes schreibt der Genosse:
„Aber vielleicht liegt das daran, dass es nicht so war und Ihr irrt. Ihr liefert ja auch keinerlei Tatsachen, die Eure Vermutung von ‚Teilen der Bourgeoisie an der Macht' belegen. Habt Ihr die Entwicklung in Bulgarien in den Nachkriegsjahren untersucht? Ohne das ist aber sowie alles nur Zitatenklauberei."
Diese und alle weiteren Polemiken entstehen dadurch, dass der Genosse das Anliegen unseres Artikels falsch verstanden zu haben scheint. Wir haben ganz klar dargestellt, welches unser Anspruch ist.
Wir wollen die Entwicklung der DDR und der SED auf Grundlage des Marxismus-Leninismus einschätzen. Dafür haben wir als ersten Schritt die Theorie der Volksdemokratie analysiert und die unserer Meinung nach wichtigsten Schlussfolgerungen daraus gezogen. Es geht in diesem Artikel nicht um eine Einschätzung der Politik der Arbeiterpartei Bulgariens.
Bulgarien war nach dem 2. Weltkrieg – als politische Macht – eine Volksdemokratie. Sie war die Diktatur der ArbeiterInnenklasse und der armen Bauernschaft mit Teilen der antifaschistischen Bourgeoisie.
Wer – als Klasse – in diesem Bündnis führt, ist für die Einschätzung des Klassencharakters der Macht nicht ausschlaggebend. Die Frage ist, sind Teile der Bourgeoisie mit an der Macht beteiligt? Und weiter: Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Wir haben von Dimitroff zitiert, dass *„auch einige antideutsche Elemente der Bourgeoisie"* (TA 81, S. 26) im Bündnis der Vaterländischen Front vertreten waren. Die Regierung in Bulgarien setzte sich nach der Befreiung zusammen aus den Kräften der Nationalen Front. D.h. auch Teile der Bourgeoisie waren mit an der Macht beteiligt. Das ist ein Fakt. Ausgehend von dieser Tatsache fanden wir weitere Belege nicht nötig.
Wir haben unterschiedliche Positionen zur Diktatur des Proletariats und zur Volksdemokratie, die in der Kommunistischen Weltbewegung vertreten wurden, angeführt.
Wir haben ganz klar unsere Haltung geschrieben: *„Die marxistisch-leninistische Theorie über den Staat besagt, es kann nur dann vom Sozialismus die Rede sein, wenn die Diktatur des Proletariats errichtet ist. Die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat ist die entscheidende Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Ohne Diktatur des Proletariats kann es auch keine ‚sozialistischen Maßnahmen' geben. Der Charakter eines Staates und einer Gesellschaft wird von dem Charakter der konkreten Macht bestimmt."* (TA 81, S. 20)
Die Diktatur des Proletariats ist die Macht der ArbeiterInnenklasse im Bündnis mit den Werktätigen. An der proletarischen Macht kann kein Teil, keine Fraktion

oder Flügel der Bourgeoisie mitbeteiligt sein. Die Volksdemokratie ist **keine besondere** Form der Diktatur des Proletariats und kann nicht die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben. Staatseigentum und Kollektiveigentum ohne Diktatur des Proletariats – das ist kein Sozialismus!

Das ist unsere Grundhaltung zur Volksdemokratie. Wir haben uns in Vorbereitung des Artikels auch damit auseinandergesetzt wie die Entwicklung nach der Gründung der Vaterländischen Front, also vom 17. Juli 1942 bis Dezember 1948, verlaufen ist. Wir haben eingeschätzt, welche politischen Positionen Dimitroff in diesem Zeitraum vertreten und wie er die Lage in Bulgarien bewertet hat.

Das Programm der Vaterländischen Front war ein antifaschistisch-demokratisches Programm. Dieses war richtig und beruhte auf einer marxistisch-leninistischen Analyse der konkreten Lage in Bulgarien. Die Verwaltungen, das Parlament und die Regierung wurden nach dem 9. September 1944 auf Grundlage des Programms der Vaterländischen Front gebildet. Die Vaterländische Front bestand aus **allen** Schichten, die den antifaschistischen Kampf geführt haben. Teile der Bourgeoisie, die nicht mit den „Vasallen Hitlers" zusammenarbeiteten, waren auch Mitglieder dieser Front.

Laut Dimitroff ist

„Die Vaterländische Front [ist] ein dauerhaftes Kampfbündnis der Arbeiter, Bauern, Handwerker und der Intelligenz. In ihr gibt es und muß es auch Vertreter der patriotischen Industriellen und Kaufleuten geben. Alle echte Patrioten müssen für die Festigung der Macht der Vaterländischen Front arbeiten." [1]

Wessen Interessen entsprach das Programm der Vaterländischen Front?

„Dieses Programm entspricht den realen Lebensinteressen unseres Volkes. Es entspricht den Interessen sowohl der Arbeiter und Bauern (Die Bauernschaft umfasste auch reiche Bauern, die den Ausbeuterklassen zuzurechnen sind. TA) *als auch der Handwerker* (Ein Teil von ihnen waren kleine Kapitalisten, die auch selbst Lohnarbeit ausbeuteten. TA), *der Volksintelligenz, der Angestellten, unserer Volksarmee und unserer heldenhaften Jugend; es entspricht ebenso auch den Interessen jener Industriellen und Kaufleute* (Teile der Bourgeoisie! TA), *die ihr eigenes Wohlergehen nicht in Spekulationen und Übergriffen sehen, sondern in der ökonomischen Wiederherstellung und Entwicklung des Landes."* [2]

Wem gehörte die „neue Heimat"?

„Diese Heimat müssen wir wie unseren Augapfel hüten. Sie ist unsere Heimat und nicht die der Reaktionäre, der Spekulanten und Räuber – sie ist die Heimat der Arbeiter, der Bauern und der Volksintelligenz, der ehrlichen und redlichen Industriellen und Kaufleute, des ganzen bulgarischen Volkes." [3]

Hier werden die im Bündnis vertretenen Industriellen und Kaufleute nicht als Reaktionäre betrachtet. Für Dimitroff sind sie klar „Teil des Volkes". Denn es geht ja um die „Volksdemokratie" und nicht um die Diktatur des Proletariats!

„Am charakteristischsten an dieser Änderung ist die Tatsache, daß durch den Volksaufstand die Staatsmacht selbst den spekulierenden, räuberischen und großkapitalistischen Gruppen, die sich um den Hof und die Hofkamarilla zusammengeschlossen hatten und die mit dem deutschen Imperialismus aufs engste verbunden waren, aus den Händen gerissen wurde, um in die Hände des Volkes, seiner Vaterländischen Front überzugehen, d. h. in die Hände des Kampfbündnisses der Arbeiterklasse, der Bauern, Handwerker und der Volksintelligenz. Mit diesem Bündnis ist der ***fortschrittliche Teil der Industriellen und Kaufleute.*** *Das Staatsruder ging in die Hände der neuen, gesunden und schöpferischen gesellschaftlichen Kräfte über."* (Hervorh. TA) [4]

Das sind die Einschätzungen Dimitroffs über die Regierung der Vaterländischen Front, die Machtsituation, darüber welche Klassen bzw. Schichten sich an dem Bündnis beteiligten. Für die Volksdemokratie und die Aufgaben, die konkret auf der Tagesordnung standen, war dieses Bündnis notwendig und richtig. Aber das beweist gleichzeitig, dass Teile der Bourgeoisie mit an der Macht waren.

Die Großkapitalisten, die die Faschisten gesponsert und unterstützt haben, wurden enteignet. Einige Schichten der Bourgeoisie wurden eingeschränkt. Trotz dieser Beschränkungen wurde das Pri-

1 Dimitroff, „Für die wirtschaftliche Festigung und Unabhängigkeit Bulgariens, des Landes der Vaterländischen Front", 14.01.1945, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 71-72, Fremdsprachen Verlag Sofia, 1967

2 Dimitroff, „Zum Sieg des ganzen Volkes über die Reaktion und die Feinde des neuen Bulgariens", 15.11.1945, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 89, Fremdsprachen Verlag Sofia, 1967

3 Dimitroff, „Für eine neue Einstellung zum Staat", 05.12.1945, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 121, Fremdsprachen Verlag Sofia, 1967

4 Dimitroff, „Die Sache des 9. September ist eine historische Sache", 25.12.1945, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 143, Fremdsprachen Verlag Sofia, 1967

Wappen/Logo (v.o.): Volksrepublik Bulgarien - Vaterländische Front

vateigentum per Verfassung geschützt. Obwohl die Verfassung das Privateigentum und dessen Vererbung sowie das Prinzip der privaten (also kapitalistischen) Wirtschaft schützte, erklärte Dimitroff, diese Verfassung würde den Weg zu einer ausbeutungsfreien Gesellschaft ebnen:

„Die neue Verfassung, in der die Prinzipien der Volksdemokratie verankert sind, macht den Weg für die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes frei, die zur endgültigen Vernichtung aller Überreste des kapitalistischen Ausbeutersystems führen wird, zur Befreiung der Werktätigen von jeder Ausbeutung, d.h. zur völligen Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen." [5]

Wie ist das möglich? Diese Schlussfolgerungen sind nur möglich, wenn die Theorie – auch wenn sie wie hier noch nicht klar formuliert ist – verteidigt wird, dass der Aufbau des Sozialismus mit Teilen der Bourgeoisie möglich sei. Konsequenterweise wird gegenüber diesen Schichten der Bourgeoisie kein Klassenkampf und kein Kampf um ihre Enteignung geführt. Dieses Vorgehen als „versöhnlerische Haltung" einzuschätzen ist richtig!

Wir haben konkret kritisiert: *„Dimitroff geht in seinem Bericht nicht ausreichend auf die Problematik ein, dass Teile der Bourgeoisie mit an der Macht beteiligt sind."* (TA 81, S. 26)

Die Liquidierung des Großkapitals und der Kampf gegen diesen Teil der Bourgeoisie ist kein Kampf gegen das gesamte Kapital und kein Kampf dafür, die Kapitalisten als Klasse insgesamt zu liquidieren. Solange ein Teil der Bourgeoisie als Klasse existiert und mit an der Macht ist, kann die *„endgültige Vernichtung aller Überreste des kapitalistischen Ausbeutersystems"* nicht verwirklicht werden.

Der Aufbau des Sozialismus kann **nicht mit Teilen** der Bourgeoisie vollzogen werden. Die ArbeiterInnenklasse muss die politische Macht erobern und die Wirtschaft entwickeln. Die Bourgeoisie muss mit Gewalt von der Macht entfernt werden, so dass sie nichts mehr zu sagen hat. So muss auch die politische Linie der Partei sein.

Die Volksdemokratie kann in die Diktatur des Proletariats nur umgewandelt werden, wenn das Proletariat das Bewusstsein und den Organisationsgrad hat, um von der Diktatur der Volksdemokratie zur Diktatur des Proletariats überzugehen. Erst wenn das Proletariat alleine über alle bürgerlichen Klassen herrscht, ist es richtig, vom Sozialismus bzw. vom sozialistischen Aufbau zu reden.

Max's **zweiter Kritikpunkt** *„bezieht sich auf die Weise, wie Ihr aus dem angesprochenen Bericht Dimitroffs zitiert."* Er bemängelt: *„dass gerade die Schlüsselstelle am Beginn des Kapitels „Zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in unserem Land" fehlt".* Und stellt uns die Frage: *„Wie kann man aus solchen Aussagen eine versöhnlerische Haltung gegenüber der Bourgeoisie und Paktieren mit Teilen der Bourgeoisie herauslesen?"*

Wir haben die aus unserer Sicht wichtigsten Textstellen für die Theorie über die Volksdemokratie zitiert. Auf die Problematik, dass in einer Volksdemokratie keine Grundlagen des Sozialismus geschaffen werden können, sind wir nicht extra eingegangen. Das hätte

den Rahmen unseres Artikels gesprengt.

Wir haben uns darauf beschränkt zu sagen, ohne Diktatur des Proletariats kann weder vom Sozialismus noch von sozialistischen Maßnahmen die Rede sein. Die Position, mit der volksdemokratischen Ordnung könnten die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut werden, hängt mit der falschen Einschätzung der Volksdemokratie zusammen.

Max müsste also eigentlich kritisieren: „Ja, die Volksdemokratie ist eine Form der Diktatur des Proletariats." Wenn er das so schreiben würde, könnten wir diesen Punkt diskutieren. Aber der Genosse, der uns „Zitatenklauberei" vorwirft, schreibt:

„In der gegebenen Situation nach der Befreiung Bulgariens, heißt es dort, wäre eine Vorwärtsbewegung undenkbar gewesen, ohne dass gegen die wirtschaftliche Basis

5 Dimitroff, „Über die Verfassung", 04.12.1947, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. 2, S. 475, Fremdsprachen Verlag Sofia, 1967

der kapitalistischen Klasse ernsthaft vorgegangen worden wäre.“

Zum Ersten gab es nach der Befreiung Bulgariens keine Vorwärtsbewegung, mit der gegen die wirtschaftliche Basis der kapitalistischen Klasse ernsthaft vorgegangen wurde. Vom 9. September 1944 bis etwa Ende 1947 wurde in Bulgarien keine konkrete Propaganda für den Sozialismus unter den Werktätigen betrieben.

Der Übergang von der Volksdemokratie zum Sozialismus wurde nicht als Aufgabe gestellt. Vom Sozialismus war nur allgemein und als Frage der ferneren Zukunft die Rede. Das kann in Dimitroffs Schriften direkt nachgelesen werden.

Genosse Kirill Dramaljew, Vertreter des ZKs der Arbeiterpartei Bulgariens auf dem II. Parteitag der SED: ***„Dabei möchte ich hervorheben, daß wir in Bulgarien während dieser drei Jahre so gut wie nichts vom Sozialismus gesprochen haben. Wir glaubten, daß dies uns nur schaden könnte, denn für die Bauern ist der Sozialismus doch etwas, was ihnen noch fernliegt.“*** (Hervorh. TA) [6]

In dieser Zeit beschwor Dimitroff mehrmals, dass die KommunistInnen keine „Diktatur“ der KommunistInnen beanspruchen oder vorhaben, in Bulgarien ein „sowjetisches System“ einzuführen. Wie aber können so die ArbeiterInnenklasse und die Werktätigen für den Sozialismus gewonnen werden? Und wie kann ernsthaft gegen die wirtschaftliche Basis der kapitalistischen Klasse vorgegangen werden, wenn per Verfassung die ökonomische Basis der kapitalistischen Klasse geschützt wird? Das kann nur behauptet werden, wenn die Lehre des Marxismus-Leninismus über den Staat, insbesondere die Lehre von der Diktatur des Proletariats revidiert wird.

Zum Zweiten ist in dem von Genosse Max angegebenen Zitat auch die Rede von *„entschiedenen Maßnahmen, um das großkapitalistische Privateigentum zu liquidieren“*. Die Liquidation von großkapitalistischem Privateigentum bedeutet nicht die Liquidation des kapitalistischen Eigentums **an sich.** Und nur diese kann als ein ernsthafter Kampf gegen die wirtschaftliche Basis der kapitalistischen Klasse insgesamt eingeschätzt werden, wenn sie unter der Diktatur des Proletariats durchgesetzt wird.

Also wurden die Grundlagen des Kapitalismus nicht beseitigt. Eine Schicht der Industriellen und Kaufleute, abgesehen von den HandwerkerInnen und einem Teil der Bauernschaft, wurde trotz bestimmter Beschränkungen gefördert, um die Wirtschaft des Landes zu entwickeln. In der konkreten Lage war das in Bulgarien notwendig und richtig. Aber dies als sozialistische Entwicklung, als Aufbau des Sozialismus darzustellen, ist einfach falsch.

Die Theorie von Dimitroff über die Volksdemokratie ist keine „Kampfansage gegen revisionistische Tendenzen“ sondern selbst ein revisionistischer Fehler.

Unsere Bewertung des „Dimitroffschen Berichts“ ist keine „grobe Entstellung“, sondern eine marxistisch-leninistische Kritik an seiner falschen Theorie über die Volksdemokratie und die Lehre der Diktatur des Proletariats. Und gleichzeitig auch eine Kritik an der Kommunistischen Weltbewegung.

Der Widerspruch zwischen Genosse Max und uns besteht nicht wirklich darin, wie und was wir zitieren, sondern was wir vertreten. Dann ist es angesagt, dass dieser Widerspruch auch direkt benannt wird. Der Widerspruch besteht in der Einschätzung der Volksdemokratie als Gleichsetzung mit der Diktatur des Proletariats und den daraus folgenden Einschätzungen, Erläuterungen und Begründungen.

Unsere jetzigen Kenntnisse zeigen uns, bisher wurde in keinem Land, ausgenommen der Sowjetunion, die Diktatur des Proletariats errichtet und der Aufbau des Sozialismus angepackt, auch in Bulgarien nicht.

6 Protokoll des 2. Parteitages der SED, 20.-24.09.1947, S. 195, Dietz Verlag 1947

Tribunal in Chemnitz und Zwickau 1. bis 3. November 2019

Aufruf des Tribunal „NSU-Komplex auflösen“:

*Vom 1. bis 3. November 2019 bringen wir das Tribunal »NSU-Komplex auflösen« nach Chemnitz und Zwickau. (...) In Chemnitz und Zwickau lebte das Kerntrio des NSU während seiner Mordserie – eingebunden in ein »Netzwerk von Kameraden«, das bis heute existiert und aktiv ist. In Chemnitz fanden im Oktober 2018 rechte Hetzjagden auf Migrant*innen statt, es gab Brandanschläge auf migrantische und jüdische Restaurants. Von hier ging und geht eine Welle der rassistischen Mobilisierung durch das Land, aus der die alten Netzwerke des NSU gestärkt hervorgehen.*

*Aber hier ist auch ein Ort von widerständiger Solidarität und neuen Bündnissen gegen den grassierenden Rassismus. An diesem Ort werden wir die Täter*innen und Verantwortlichen der rassistischen Gewalt anklagen und gemeinsam mit den Betroffenen Gerechtigkeit einfordern.*

*Migration war und ist die Mutter aller Gesellschaften – überall. In Dresden, Chemnitz, Leipzig und vielen anderen Orten prägten Vertragsarbeiter*innen, Studierende und Exilant*innen die Migration in die DDR.*

*Während die »sozialistische Bruderliebe« das staatliche Selbstbild bestimmte, zielten staatliche Restriktionen, wie gesonderte Wohnunterbringungen und separierte Arbeitsbereiche, darauf ab, diese gesellschaftliche Realität von der Bevölkerung fernzuhalten. Vertragsarbeiter*innen gelang es dennoch immer wieder, diese Isolierung zu durchbrechen. Sie knüpften Kontakte zu den Menschen der Mehrheitsgesellschaft und tauschten sich mit ihnen aus. (...)*

*Die DDR, im Selbstbild Klassenbeste unter den realsozialistischen Staaten, profitierte durch die migrantische Realität enorm, auch wenn sie das nie anerkannte. Nach dem Fall der Mauer prägten Migrant*innen und Geflüchtete noch stärker die sächsische Gesellschaft trotz der rassistischen Pogrome von Hoyerswerda (1991), Liebertwolkwitz (1992), Thiendorf (1991), Wurzen (2018). Sie eröffneten Geschäfte, arbeiteten in Fabriken und richteten Dienstleistungen ein. Sie sorgten mit ihren Netzwerken und Existenzgründungen für den Neuaufbau der gesellschaftlichen Strukturen und ihre Kinder wurden zu Ostdeutschen of Color. Auf dem Tribunal in Chemnitz werden diese Generationen der Migrant*innen das Wort ergreifen und das Sachsen der Vielen verteidigen und einklagen! (...)*

*Migration ist unumkehrbar: Wir sind migrantische Sächs*innen und sächsische Wandernde, Refugees, Leute mit vorder- und hintergründigen Migrationsgeschichten, wir sind nach Sachsen migriert oder von hier geflohen, wir sind kämpferische Gäste und solidarische Bleibende, ehemalige Vertragsarbeiter*innen und ohne Vertrag Arbeitende, wir zählen unsere Generationen und versammeln unsere Geschichten.*

Anliegen des Tribunals ist es, das zu würdigen, zu feiern und zu stärken. ...

Wir sind die Zukunft – auch in Sachsen!

United against Racism – Wir klagen an!

Dieser Aufruf wurde auf dem dreitägigen Tribunal mit aller Kraft und Zukunftszugewandtheit in die Tat umgesetzt – mit eindrücklichem Erfolg und Ermutigung für alle AktivistInnen und BesucherInnen.

Nach den Tribunalen in Köln 2017 und 2018 in Mannheim hat das dritte Tribunal in Chemnitz und Zwickau die Vision vom gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Faschismus weiter entwickelt; durchaus auch kontrovers und mit unterschiedlichen Schwerpunkten sowie politischen Einschätzungen.

In Veranstaltungen, Begegnungen mit Betroffenen und Opfern, Initiativen, MigrantInnen, Workshops, Inszenierungen, Kultur und vielem mehr wurden Solidarität, Empörung und Trauer gelebt und antifaschistische, antirassistische Strategien diskutiert.

Der Veranstaltungsort, das Kunst- und Kulturzentrum „Weltecho“ im ehemaligen Haus der „Kammer der Technik“ mitten in Chemnitz, empfing alle BesucherInnen herzlich. Alle OrganisatorInnen gaben einfach ihr Bestes. Eine warmherzige und diskussionsoffene Atmosphäre brachte alle zusammen. Aus der ganzen Republik, zum ersten Mal vor allem aus dem Osten, waren insbesondere junge Menschen angereist.

Über 800 Menschen trafen sich auf dem Tribunal an drei Tagen. Die Internet-Anmeldung musste geschlossen werden, da die Raumkapazitäten völlig ausgeschöpft waren. Die Versorgung im großen Innenhof wurde von Restaurants gespendet, die von Nazis angegriffen worden waren. Das Programm war vorwärtsbringend und eröffnete neue Perspektiven.

Im Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ haben sich in den letzten Jahren immer mehr antirassistische, antifaschistische Strukturen, Netzwerke, Initiativen usw. zusammengefunden. Wir, AktivistInnen von *Trotz alledem!* haben von Anfang bis Ende am Tribunal teilgenommen, viele neue AktivistInnen kennengelernt und altbekannte freudig wiedergetroffen.

Das Programm war ungemein intensiv und breit gefächert. Wir können in diesem Artikel nur über einen kleinen Ausschnitt berichten. Darum unser Tipp: Im Internet sind auf der Webseite des Tribunals, www.nsu-tribunal.de, wie auch auf Facebook und Twitter das Programmheft, Kommentare, Videos der Veranstaltungen sowie eine Dokumentation der Berichterstattung „Presseclipping_TRBNL-Chemnitz-Zwickau“ zu finden.

Für eine gleichberechtigte Kommunikation auf Augenhöhe sorgte die unglaubliche Leistung der Übersetzungs-FreundInnen und -Kollektive. Simultan wurde in Dari, arabisch, türkisch, vietnamesisch, englisch, spanisch, französisch und deutsch übersetzt.
Diese Möglichkeit, sich in der eigenen Sprache emotional und sicher auszudrücken, war für viele TeilnehmerInnen ein tolles Gefühl.
Vielfältige Perspektiven wurden von unterschiedlichen Akteuren in den Programmpunkten entwickelt. Allein die **Themen** zeigen schon das ganze Spektrum:

Freitagabend:
Veranstaltung: Von Köln nach Chemnitz. Das Tribunal wird eröffnet. Der Osten bleibt migrantisch!

Samstag:
Workshop: Erweiterte DNA-Analysen in polizeilichen Ermittlungen und Antiziganismus
Workshop: »Es muss auf jeden Fall noch jemanden in Nürnberg geben, der ihnen geholfen hat« – Den NSU-Komplex in Bayern auflösen
Workshop: Sachsen (p)ost-migrantisch – Gesprächskreis Migration in Chemnitz
Stadtrundgang: Critical Walk Kaßberg Stadtspaziergang von und mit NSU-Geschichtswerkstatt Chemnitz
Film und Gespräch: Der zweite Anschlag
Workshop: Betroffenenperspektiven – Erfahrungen rechter Gewalt in Sachsen
Gespräch: Arabischer Verein für Integration und Kultur in Chemnitz
Workshop: Die doppelte Mauer – Rassismus in der DDR bis heute
Workshop: Mit Anwält*innen aus dem NSU-Prozess
Stadtrundgang: Critical Walk Heckert

Veranstaltung:

Klage: Selbstbehauptung gegen Rassismus

Ein bewegender Moment in dieser Klage war die Schweigeminute aller TeilnehmerInnen in Gedenken an Rita Holland, Mutter von Luke Holland. Sie hat den Schmerz um den Verlust ihres Sohnes nicht mehr ertragen und sich am 21. Oktober das Leben genommen. Ihr Sohn wurde 2015 von einem Nazi in Berlin ermordet. Dieser steht auch im Verdacht, in den Mord an Burak Bektaş 2012 involviert zu sein.

Anklage: Wir benennen die Täter*innen

Einklagen: Eure Kinder werden so wie wir!

In einer szenischen Darstellung erzählen die Mitwirkenden fragmentarisch von den Biografien vieler AkteurInnen des Tribunals. Ein Kaleidoskop migrantischen und widerständigen Lebens und Kampfes.

Abschluss: Gemeinsames Feiern mit DJ Kynizzle

Berichte:

Workshop „Betroffenenperspektiven – Erfahrungen rechter Gewalt in Sachsen“

Vorbereitet und moderiert wurde das Treffen von MitarbeiterInnen der Opferberatung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, „RAA Sachsen e.V., Projekt Support für Betroffene rechter Gewalt“ und freiwilligen UnterstützerInnen.
Über 60 BesucherInnen nahmen teil. In der Halle des Veranstaltungsortes wurde eine Ausstellung präsentiert, mit der die Angriffe von Nazis auf MigrantInnen, migrantisch aussehenden und antifaschistisch auftretenden Menschen grafisch dokumentiert wurde.
Demnach gab es seit 1990 in Sachsen insgesamt 317 faschistische Angriffe – 481 Menschen waren Opfer. Bei diesen Angriffen wurden 17 Menschen getötet.
In dem Workshop wurde zuerst über den Mord an Jorge Gomondai aus Mosambik berichtet. 1991 wurde er in Dresden morgens um vier Uhr in der Straßenbahn von etwa 20 angetrunkenen Neonazis zusammengeschlagen und aus der Straßenbahn geworfen. Die Täter wurden von der Polizei gefasst, aber nicht festgenommen und nicht nach Waffen durchsucht. Von der Gruppe wurden nur drei, erst 1993 (!), vor Gericht gestellt, die alle *„keine Erinnerung an die schon **zwei** Jahre zurückliegende Nacht“* hatten!
Die Staatsanwaltschaft bewertete das Verbrechen als *„eine dumme Tat der Jugendlichen“* und forderte für zwei Täter zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung.

Der dritte, erwachsene Täter wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt!
Der Staatsanwalt hat in seinem Plädoyer auf *„mangelnde attraktive Freizeitbeschäftigungsangebote“*, die *„solche Taten begünstigen“* hingewiesen! Zynischer geht es nicht.
Der Bruder von Jorge Gomondai, der zum Tribunal eingeladen war, aber nicht kommen konnte, übermittelte eine Videobotschaft, in der er zum gemeinsamen Kampf gegen den Rassismus überall aufgerufen hat.
Sie wurde vom Auditorium begeistert aufgenommen.
Dann wurde über konkrete Überfälle in Hoyerswerda, Pirna, Wurzen, Bautzen, Limbach und Plauen gesprochen. Verschiedene Betroffene und AntifaschistInnen haben ihre Erfahrungen mit Überfällen von Faschisten mitgeteilt.
Eindrücklich wurde klar, antifaschistische, antirassistische Arbeit in Sachsen fordert ungeheuren Mut. Denn unzählige, verschiedene faschistische Gruppen wie „Sturm 34“ „Old school society“, „Freie Kameradschaft Dresden“, „Combat 18“ (vom Innenministerium verboten), „Gruppe Freital“ haben in dem Bundesland ihre Hauptstützpunkte.
In Chemnitz ist die Faschistentruppe „Revolution Chemnitz“ seit 2018 aktiv. Sie hat auch die Demonstration im August mit pogromartigen Hetzjagden organisiert. Vor 2018 wurden in Chemnitz jährlich durchschnittlich etwa 20 faschistische Übergriffe öffentlich, nach dieser Demo waren es bereits zwischen August und November über 60.
In dem Workshop wurde auch klar unterstrichen, dass rassistische Gewalt nicht erst seit dem Mauerfall existierte. Auch zu Zeiten der DDR wurden viele vietnamesische, kubanische, mosambikanische VertragsarbeiterInnen rassistisch verfolgt und auch ermordet. Als ein Beispiel wurde die Geschichte des 1986 in Borne/Bad Belzig ermordeten Jugendlichen Manuel Alberto Diogo aus Mosambik angeführt.
In den Vorträgen und den Diskussionsbeiträgen wurde immer wieder unterstrichen, wie wichtig es ist, dass wir uns offensiv gegen die Demagogie wenden, wenn Rassismus als eine Reaktion auf „Sozialprobleme“ zurückgeführt wird. Es ist eine zutiefst menschenfeindliche Ideologie, die bekämpft werden muss.
In dem Workshop wurden die Betroffenen-Geschichten während des Vortrags von einer Künstlerin in Zeichnungen festgehalten. Diese wurden nach Ende des Workshops ausgestellt.

Workshop:
Sachsen (p)ost-migrantisch – Gesprächskreis Migration in Chemnitz

Aus aktuellem Anlass, dem Anschlag auf die Synagoge in Halle, wurde dieser Workshop erweitert auf die Bedeutung des Kampfes gegen den Antisemitismus. In dem Workshop, der sehr stark besucht war, wurden die Zusammenhänge der verschiedenen Formen des Rassismus thematisiert.
Die besondere Dringlichkeit, in der antirassistischen Arbeit den Antisemitismus aufgrund der deutschen Geschichte des Genozids an den JüdInnen Europas besonders in den Fokus zu nehmen, wurde hervorgehoben. Selbstkritisch wurde vielfach festgehalten, dass wir das noch nicht ausreichend in unserem politischen Alltag umsetzen.

Stadtrundgang Chemnitz – Kundgebung vor ehemaligem Nazi-Jugendclub „Piccolo“

Auch den Versuchen der Hierarchisierung von Rassismus, des gegeneinander Ausspielens von Betroffenen von Antisemitismus, Antiziganismus und Antiislamismus durch staatliche Akteure des institutionellen Rassismus treten wir zu wenig entgegen.
Anhand von ausgewählten politischen Statements nach dem Anschlag in Halle am 9. Oktober wurde konkret darüber diskutiert. Der Inhaber des Kiezbistros in Halle, İzzet Çağaç, in dem der Nazitäter einen Menschen ermordete, hatte in einem Facebook-Beitrag am 13. Oktober tief getroffen angemahnt:
„Der Präsident Steinmeier war am Ort. Er hat die jüdische Synagoge besucht wie auch mein ganzes Team. Er legte eine Blume vor die Tür und sprach mit dem Pastor. Meine Mitarbeiter sind immer noch unter Schock. Der Bundespräsident hätte ihnen auch 1-2 Sätze sagen können. Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass bei uns dieses Massaker war und der Präsident kein Wort an meine Mitarbeiter verloren hat. Wenn der Präsident eines Landes für die Opfer kommt dann bitte mit allen Opfern reden. Auch

uns ist er verpflichtet zu beruhigen und zu trösten … vielen Dank für ihren Besuch Herr Steinmeier".

Die Mitarbeiter standen bei dem Gedenken einige Meter von Steinmeier entfernt vor der Synagoge. Ein FDP-Politiker antwortete auf den Beitrag kaltschnäuzig, der Bundespräsident sei die falsche Adresse, da hätte sich Herr Çağaç an das Protokollamt wenden müssen! Auch wenn Steinmeier in den folgenden Tagen İzzet Çağaç persönlich angerufen hat, so zeigt doch genau dieser Ablauf, dass Betroffene nicht wirklich im Fokus stehen. Es geht um politische Routine, um das Ansehen Deutschlands aber nicht in erster Linie um die Opfer und Betroffenen.

Auch alle AktivistInnen und am Programm teilnehmenden Initiativen, antirassistischen Netzwerke, MigrantInnen und Betroffene rassistischer Gewalt können wir nicht aufzählen, aber einen kleinen Überblick geben: Ali Tulaşoğlu (Chemnitz, Besitzer des Restaurants Mangal, das Nazis in Brand gesetzt und zerstört haben), Newroz Duman (Welcome United), Hannah Zimmermann (Offener Prozess), Phuong Thuy & Phuong Thanh Nguyen, Duc Hoan Nguyen & Thi Lien Huong Pham (Werdau), Ibraimo Alberto & Julia Oelkers (Berlin), Fatma Kar (Berlin), Paulino Miguel (Heidelberg), Initiative 12. August Halle, Arabischer Verein für Integration und Kultur in Chemnitz, AJZ Geschichtswerkstatt Chemnitz, Anja Reuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Antonia von der Behrens & Anna Luczak (Rechtsanwältinnen, Nebenklagevertreterinnen der Familie Kubaşık im NSU-Prozess), Mitat Özdemir, Initiative Keupstraße (Köln), Burak Bektaş Initiative, weitere Betroffene und Opfer rassistischer Gewalt.

Tribunal geht nach Zwickau

Über 120 Tribunal-TeilnehmerInnen machten sich am frühen Sonntagmorgen auf den Weg nach Zwickau. Angekündigt im Programm ist *„Gedenken an die Opfer des NSU, Städtische Gedenkveranstaltung. Einweihung der Gedenktafeln für die zehn Opfer des NSU im Beisein der Stifter*innen der Tafeln."*

Angekommen in Zwickau „empfängt" uns bereits auf dem Bahnsteig eine zehnköpfige Truppe Polizisten in Kampfausrüstung. Vor dem Bahnhof weitere Wannen. Wir machen uns auf den Weg zum Schwanenteichpark, dem Ort der Gedenkstätte. Durch eine menschenleere Stadt werden wir von drei Polizeitransporter „begleitet". Dieser „Service" wurde uns bis zur Abfahrt geboten. Wo auch immer wir angehalten und herum gelaufen sind. Vor dem Park verteilen wir untereinander die in der Nacht vorbereiteten Kartonschilder mit unseren Forderungen.

Der Gedenkort liegt mitten in der Stadt, an einer Straße, umgeben von Bäumen. Vor einem Monat wurde hier ein Baum gepflanzt, der an das erste NSU-Opfer Enver Şimşek erinnerte. Daneben eine Sitzbank der Künstlergruppe Sternendekorateure, die zum Verweilen und Nachdenken einlädt. Kurz nach der Aufstellung des Baums wurde er von Nazis in einer Nacht- und Nebelaktion abgesägt!

Das Stadtparlament hatte daraufhin beschlossen: Wir werden auf diesem Feld zehn Bäume pflanzen, die an die zehn Opfer (dazu später) der NSU-Morde erinnern. Auf die Idee, ein solcher Ort könnte die starke Zwickauer Naziszene auf den Plan rufen, kamen die Initiatoren vor dem Anschlag nicht! Daher wurde dieser Ort gar nicht geschützt!

In ihren Erklärungen zur Verwüstung der Gedenkstelle ging es den StadtpolitikerInnen im Prinzip nicht wirklich um einen ernsthaften Kampf gegen den sich ausbreitenden Rassismus, sondern um Imagepflege! Die Stadtregierung würde nun diesen Park der Erinnerung Tag und Nacht schützen. Mit Polizeipräsenz und sogar mit Bewegungsmeldern in der Nacht! Es gehe ja letztendlich um das „Ansehen der Stadt Zwickau" und „Deutschlands", das es zu verteidigen gelte.

Die internationale Reputation Zwickaus und ihrer mittelständischen Industrie stehe auf dem Spiel. Wie würde denn im Ausland reagiert werden, wenn in Deutschland nicht einmal ein Gedenkbaum an einen Nazimord geduldet wird!

Als wir den Gedenkort erreichen sind etwa 200 vor allem ältere BürgerInnen der Stadt um ein Zelt versammelt, das als Technik und Bühne diente, um an der Eröffnung des Gedenkortes teilzunehmen. Zwei Polizisten in „Ausgehuniform" sind als offizielle Vertreter der Polizeidirektion Zwickau vor Ort, die einen Gedenkstein für Michèle Kiesewetter gespendet hat. Der ältere ist gleichzeitig Einsatzleiter der mit etlichen Mannschaftswagen präsenten Polizeikräfte. Alle VertreterInnen der Staatsgewalt standen aufgereiht da.

Neben der Polizei, die SPD-Bürgermeisterin Pia Finteiß, Vertreter der Fraktionen der CDU, FDP und der Linken aus dem Stadtparlament, ein Pastor und der Vertreter eines Bischofs. Nicht wenige Presseleute. Sie stehen da und warten, dass es losgeht, der Pflicht genüge getan wird. Kein Plakat, kein Transparent, nichts. Die Veranstaltung war offensichtlich als Aktion konzipiert, in der die Stadt sich als „weltoffen und antirassistisch" selbst feiert.

Aber nur solange bis wir mit unseren Schildern, auf denen stand, worum es eigentlich geht, ankamen:

Kein Schlussstrich! Kein Gedenken ohne die Betroffenen! Solidarity! Bleiberecht! Antiracism! Migration ist unumkehrbar! Nie wieder NSU! NSU-Komplex auflösen! Wo sind die Angehörigen? Zuhören! Gemeinsam gedenken! Solidarität mit den Betroffenen! Halitstraße jetzt! Opfer sind keine Statisten! Hiç unutmadık – unutmayacağız! Der NSU war nicht zu dritt! Die Forderungen der Betroffenen umsetzen! Entschädigung aller Betroffenen! Solidarität! Warum wird noch immer nicht auf die Angehörigen gehört?

Wir haben unser blaues Transparent, das wir für das erste Tribunal in Köln gemalt hatten, mitgebracht. Mit Porträts der neun vom NSU-Netzwerk ermordeten migrantischen Opfer und mit dem Slogan ***„Nazis und Staat Hand in Hand! Organisiert den Widerstand!"***

Es wurde von einigen TeilnehmerInnen des Tribunals kritisiert, dass auf dem Transparent nur die neun migrantischen Opfer abgebildet sind. Es fehle das zehnte Opfer der NSU-Morde, die Polizistin Michèle Kiesewetter. Wir haben uns dafür bewusst entschieden, da wir ihre Ermordung nicht als eine rassistisch motivierte Tat einschätzen. Wenn es tatsächlich ein NSU-Mord war, wobei wir den ermittelnden Behörden überhaupt nicht trauen und an ihrer Version dieses Verbrechens großen Zweifel haben, haben die Mörder sie nicht aus einer rassistischen Motivation heraus getötet.

Trotzt dieser Kritik wurde das Transparent aber von allen AktivistInnen als eine gemeinsame Intervention gegen diese staatliche Abfeierei verstanden und auch mitgetragen.

Es folgten die offiziellen Reden! Ausgenommen der Rede der Vertreterin der Linkspartei waren sie geprägt von der Idee, Zwickau sei eine „Stadt der demokratischen Mitte." Bürgermeisterin Pia Findeiß hob hervor, es müsse gegen „Rechts- und Linksextremismus" gekämpft werden. Und das bei der Eröffnung eines Gedenkortes für die Opfer eines faschistischen Netzwerkes, dessen eine Hochburg die Stadt Zwickau war und immer noch ist! Welch ein Hohn! Welch eine Dreistigkeit! Welch eine Tatsachenverfälschung!

Es gibt in Deutschland keine migrantischen Opfer rassistischer Morde, die von „Linksextremisten" verübt wurden. Mit solchen Gleichsetzungen werden die Nazi-Faschisten in Schutz genommen!

Die Bürgermeisterin befasste sich in ihrer Ansprache mit der „glorreichen kulturellen Vergangenheit der Stadt Zwickau." Aber weder sie noch irgendeine/r der anderen, offiziellen RednerInnen nannten die Namen der Opfer der NSU-Morde!

Die Namen der Menschen, um die es bei der Gedenkstätten-Eröffnung gehen sollte! Vertreter beider christlichen Kirchen waren geladen und hielten Reden. Aber kein islamischer Vertreter, kein/e Imam/Imamin, kein alevitischer Dede war eingeladen worden. Die zehn Gedenktafeln wurden sogar von einem Pfarrer geweiht. Wie übergriffig und respektlos! Christliche Vereinnahmung selbst noch im Tod. Auf Nachfrage bei der Bürgermeisterin, warum kein islamischer Vertreter eingeladen wurde, kam die fatale Antwort, es gebe keinen in Zwickau.

Für die Gedenkfeier für die Opfer des faschistischen NSU, die aus rassistischen und auch antiislamischen Hass getötet wurden, kann kein islamischer Religionsvertreter aus einer anderen Stadt eingeladen werden?

Tribunal-AktivistInnen fragten während der offiziellen Veranstaltung bei den Organisatoren an, ob Mitat Özdemir, Opfer des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße/Köln, der am NSU-Tribunal Chemnitz teilgenommen hat, sprechen kann. Auch er war als Betroffener des NSU-Terrors nicht eingeladen worden. Die offiziellen Veranstalter konnten das nicht ablehnen. Er sprach das zentrale Problem in seiner kurzen, prägnanten Rede an:

„Ich bin traurig, ich bin sehr traurig, ich habe gerade einen Kranz gesehen, die Namen sind falsch geschrieben. Also es wird nicht so ernst genommen, wie es sein soll. So

Presseerklärung RA Sebastian Scharmer

Am heutigen Tag habe ich als Anwalt von Gamze Kubaşık von Pressevertretern erfahren, dass am 3. und 4. November 2019 in Zwickau das Mahnmal für die Ermordeten des NSU erneut eingeweiht werden soll. Diese Informationen haben Gamze Kubaşık und ihre Familie heute von mir das erste Mal gehört, nachdem ich sie ebenfalls allein von Medienvertretern bekommen hatte. (...)

Gamze Kubaşık sagt dazu: *„Ich finde es natürlich gut, wenn an den Mord an meinem Vater erinnert wird und auch die Menschen in Zwickau daran erinnert werden, dass unter ihnen über Jahre hinweg unbehelligt mordende Neonazis des NSU wohnen konnten. Aber ich finde es eine Unverschämtheit, dass man mich als Tochter nicht wenigstens vorher fragt, mich nicht informiert, uns noch nicht einmal zur Eröffnung einlädt. Es geht doch auch um meinen Vater und sein Andenken. Ich weiß auch gar nicht, ob ich möchte, dass in Zwickau ein Baum für ihn gepflanzt wird, wenn man dort gar nicht sicher sein kann, dass er nicht wieder abgesägt wird. Ich glaube auch, dass die Bundeskanzlerin Angst hat, sich unseren Fragen und Vorwürfen zu stellen. Sie hatte uns damals vollständige Aufklärung versprochen, die wir bis heute nicht bekommen haben. Wahrscheinlich hat man uns deshalb ganz bewusst nicht eingeladen."*

ein Gefühl habe ich hier. Deswegen bin ich sehr traurig. Es fehlen hier Angehörige und Opfer. Ich habe gehofft, dass ich alle hier sehe, die Betroffenen, und mit ihnen spreche. Wir haben in Köln ein Attentat auf der Keupstraße erlebt. Man wollte da einen Massenmord vorbereiten. Sie haben auch vieles geschafft. Eben habe ich ein Gedicht gehört von einer Dame. Es ist nicht vorbei. Ich glaube wir sind gar nicht im Bewusstsein was wir hier erleben. Es muss viel ernster genommen werden. Freunde, es ist nicht mehr 5 vor 12 sondern es ist fast 12 Uhr. Es wird diese braune Suppe uns alle schlucken, wenn wir nicht langsam wach werden."

Die Angehörigen der ermordeten Opfer sind zu dieser Veranstaltung nicht eingeladen worden! Einfach „vergessen!?" Im Nachhinein werden lächerliche Ausreden geliefert: Die *„Ombudsfrau Barbara John sei Sprecherin der Angehörigen*. (Was nicht stimmt!) *Sie wurde angefragt und habe mitgeteilt, die Angehörigen wollten nicht teilnehmen"* und *„Die Adressen der Angehörigen sind gesperrt. Wir konnten sie nicht erreichen*." (Bürgermeisterin Finteiß) Das zeigt so offensichtlich, es geht und ging bei dieser Veranstaltung nur um die Selbstdarstellung der Stadt und des Staates.

Gamze Kubaşık, die Tochter von Enver Kubaşık hat am Freitag vor der Veranstaltung empört protestiert. Ihre Familie wurde *„nicht zur Idee der Gedenkbäume gefragt und auch nicht zur Gedenkfeier nach Zwickau eingeladen*". Weitere Familien der NSU-Opfer haben sich zu Wort gemeldet und ihr Erschrecken über diesen Umgang geäußert. Es geht nicht nur um eine Einladung, es geht um die gesamte Gestaltung des Gedenkortes, der Gedenktafeln und der Veranstaltung.

Warum sind es nicht die betroffenen Familien, die darüber entscheiden, wie das Gedenken zu gestalten ist? Der deutsche Staat, die Städte Chemnitz und Zwickau haben13 Jahre lang die zur Fahndung ausgeschriebenen Nazi-Mörder nicht gefasst. Die Angehörigen der NSU-Opfer wurden jahrelang von den Ermittlungsbehörden, Medien und Politik verdächtigt und drangsaliert. Und dann bestimmt der Staat, bestimmen die Repräsentanten der Stadt Zwickau über das Gedenken?

Die Angehörigen werden nicht gehört, weil sie faktisch nicht zählen. Einige Namen der Opfer des NSU wurden auf den Gedenktafeln fehlerhaft geschrieben. Die Texte über die ermordeten Menschen und die Sponsorennennung sind übergriffig und unsensibel. [1] Keine Empathie mit den Opfern und Angehörigen! Wir denken, die Familien hätten den geschmacklosen, kaltherzigen Worten über ihre Liebsten auf den Steinen auf keinen Fall zugestimmt.

Im Zentrum stand nicht das Gedenken gemeinsam mit den Angehörigen und die Trauer um die Opfer: Nicht die notwendige Scham, Betroffenheit und das Eingeständnis von Mitschuld der staatlichen Institutionen und der Mehrheit der Bevölkerung Zwickaus wurde thematisiert. Die Stadt in der sich die NSU-Mörder elf Jahre frei und unbehelligt bewegen konnten, instrumentalisierte das Gedenken für sich.

Die „Zeremonie" war ein Desaster. Viele AktivistInnen waren sich einig, wie wichtig es war als Tribunal ein Zeichen dagegen zu setzen!

Ende der Gedenkveranstaltung Polizeiübergriffe auf AktivistInnen

Die AfD, die heutige größte legale Partei der Nazis in Deutschland, beteiligte sich mit einem Kranz an der Eröffnung des Gedenkortes für die Opfer der NSU-Morde! *„Im stillen Gedenken an die Opfer/AfD"* stand auf der Kranzschleife und wurde einen Tag vorher von einer AfD-Delegation abgelegt. Diese heuchlerische Unverschämtheit hat sich eine junge Aktivistin nicht gefallen lassen. Sie hat die Schleife mit dem AfD-Namen abgeschnitten.

Das war aber von Seite der Zwickauer Polizei eine Sachbeschädigung, die nicht geduldet werden konnte und sofort geahndet werden sollte! Aggressivste Jungbullen der Zwickauer Polizeidirektion haben die junge Aktivistin wie eine Verbrecherin gejagt und versucht, sie in das Polizeiauto zu zerren und abzutransportieren. Wir haben versucht das zu verhindern.

Es kam zu wilden Rangeleien und heftigen Wortwechseln. Wobei die Polizei auch Reizgas einsetzte. Besonders eine Dreier-Gruppe von Polizisten hat sich provokativ und extrem aggressiv verhalten. Während der ältere Einsatzleiter, den guten Oberbullen spielte und die Gemüter zur Ruhe mahnte. Am Ende konnte das Polizeiauto nicht wegfahren und die Aktivistin wurde gleich vor Ort freigelassen.

Als die Eröffnungsveranstaltung zu Ende ging, entsorgte eine andere Aktivistin den ganzen Kranz in einen städtischen Mülleimer an einer Bushaltestelle. Das Bild von Polizisten, die mit Papier, Stift und Kamera bewaffnet an diesem Tatort nach Spuren der „verbrecherischen Täter" suchten, war eines der bleibenden Bilder des Tages! Folgender Kommentar spricht für sich selbst und den stumpfen grünen „Antifaschismus": *„Als dumme Tat bezeichnete Grünen-Stadtrat Wolfgang Wetzel die Zerstörung des AfD-Kranzes, der später noch in einen Papierkorb gestopft wurde. 'Wenn man den Opfermythos des Rechtsnationalismus bestäti-*

1 Gespendet haben beispielsweise die DPFA Akademiegruppe, die Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH (GGZ), die Zwickauer Energieversorgung mbH (ZEV), das kommunale Krankenhaus (HBK), die Volkswagen Sachsen GmbH oder die Polizeidirektion Zwickau.

gen will, muss man genau das machen.'" [2]
Einen Tag später am 4. November, machte Kanzlerin Merkel einen kurzen Abstecher vom Festakt für den Produktionsstart des E-Autos im Werk Zwickau am Gedenkort. Die Stadt war völlig abgeriegelt, 350 Polizisten im Einsatz. Eine kleine Gruppe von ca. 20 PolitkerInnen, Kretschmer, Findeiß und Barbara John, handverlesene SchülerInnen. Angehörige der Opfer waren natürlich wieder nicht geladen. Die Nazis demonstrierten fern ab. Das ist die offene Stadt Zwickau!

Stadtrundgang in Zwickau

Wir haben danach die vom Tribunal und der Geschichtswerkstatt Zwickau organisierte Besichtigungstour zu zwei Orten, wo die NSU-Mörder gehaust haben, unternommen. Die Tour führten junge Frauen der Geschichtswerkstatt und informierten uns über die Geschichte dieser Stationen. Wir konnten dabei genau sehen und erleben, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, dass die angeblich ermittelnden Zwickauer Polizeikräfte die in der „Illegalität lebenden" NSU-Mörder nicht bemerkt haben. Die Wohnung, in der sie sieben Jahre logierten war ein vierstöckiges Haus mitten in der Innenstadt. Mit den Nachbarn waren sie gut befreundet. Die Naziszene ging ein und aus. Ihre spätere Wohnung in der Frühlingsstraße, hier lebten sie dreieinhalb Jahre, war ein zweistöckiges Haus in einer gutbürgerlichen Wohngegend. Hier kennen sich alle gegenseitig. Jeder ankommende, vorbeigehende „Fremde" fällt auf. Auch bei unserem Besuch standen viele AnwohnerInnen hinter den Gardinen und beobachteten uns. Der im NSU-Prozess zu einer lächerlichen Strafe verurteilte Obernazi A. Eminger war häufiger Besucher beim NSU-Kerntrio. Mit seinen Nazi-Tätowierungen und Aussehen eindeutig als Nazi auszumachen.
Nach diesem befremdlichem Stadtrundgang ging es zur Eröffnung des **Interim-Dokumentationszentrums** der Zwickauer Geschichtswerkstatt mit anschließender Podiumsdiskussion: „Was bleibt? Zum Stand der NSU-Aufarbeitung im Jahr 2019" in einer verkehrsberuhigten Einkaufsstraße Zwickaus. Eine Ausstellungsdokumentation über den NSU informierte sehr detailreich über seine Aktivität speziell in Sachsen, Chemnitz und Zwickau. Junge AktivistInnen hatten für uns alle, über 100 BesucherInnen einen sehr schönen Empfang mit super leckerem veganen Essen vorbereitet. Es war eine wunderbare solidarische kämpferische Atmosphäre. Danke für alles an alle, die in Chemnitz und Zwickau die ganze Organisation geschultert haben.
Die Aktion in Zwickau, wie auch das Tribunal in Chemnitz waren für alle ein voller, motivierender Erfolg im Kampf gegen Rassismus und für solidarisches Miteinander! Weiter so!

2 www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/das-gedenken-und-seine-schattenseiten-artikel10650963

VOR 15 JAHREN VON DEUTSCHEN POLIZISTEN ERMORDET & VERBRANNT

07.01.2005 07.01.2020

GEDENKDEMONSTRATION

14H VOM HAUPTBAHNHOF DESSAU

OURY JALLOH - DAS WAR MORD!

INITIATIVE-OURYJALLOH@SO36.NET – INITIATIVEOURYJALLOH.WORDPRESS.COM